



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Deutscher Kommunalkongress 2025 in Berlin:

Plädoyer für kraftvolle Kommunen

Unter dem Motto „Stadt.Land.Jetzt – Starke Kommunen möglich machen“ fand in Berlin der vom DStGB veranstaltete Deutsche Kommunalkongress statt. Über 800 Kommunalvertreter kamen zusammen, um zentrale Herausforderungen und Lösungsansätze für die Zukunft der Städte und Gemeinden zu diskutieren. Der scheidende Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl und Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger wiesen auf den Ernst der Lage hin: „Die Kommunen stehen unter immensem Druck. Unsere Handlungsfähigkeit ist derzeit akut gefährdet.“

Die beim Deutschen Kommunalkongress diskutierten Themen, von Digitalisierung und Bildung über Pflege, Personal, Mobilität bis hin zu Energiewende und weiteren Infrastrukturfragen, zeigten deutlich, wie vielfältig die Arbeit vor Ort ist.

Rahmenbedingungen fehlen

„Derzeit können wir dieses immense Potenzial nicht ausschöpfen, da es an den notwendigen Rahmenbedingungen fehlt“, so Brandl und Berghegger. Den Städten und Gemeinden mangle es an Geld und

Personal. Unter der Last von zu vielen Aufgaben und zu viel Bürokratie blieben kaum Gestaltungsmöglichkeiten. „Die Spielräume sind in den letzten Jahren immer kleiner geworden. Kommunale Selbstverwaltung kann derzeit nicht mehr so stattfinden, wie es notwendig wäre“, erläuterte die DStGB-Spitze. Die Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet waren sich einig, dass die kommunale Ebene „jetzt“ konkrete Maßnahmen von Bund und Ländern braucht, um die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden nicht noch weiter zu gefährden.

„Wichtig ist zunächst einmal, dass wir den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, damit sich die Finanzlage insgesamt verbessert. Das wird auch den Kommunen helfen. Klar ist aber auch, dass wir Einsparungen brauchen. Die Entlastung der Kommunen duldet keinen Aufschub“, fuhren Brandl und Berghegger fort. „Es geht nicht zu letzt um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger insgesamt. Wenn die Dinge vor Ort funktionieren, dann steigt auch das Vertrauen in unser Land und unsere Demokratie.“

Desaströse Finanzlage

Für die desaströse Finanzlage lassen sich aus ihrer Sicht vor allem strukturelle Ursachen anführen, die für ein Rekorddefizit der Kommunen im Jahr 2024 von 24,3 Milliarden Euro gesorgt hätten. „Die unbequeme

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Wilhelm Graf, Kathrin Alte, Christoph Göbel, Theresa Fauth, Hannelore Langwieser und Katrin Albsteiger.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Gesundheitspolitik auf dem Prüfstand

Die Zeit drängt. Mit Blick auf die Reformpläne der neuen Bundesregierung im Bereich des Krankenhauswesens forderte Gesundheitsministerin Judith Gerlach im Rahmen der jüngsten Tagung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Nachbesserungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVVG) rasch anzugehen und umzusetzen. Die Verunsicherung im Bereich der stationären Versorgung sei weiterhin groß. Für die Krankenhausverantwortlichen brauche es nun endlich Planungssicherheit, um zumindest auf diese Weise zu einer Entschärfung der angespannten Lage beizutragen.

Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums wird sich das Bundeskabinett nach der parlamentarischen Sommerpause mit einem entsprechenden

Entwurf befassen. Zuvor sei geplant, mit den Bundesländern ins Gespräch zu kommen, um diese frühzeitig einzubinden. Gerlach, die virtuell zugeschaltet war, nahm Stellung zur aktuellen und künftigen Aus-

Möglichkeiten zur Kooperation

Ein Thema war die anstehende Frist zur Beantragung von Leistungsgruppen bis August 2025. Gerlach äußerte die Sorge, dass Fehleinschätzungen durch Kliniken zu Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) führen könnten. Sie sprach sich deshalb für mehr Flexibilität bei Facharztvorgaben und die Schaffung von Kooperationsmöglichkeiten aus.

Warnung vor Monopol-MVZ

Mit Blick auf die Rolle Medizinischer Versorgungszentren (MVZ), insbesondere solcher, die von Investoren getragen werden (iMVZ), warnte Gerlach eindringlich vor Monopolstellungen: „Es besteht die Gefahr, dass sich die ambulante ärztliche Versorgung auf Ballungsräume konzentriert und der ländliche Raum abgehängt wird.“ Die Ministerin machte deutlich, dass Bayern dieses Problem ernst nehme. Eine entsprechende Bundesratsinitiative zur stärkeren Regulierung von iMVZ sei bereits im Mai gestartet worden. Bisher habe die Bundesregierung jedoch nicht reagiert.

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum will Bayern mit einem innovativen Förderprogramm stärken. Ab dem Wintersemester 2025/26 können bis zu 100 Medizinstudenten eine Förderung von bis zu 10.000 Euro pro Semester für ein Studium an anerkannten

Hochschulen im EU-Ausland erhalten. Im Gegenzug verpflichten sie sich, nach ihrem Abschluss mehrere Jahre im ländlichen Raum Bayerns als Fachärztin oder Facharzt zu arbeiten.

Neue Zugänge zum Medizinstudium

„Wir schaffen neue Zugänge zum Medizinstudium und setzen gezielt Anreize für die spätere Tätigkeit auf dem Land. Das ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft der medizinischen Versorgung“, so Gerlach. Besonders erfreulich: Zehn Prozent der Stipendien sind für künftige Kinder- und Jugendpsychiatrie (Fortsetzung auf Seite 4)

Landkreistagspräsident Karmasin zur Finanzkrise der Landkreise:

Ursachen ins Visier nehmen!

Die Finanzlage der bayerischen Kommunen hat einen kritischen Punkt erreicht. 2023 verzeichneten sie ein Defizit von 2,5 Mrd. Euro – 2024 drohen sogar -5,4 Mrd. Euro. Diese Zahlen spiegeln ein tiefgreifendes strukturelles Problem wider, das beim Treffen des Finanzausschusses des Bayerischen Landkreistags mit Finanzminister Albert Füracker am 3. Juni im Mittelpunkt stand.

Landkreistagspräsident Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck) erklärte: „Das Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ist alarmierend. In den letzten fünf Jahren haben sich die Kostenunterdeckungen für staatliche Aufgaben mehr als verdoppelt.“ Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen 2024 nur um 1,3 %, während die Sozialausgaben um 13 % zulegen – ein deutliches Missverhältnis.

Ausgabenwüchse ohne entsprechende Finanzierung

Auch der Vorsitzende im Finanzausschuss des Bayerischen Landkreistags, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) betonte, dass die Finanzmisere vor allem durch Ausgabenwüchse verursacht sei, die auf Bundesvorgaben zurückgehen – ohne entsprechende Finanzierung. Im

Koalitionsvertrag der Bundesregierung fehlen konkrete Maßnahmen zur Entlastung. Ein Abbau überfordernder Standards ist nicht vorgesehen.

Die Verschuldung wächst

Karmasin warnte: „Die angespannte Lage wirkt sich direkt auf das Leben der Bürger aus.“ Kommunen müssten beim freiwilligen Angebot kürzen – z.B. beim ÖPNV oder bei Investitionen in Infrastruktur. Personalengpässe führten zu längeren Bearbeitungszeiten, notwendige Investitionen würden verschoben. Die Verschuldung wachse: Von 2019 bis 2023 stiegen die kommunalen Schulden um 5,4 Mrd. Euro auf 22,1 Mrd. Euro – ein Plus von 33 %. Karmasin fordert ein sofortiges Handeln des Bundes: „Entweder durch ausreichende Finanzaus-

stattung oder durch den klaren Abbau übertragener Aufgaben.“

Ministerpräsident Markus Söder hatte im Mai angekündigt, den Großteil des Bundes-Sondervermögens zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur zu verwenden. Von 500 Mrd. Euro Gesamtvolumen sollen 100 Mrd. Euro den Ländern und Kommunen zugutekommen. Die Landkreise fordern, dass mindestens 70 % bei den Kommunen ankommen – entsprechend ihrem Investitionsanteil.

Karmasin begrüßte das Signal, betonte aber: „Es ist gut, Symptome zu lindern. Doch wir müssen auch die Ursachen angehen!“

22 Mrd. Euro für Kommunen

Finanzminister Füracker erklärte: „Der Freistaat stellt 2025 über 22 Mrd. Euro – fast 30 % des Haushalts – für die Kommunen bereit. Diese Mittel sind entscheidend für ihre Leistungsfähigkeit.“ Die Zusammenarbeit zwischen Freistaat und Kommunen sei gerade in Krisenzeiten von größter Bedeutung.



Donald und Elon – einst ein Herz und eine Rakete, jetzt ein digitaler Rosenkrieg der Extraklasse. Unser Rathauskater Pino hat genug von zerbrochenen Bromances, beleidigten Milliardenboys und testosterongeladenen Social-Media-Tobsuchtsanfällen. Denn was wie ein Zoff auf dem Grundschulhof klingt, hat leider echte Auswirkungen auf Börsen und Weltpolitik. Pino fragt sich: Warum fällt es heute so vielen so schwer, sich einfach mal stillvoll zu trennen? Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayerisches Kabinett: Standortfaktoren für die Zukunft	2
Gerlach: Expertenrat Gesundheitssicherheit	2
GZ geht viral	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Die bayerische Ausgangslage vor der Kommunalwahl	3
Sudetendeutscher Tag und Heimtag der Siebenbürger Sachsen .	3
Ehrenamtskongress: Kaleidoskop innovativer Ideen	3
Digitalisierung • Breitband • IT • Arbeitsplatz Kommune	5 - 8
Wasser • Abwasser	9 - 10
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau	10 - 11
Aus den bayerischen Kommunen.	11 - 14

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



V.l.: Thomas Karmasin, Stefan Rößle, Albert Füracker. Bild: Landkreistag

Klausurtagung des Bayerischen Kabinetts in St. Quirin:

Standortfaktoren für die Zukunft

Die Themen Wirtschaft, Energie, Kinderbetreuung, Digitalisierung der Schule sowie Wohnungsbau standen im Mittelpunkt der zweitägigen Klausurtagung des bayerischen Kabinetts in St. Quirin am Tegernsee. Ministerpräsident Dr. Markus Söder stellte dabei die Leitlinien der Bayerischen Staatsregierung klar: „Bayern soll seine Spitzenposition halten: Unsere Philosophie heißt Investieren, reformieren und konsolidieren. Wir werden aber nicht sparen bei Investitionen für Technologie und Wissenschaft, Kommunen, Familien und Wohnungsbau. Wir sind eine Familien- und Hightech-Koalition. Beides sind wichtige Standortfaktoren für die Zukunft.“

Söder kündigte deshalb Förderungen bei der Kinderbetreuung an. „Wir sind das kinderfreundlichste Land und haben die höchsten familienpolitischen Leistungen. Wir investieren 5 Milliarden Euro pro Jahr in Kinderbetreuung, aber wir wissen, dass wir trotzdem mehr Betreuung brauchen.“ Das bundesweit einzigartige Familienstartgeld von 3.000 Euro starte im kommenden Jahr, bis 2030 werde zudem mindestens eine zusätzliche Milliarde in Betreuungsstrukturen wie den Bau von Kitas investiert. Zudem avisiert der Ministerpräsident unter anderem mehr Stellen für unterstützende Teamkräfte, damit das vielerorts knappe pädagogische Personal selbst mehr Zeit für die Kinder hat. Zudem sollen staatliche Zuschuss- und Förderprogramme entschlackt werden.

Förderungen für bezahlbare Wohnungen

Auf der Agenda stehen auch neue Förderungen für bezahlbare Wohnungen. Dafür werden bis zu 400 Millionen Euro zusätzlich zum ohnehin bestehenden Rekordetat im Wohnungsbau bereitgestellt. Im Herbst werde dann bei der Aufstellung des neuen Haushaltes entschieden,

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Gänsdorfer
Gemeinde Sontheim
am 20.6.

Bürgermeister Horst Penzel
Markt Zell
am 20.6.

Bürgermeister
Gerhard Schenkel
Gemeinde Sulzfeld a. Main
am 25.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Winkler
Gemeinde Eichenbühl
am 13.6.

Bürgermeister Günther Werner
Stadt Haßfurt
am 29.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Bogner
Gemeinde Happurg
am 23.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Nierhoff
Stadt Pegnitz
am 15.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Mario Götz
Markt Oberthulba
am 26.6.

Bürgermeister Christian Schmid
Stadt Velburg
am 29.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Tobias Gensberger
Gemeinde Bergheim
am 1.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„wie weit wir hier noch für die nächsten Jahre aufstocken können“, betonte Söder. Ab 2026 solle es ein Jahresprogramm geben, in dem alle Baufördermaßnahmen gesammelt werden.

Solides Haushalten ist angesagt

Beim Thema Finanzen verwies der Ministerpräsident auf die Wichtigkeit soliden Haushaltens. Dieser Linie werde man treu bleiben. Aus dem neuen bundesweiten Infrastruktur-Paket werden Söder zufolge rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr nach Bayern fließen, insgesamt fast 16 Milliarden Euro.

Klassische Bildungsideale

Stichwort Schulen und Digitalisierung:

„Tablets für alle Schüler an weiterführenden Schulen“ lautet das Ziel von CSU und Freien Wählern. Laut Koalitionsvertrag sollen bis spätestens 2028 sukzessive alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Dieses Ziel könnte nun verfehlt werden. Söder deutete an, mobile Endgeräte doch erst ab der 8. Klasse zur Verfügung zu stellen. Vorher sollten Lesen, Rechnen und die eigene Handschrift im Vordergrund stehen, d.h.: „Auch die klassischen Bildungsideale bleiben in Bayern.“

Neue Gaskraftwerke

Als Gast geladen war u.a. die neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche, die vor allem Input zur Energieproduktion lieferte. Nach ihren Angaben soll ein Großteil der neuen Gaskraftwerke in Süddeutschland entstehen. Geplant sei ein Südbonus, der mit zwei Dritteln der insgesamt ausgeschriebenen Kapazität im technischen Süden gebaut wird. Bereits vor einigen Wochen hatte Reiche angekündigt, neue Gaskraftwerke

ke auf den Weg bringen zu wollen – im Gespräch sind 20 Gigawatt neue Kapazitäten. Die Bundesregierung sei wegen der Ausschreibung bereits in intensiven Gesprächen mit der EU-Kommission.

Bundeskabinett beschließt Entlastungen

Ziel der neuen Bundesregierung sei es, die hohen Strompreise für Unternehmen zu senken, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Noch vor der Sommerpause werde das Bundeskabinett Entlastungen beschließen, erläuterte die Bundesministerin. Dazu zählten die Senkung der Stromsteuer, Entlastung bei Netzentgelten und die Abschaffung der Gasspeicher-Umlage. „Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit müssen wieder in ein ausgewogenes Dreieck zusammenkommen“, machte Reiche deutlich.

Die Staatsregierung will laut Söder unterdessen an der geplanten zwingenden finanziellen Beteiligung von Bürgern an neuen Windenergieanlagen festhalten. „Natürlich bleibt es beim Wind bei der Bürgerbeteiligung – das wird gerade abschließend erarbeitet“, hob der Ministerpräsident hervor. **DK**

Gesundheitsministerin Gerlach beruft Expertenrat Gesundheitssicherheit ein

Vorbereitung und Stärkung des Gesundheitssystems auf Krisenfälle

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat zum ersten Mal den Expertenrat Gesundheitssicherheit einberufen. Gerlach betonte in München anlässlich der konstituierenden Sitzung des neuen Gremiums: „Die weltpolitische Lage ist angespannt. Krisen verschiedenster Art häufen sich. Von Pandemien über Cyberangriffe bis hin zu militärischen Konflikten: Das Gesundheitswesen muss sich für den Ernstfall wappnen. Mit dem Expertenrat Gesundheitssicherheit geht der Freistaat einen wichtigen Schritt, die Gesundheitsversorgung krisenfester zu gestalten.“

Die Ministerin betonte: „Ziel des Expertenrats Gesundheitssicherheit ist es, sich regelmäßig über die aktuelle Lage, politische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Gesundheitssektor sowie den Umgang mit Krisenszenarien auszutauschen. Der Expertenrat soll alle drei Monate tagen. Wir bringen Akteure der stationären, präklinischen und ambulanten Versorgung sowie der Bundeswehr, der Hilfsorganisationen und der Arzneimittelversorgung an einen Tisch. Dieses Treffen betont die Notwendigkeit des Austauschs. Das ist auch ein wichtiges Signal für die Bevölkerung, die im Krisenfall gut versorgt sein muss.“

Neues Denken bei neuen Krisen

Gerlach ergänzte: „Neue Krisen erfordern neues Denken – und andere Regelungen als für den Normalfall. Das gilt für künftige Pandemien genauso wie für Naturkatastrophen und militärische Konflikte. Der Expertenrat kann ein wichtiger Impulsgeber für die Debatte über erforderliche Regelungs- und Unterstützungsbedarfe in der Versorgungspraxis sein.“

Die Ministerin bekräftigte: „Bayern ist für viele Krisenfälle bereits gut aufgestellt: So haben wir schon vor Monaten die Krankenhäuser in Bayern gebeten, uns Auskunft über den Stand ihrer Alarm- und Einsatzplanung zu geben. Die Rückmeldungen zeigen: Das Thema Sicherheit ist für die meisten Krankenhäuser sehr präsent. Viele optimieren gerade ihre Planungen.“

Gerlach fügte hinzu: „Die Hilfsorganisationen sind bereit, Pflegeunterstützungskräfte auszubilden, die dem Pflegepersonal im Ernstfall zur Hand gehen können. Der Bund muss hier aber seiner Finanzierungsverantwortung gerecht wer-

den, um eine flächendeckende Ausrollung des Ausbildungsprogramms zu gewährleisten. Außerdem haben wir die Task Force Infektiologie, unsere Eingreifgruppe am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, um Experten für etwaige Krisen durch biologische Stoffe ergänzt.“

Judith Gerlach fordert

Apotheken-Gipfel auf Bundesebene

Zum „Tag der Apotheke“ am 7. Juni hat Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach einen bundesweiten „Apotheken-Gipfel“ mit allen relevanten Akteuren angeregt. Ziel sei es, nachhaltige Konzepte für eine zukunftssichere, wohnortnahe Arzneimittelversorgung zu entwickeln. „Es gibt dringenden Reformbedarf“, so Gerlach. Länder, Apothekerschaft, pharmazeutischer Großhandel und Krankenkassen müssten gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Apotheken seien ein zentraler Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge, betonte die Ministerin. Die frühere Bundesregierung habe zwar die Gefährdung der wohnortnahen Versorgung erkannt, doch die ergriffenen Maßnahmen seien kontraproduktiv gewesen.

Kritisch äußerte sich Gerlach zu Abgabestellen ohne Apotheker vor Ort: „Sie gefährden Therapieerfolge und somit die Gesundheit der Menschen – nicht nur im ländlichen Raum.“ Die Qualität der Beratung leide, die Versorgungssicherheit sei gefährdet.

Bekanntnis zu öffentlichen Vor-Ort-Apotheken

Das Bayerische Gesundheitsministerium bekenne sich zum System der öffentlichen Vor-Ort-Apotheken und sehe deren Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit als schützenswert an. „Wir setzen uns für Verbesserungen ein“, sagte Gerlach.

Im aktuellen Koalitionsvertrag fänden sich zentrale bayerische Forderungen wieder – etwa ei-

Gerlach ergänzte: „Die Resilienz des Gesundheitswesens ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Expertenwissen und Zusammenarbeit der Akteure erforderlich ist. Auch die Zivilgesellschaft muss handeln: Für die anstehenden Aufgaben müssen sich auch Arzt- und Zahnarztpraxen, Apotheken, Pharmaindustrie und Therapeuten aufstellen und Gedanken machen, wie sie ihren Beitrag zu einem resilienteren System leisten können. Ich bin überzeugt: Wenn wir uns gemeinsam auf den Weg machen, kommen wir rasch zu guten und dauerhaft tragfähigen Ergebnissen.“

ne auskömmliche, kostendeckende Honorierung von Apothekenleistungen. Die Rolle der Vor-Ort-Apotheken als erste Anlaufstelle in der Gesundheitsversorgung solle gestärkt werden. „Wir drängen auf eine zügige Umsetzung in Gesetzesform“, so die Ministerin.

Berufsnachwuchs sichern

In Bayern finde bereits ein aktiver Austausch mit allen Beteiligten statt. Gemeinsam mit der Bayerischen Landesapothekerkammer und dem Bayerischen Apothekerverband e.V. arbeite man daran, den Berufsnachwuchs zu sichern – etwa durch den Erhalt von Ausbildungsplätzen für PTA und PKA.

Der „Tag der Apotheke“ am 7. Juni wird jährlich von der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände ausgerufen, um auf die Bedeutung der öffentlichen Apotheken und des Heilberufs aufmerksam zu machen. Viele Apotheken nutzen den Tag für Informationsaktionen zu Gesundheitsthemen. **□**

Das gute Beispiel

Inmitten multipler Krisen und gesellschaftlicher Erschöpfung setzt der neue Podcast „Das gute Beispiel“ ein ermutigendes Zeichen.

Folge 9: Warum die Kommunen unsere Hoffnung sind – Hans-Peter Mayer im Gespräch



Michael von Hassel spricht mit Hans-Peter Mayer, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, über die Rolle der Kommunen in Zeiten des Umbruchs. Es geht um finanzielle Herausforderungen, Wärmeplanung, Ehrenamt und das große Ganze – nämlich darum, wie gelebte Selbstverwaltung unsere Demokratie stärken kann. Ein Gespräch voller Klarheit, Wertschätzung und hoffnungsvoller Impulse. Wer wissen will, warum der Gemeinsinn die beste Zukunftsstrategie ist, sollte reinhören.

Alle Folgen unter www.gemeindezeitung.de/podcast. **□**

Über 227.000 Aufrufe für bayerisches Urmeter:

GemeindeZeitungs-Reel zum Tag des Messens wird viraler Erfolg

Mit einem informativen Reel zum Internationalen Tag des Messens ist der GZ ein viraler Coup gelungen: Das Instagram-Video, das die Geschichte des „Urmeters“ anreißt, wurde inzwischen über 227.000-mal aufgerufen – ein außergewöhnlicher Erfolg für ein kommunaljournalistisches Format.

Der 20. Mai 2025 markierte den Jahrestag der Meterkonvention von 1875, mit der in Paris der Meter als internationales Standardmaß eingeführt wurde. Bayern besitzt gleich zwei Urmeter, einer davon wurde an diesem Tag vom Leiter des Bayerischen Landesamts für Maß und Gewicht, Stefan Thums, öffentlich präsentiert. Zeuge der Veranstaltung war unter anderem Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag. Die GZ griff das Thema auf – und verwandelte es in ein virales Phänomen.

Historie trifft Humor

„Dieses Reel zeigt, dass vermeintlich trockene Themen wie historische Messtechnik die Bevölkerung interessieren“, sagt Chefredakteurin Constanze von Hassel. Thums ergänzt augenzwinkernd: „Und dass Bürokratie nicht immer nur negativ wahrgenommen wird.“

Bildung, Identität, Präzision – in 30 Sekunden

Das Reel kombiniert historische Fakten, aktuelle Relevanz und bayerische Identität in kompaktem Storytelling. Die User reagieren begeistert: In den Kommentaren zeigen sich viele überrascht, dass Bayern nicht nur zwei Urmeter besitzt, sondern dass diese noch heute als Symbole wissenschaftlicher Präzision gelten. Auch die Frage nach der Urmaß wurde aufgeworfen. **Link zum Reel:** https://www.instagram.com/reel/DJ407DEtXl/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFlZA== oder als Kurzlink <https://t1p.de/216zv>. **□**

Für mehr Regionalität und Effizienz

Bayerischer Landkreistag fordert erneut ein umfassendes Gesamtkonzept für die Energiewende

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag hat sich in seiner Sitzung am 4. Juni im Haus der bayerischen Landkreise in München erneut intensiv mit der Energiewende und ihren Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort beschäftigt.

Der Ausschussvorsitzende, Landrat Franz Löffler, Cham, betonte: „Wir begrüßen den Willen der neuen Bundesregierung, die Energiepreise dauerhaft redu-



Landrat Franz Löffler. Bild: Franz Bauer

zieren zu wollen. Neben Sofortmaßnahmen, wie die diskutierte Deckelung der Netzentgelte, ist es dringend geboten, die Effizienz des Energiesystems insgesamt zügig zu erhöhen. Die bestehenden Herausforderungen im Bereich der Netz- und Systemintegration und deren Auswirkungen auf die deutschen Energiepreise erfordern ein koordiniertes Vorgehen. So wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Versorgungs-

sicherheit sowie Akzeptanz in der Bevölkerung gewährleistet.“

„Der Ausbau der erneuerbaren Energien darf nicht länger isoliert betrachtet werden. Ich bin der Überzeugung, dass wir ein sektorübergreifendes Gesamtkonzept brauchen, das alle Bereiche der Energieerzeugung und -nutzung berücksichtigt und sektorübergreifend zusammenbringt. Dezentrale Lösungen und regionale Gegebenheiten müssen stärker in den Fokus rücken“, so Löffler abschließend.

Die bayerischen Landkreise treten seit langem für einen technologieoffenen, mengenbezogen und gesteuerten Ausbau erneuerbarer Energien ein, der sich stärker an regionalen Gegebenheiten, volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sowie realistischen Zeithorizonten orientiert. Der Bericht des Bayerischen Energiebeirats belegt, dass der Netzausbau dem Ausbau der Erneuerbaren aktuell weder zeitlich noch in örtlicher Hinsicht folgen kann. Es fehlt nicht am Zubau erneuerbarer Energien, sondern am notwendigen Plan zur Steuerung, Speicherung und der kosteneffizienten Verwertung volatiler Erzeugungsmengen. **□**

Dialog suchen, Brücken bauen

Sudetendeutscher Tag und Heimattag der Siebenbürger Sachsen

„Aus Krieg und Vertreibung lernen. Für Frieden und Freiheit kämpfen“, lautete das Motto des 75. Sudetendeutschen Tages in Regensburg. Im Rahmen der Hauptkundgebung der dreitägigen Veranstaltung an Pfingsten ehrte die Sudetendeutsche Landsmannschaft Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit dem Europäischen Karls-Preis.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, der langjährige Europaabgeordnete Bernd Posselt, würdigte Söder als „Vollblutpolitiker, leidenschaftlichen Europäer und treuen Freund der Sudetendeutschen“. Söder habe sich bereits als junger Landtagsabgeordneter, als Minister in mehreren Ressorts sowie als Regierungschef des Freistaats „immer für den Vierten Stamm Bayerns eingesetzt und gemeinsam mit unserer Volksgruppe intensive Kontakte in die Tschechische Republik geknüpft und gepflegt“.

Erfolgreiche bayerische Außenpolitik

Die Sudetendeutschen seien Söder dafür dankbar, dass er „unermüdlich unseren nachhaltigen Verständigungsprozess mit dem tschechischen Volk unterstützt“. Von Albanien bis Polen unterhalte er darüber hinaus enge Beziehungen zu allen Staaten und Völkern Mitteleuropas und führe damit die erfolgreiche bayerische Außenpolitik fort, die Alfons Goppel und Franz Josef Strauß in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts begründet hätten. Trotz der schwierigen Umstände der Corona-Zeit sei es ihm gelungen, das Projekt eines Sudetendeutschen Museums in München als Leuchtturm der mitteleuropäischen Kulturlandschaft zu vollenden: „Dafür danken wir ihm und auch für die wirksame Art und Weise, in der er unsere Anliegen auf internationaler Ebene und in Berlin zur Sprache bringt“, betonte Posselt. Söder wiederum würdigte die Sudetendeutschen als „die größte Friedensbewegung, die es je in Deutschland gegeben hat“ und als „vierten Stamm in Bayern“. Die Vertriebenen hätten durch die Lebensleistung einer ganzen Generation das Land mit aufgebaut. „Ihnen verdanken wir, dass Bayern heute so stark ist“, erklärte Söder. Zugleich hielten sie mit ihren Trachten und Tänzen die Erinnerung an die alte Heimat hoch. Sie stünden für Frieden, Frei-

heit, Heimat und Glauben.

Die Sudetendeutschen, so der Karls-Preis-Träger weiter, machten sich für die Aussöhnung mit Tschechien stark. „Wir werden diese Freundschaft ausbauen und setzen uns für bessere Verkehrsverbindungen und für das Zusammenwachsen des gemeinsamen Grenzraums ein. Gemeinsam sind wir untrennbar im Herzen Europas verbunden. Ein starkes Deutschland und ein geeintes Europa sind gerade auch in Zeiten globaler Krisen und Kriege ganz entscheidend. Nur wenn wir stark sind, können wir die Freiheit und den Frieden in Europa auch in Zukunft verteidigen“, unterstrich Söder.

Pflege von Kultur und Identität

Parallel zum Sudetendeutschen Tag zogen im fränkischen Dinkelsbühl beim traditionellen Heimattag der Siebenbürger Sachsen mehr als 3.000 Menschen bei einem Trachtenumzug durch die mittelalterlich geprägte Stadt. Unter dem Motto „Zusammen Seite an Seite“ garantierten Kultur und Unterhaltung, Tradition und Brauchtum, Tanz und Musik ein stimmungsvolles Pfingsttreffen - ein Fest der Begegnung aller Generationen.

Sozialministerin Ulrike Scharf

würdigte in ihrem Grußwort insbesondere den Einsatz der Siebenbürger Sachsen bei der Pflege ihrer Kultur und Identität. „Sie können mit Stolz auf das Erbe ihrer Mütter und Väter blicken. Sie haben über Jahrhunderte in ihrer Heimat Siebenbürgen und jetzt für Bayern viel geleistet.“ Zudem gratulierte Scharf dem Siebenbürger Sachsen Dr. Bernd Fabritius zur Ernennung zum neuen Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Gemeinsame Verantwortung für Frieden und Demokratie

In Anbetracht des Endes des 2. Weltkriegs vor 80 Jahren mahnte die Ministerin zur gemeinsamen Verantwortung für Frieden und Demokratie: „Ein vereintes Europa ist nicht selbstverständlich. Wir müssen uns täglich dafür einsetzen. Frieden bedeutet, miteinander zu reden, den Dialog zu suchen, Brücken zu bauen. Für uns bedeutet das: Erinnern und Gedenken stärken, aber auch Einsatz für den Frieden und ein vereintes Europa.“ Scharf lobte hierbei ausdrücklich die vorbildliche Rolle der Siebenbürger Sachsen in ihrer Arbeit zur Völkerverständigung als Brückenbauer nach Rumänien.

Siebenbürgen liegt im heutigen Rumänien. Dort leben jedoch nur noch gut 20.000 Deutschstämmige. Viele Angehörige der Volksgruppe sind inzwischen nach Deutschland und in andere Staaten ausgewandert. DK

Ehrenamtskongress Bayern 2025:

Kaleidoskop innovativer Ideen

Etwa 600 Engagierte, Fachleute und Entscheidungsträger aus ganz Bayern versammelte der 7. Bayerische Ehrenamtskongress in Nürnberg. Ziel der Veranstaltung war es, das Ehrenamt zu stärken, innovative Ideen zu fördern und den Austausch zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu intensivieren. Veranstalter waren das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, die Hochschulkoooperation Ehrenamt sowie die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt in Kooperation mit der Stadt Nürnberg.

Das zweitägige Kongressprogramm wurde von einem Team um Prof. Dr. Doris Rosenkranz, Professorin an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, koordiniert. „Men-

schen, die ehrenamtlich ihre Zeit und ihr Talent an andere verschicken, erwarten, dass gute Strukturen rund um das Engagement entwickelt werden“, betonte Rosenkranz. „Es braucht also Verantwortliche, die zuständig sind für die Gewinnung und das Halten von Engagierten.“ Wie genau diese Bedingungen im Freiwilligenmanagement geschaffen werden können, stand im Mittelpunkt der Tagung.

Netzwerken, guter Austausch, relevanter Input

„Beim Ehrenamtskongress gibt's die Möglichkeit zum Netzwerken, für guten Austausch und für relevanten Input. Der Kongress ist wie ein Powerbank: Hier laden Ehrenamtliche auf“, stellte Oberbürgermeister Marcus König fest. Ein beeindruckendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement, so der Rathauschef, durften die Nürnberger Bürger im vergangenen Februar erleben, als bis zu 6.000 Wahlvorstandsmitglieder ihre Zeit und Kraft investierten, um eine reibungslose Wahl des Bundestages zu ermöglichen. Sie alle hätten mit ihrem Engagement ein Fundament der Demokratie gestärkt: freie und faire Wahlen.

Doch gehe das Ehrenamt weit darüber hinaus, unterstrich das Stadtoberhaupt. Hilfeleistungssysteme des Bevölkerungsschutzes würden maßgeblich von Ehrenamtlichen getragen. Ob in sozialen Projekten, Kulturvereinen, Sportgruppen oder in der Nachbarschaftshilfe – jede Form bürgerschaftlichen En-

Gz

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Bundestagswahl 2025 und der Regierungsbildung in Berlin richten sich in Bayern die Augen wieder verstärkt auf die Kommunen vor Ort, auch weil im nächsten Jahr wieder Kommunalwahlen in ganz Bayern anstehen. Die parteiinternen Wahlkampf vorbereitungen und die politische Positionierung der einzelnen Spitzenkandidaten für die Rathäuser und Landratsämter laufen bereits auf Hochtouren.

Wir können zu Recht stolz auf die vergangene geleistete Arbeit der ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitiker vor Ort sein. In den letzten Jahren wurden so zahlreiche herausragende Projekte initiiert, geplant und umgesetzt, trotz der schwierigen politischen Ausgangslage, in der sich Deutschland, Bayern und damit auch



blicken, aber andererseits auch feststellen, dass der politische und finanzielle Spielraum der bayerischen Kommunen nicht größer geworden ist und so manches kommunales Herzensprojekt es nicht in die finale Realisierung geschafft hat. Zudem wurden unseren Kommunalpolitikern streckenweise auch schmerzhaft und unpopuläre Entscheidungen abverlangt.

So ist es für die Kommunalwahl 2026 leider keine Selbstverständlichkeit mehr, dass etablierte Amtsinhaber und erfahrene Gemeinde- oder Kreisräte wieder zur Wahl antreten und neue Kandidaten für kommunalpolitische Ämter bereitstehen, auch da das gesellschaftliche Klima gegenüber Kommunalpolitikern rauer geworden ist und extreme politische Kräfte verstärkt in die kommunalen Gremien streben.

Das ist insgesamt keine leichte Ausgangslage für die anstehende Kommunalwahl in Bayern. Trotzdem ist und bleibt kommunalpolitisches Engagement das schönste politische Engagement. Durch den leidenschaftlichen und engagierten Einsatz unserer bayerischen Kommunalpolitiker konnte und kann auch in Zukunft die eigene Heimat aktiv gestaltet werden. Engagieren Sie sich für Ihre Kommune und stellen Sie sich zur Wahl! Die KPV steht Ihnen als politisches Sprachrohr, als Vertreter aller kommunalen Ebenen und als gemeinsames Netzwerk jetzt und bei allen kommenden Herausforderungen als starker Partner zur Seite.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Die bayerische Ausgangslage vor der Kommunalwahl 2026

unsere Kommunen befunden haben und immer noch befinden. Lähmende Bürokratie, höhere Ausgaben, neue Anforderungen und eine wirtschaftlich unsichere Lage haben den politischen Alltag der Kommunen zu einer konstanten Herausforderung gemacht. So können wir einerseits positiv auf kommunale Erfolgsprojekte zurück-

gagements sei ein Beitrag zu einer lebendigen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft. „Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die da sind, immer wieder neu dazukommen und dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält und widerstandsfähig ist. Gleichzeitig braucht es auch ein starkes Netz von Hauptamtlichen. Diese Strukturen gilt es fortlaufend zu stärken – auch der Ehrenamtskongress leistet hierfür einen wertvollen Beitrag.“

Bekanntnis zu unseren Werten

„Rund fünf Millionen Menschen sind bei uns ehrenamtlich engagiert – fast jeder Zweite über 14 Jahre. Mit jedem kleinen und großen Engagement machen sie unsere Heimat menschlich, stark und lebenswert“, hob Sozialministerin Ulrike Scharf in ihrem Grußwort hervor. Das Ehrenamt sei ein Bekannntnis zu unseren Werten, die auf Freiheit, Frieden und Toleranz basieren. Diese gelte es zu bewahren und zu verteidigen. Scharf sieht im Ehrenamtskongress Bayern „für die Zukunft des Ehrenamts eine einmalige Ideenschmiede. Er ist eine Drehscheibe des Austauschs und der Vernetzung.“

Impulsvorträge und Diskussionsrunden

35 verschiedene Impulsvorträge und Diskussionsrunden bildeten „ein Kaleidoskop des Ehrenamts“. Prominente Gäste des Kongresses waren u.a. Dr. Florence Gaub, Politikwissenschaftlerin, Zukunftsforscherin und Forschungsdirektorin der NATO-Militärakademie in Rom, Dr. Frank Matthias Kammel, Generaldirektor des Bayerischen Nationalmuseums, Dr. Katja Wildermuth, Intendantin des Bayerischen Rundfunks, und Sabine Rückert, erfolgreiche Podcasterin bei der ZEIT.

In praxisorientierten Workshops wurden Themen wie Förderanträge, Digitalisierung und Zukunftsstrategien für das Ehrenamt behandelt. Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern bot beispielsweise einen Work-

shop zum erfolgreichen Stellen von Förderanträgen an.

Um das passende Engagement zu finden, sind auf der online Plattform der Nürnberger Freiwilligenagentur „Zentrum Aktiver Bürger“ zahlreiche Angebote verschiedener Nürnberger Vereine, Verbände und Initiativen vermerkt. Zusätzlich besteht auch die Möglichkeit, gezielt nach thematischen Angeboten zu suchen. Der Nürnberger Mitwirk-O-Mat wiederum verrät Interessierten, wo sie sich in der Norisstadt engagieren können und mit welchen Engagement-Angeboten die größte Übereinstimmung besteht. Für Alle, die auf der Suche nach einem spontanen Engagement sind, ist die Facebook-Grup-

pe „Ehrenamt/ Volunteering in Nürnberg“ das Richtige. Frei nach dem Motto: „Ich habe nächste Woche Zeit. Was gibt's zu tun?“, kann man sich dort kurzfristig engagieren.

Gemeinschaftsprojekt

Auf der Bayerischen Engagement-Plattform findet sich mit einem oder mehreren Schlagworten das passende Engagementangebot in Nürnberg, aber auch in ganz Bayern. Gemeinsam mit der Aktion Mensch hat die lagfa bayern e.V. dieses Gemeinschaftsprojekt ins Leben gerufen, das vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales mitfinanziert wird. DK

Anpassung an den Klimawandel in bayerischen Städten

Kooperation von LfU und DWD Wetterstationen in Coburg und Straubing

Das Klimazentrum am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) hat in Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst (DWD) ein neues Projekt gestartet, um die städtischen Wärmeinseln (englisch urban heat island, UHI) in bayerischen Städten besser zu verstehen und die Grundlagen für die Anpassung an den Klimawandel zu verbessern.

Das Klima in Städten mit vielen Gebäuden unterscheidet sich deutlich vom Klima des unbebauten Umlands. Wärmeinseln zeigen sich besonders nachts, wenn es klar und windstill ist und wirken sich negativ auf die Gesundheit der Stadtbevölkerung, den Energieverbrauch und die Funktionalität der Infrastruktur aus. Ziel des Projekts „Hochaufgelöste Klimatologie der städtischen Wärmeinseln im Freistaat Bayern“ ist es, eine valide Datengrundlage zur Intensität dieser Wärmeinseln zu schaffen. Neben Daten der jungen Vergangenheit (1995 bis 2026) wird mittels Klimaprojektionen auch die zukünftige Entwicklung des Stadtklimaeffekts untersucht.

Im Rahmen des Projekts werden zusätzlich zum bestehenden DWD-Messnetz für ein Jahr zwei temporäre automatische Wetterstationen in innenstadtnaher Lage in Kooperation mit den mittelgroßen bayerischen Städten Straubing (nahe Technologie- und Förderzentrum)

und Coburg (Schulhof der Heiligkreuzschule) betrieben. Diese Stationen messen Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Windgeschwindigkeit und -richtung sowie die „Gefühlte Temperatur“, die das Temperaturempfinden eines Menschen beschreibt. Die gesammelten Daten werden mit den bestehenden Messstationen des DWD im Umland verglichen, um ein umfassenderes Bild der städtischen Wärmeinseln zu erhalten.

Klimainformationssystem

Die gewonnenen Informationen zum Wärmeineleffekt sollen nach Beendigung des Projekts online im Bayerischen Klimainformationssystem zur Verfügung gestellt werden und ermöglichen es bayerischen Kommunen besonders betroffene Stadtbereiche zu identifizieren und gezielt Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen. Impulse zur Anpassung in der Stadt bietet die Initiative Stadt.Klima.Natur. □

Für den Auftritt als Team:

Im Rampenlicht gemeinsam stark

Seminar der Hanns-Seidel-Stiftung für Kandidierende und Amtsinhaber mit Begleitung

Das Amt der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters ist mehr als nur ein Beruf – es ist eine Berufung mit hoher öffentlicher Präsenz, großer Verantwortung und oft zu wenig Raum für Privates. Gerade in Wahlkampfzeiten oder bei öffentlichen Auftritten rücken nicht nur die Kommunalpolitiker selbst, sondern auch deren Partnerinnen bzw. Partner in den Fokus der Öffentlichkeit. Doch wie gelingt ein souveräner Auftritt als Team?

Dieser Frage geht die Hanns-Seidel-Stiftung in einem kommunalpolitischen Seminar nach und möchte dieser Zielgruppe wichtige Tipps mit auf den Weg geben, um glaubwürdig und authentisch aufzutreten, ohne private Grenzen zu überschreiten: „Müssen wir bei jedem Empfang gemeinsam erscheinen?“, „Bleibe ich eher im Hintergrund?“ oder „Wie viel Persönliches ist zu viel?“

Es wäre wichtig, gemeinsame Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Hanns-Seidel-Stiftung möchte Kandidierende für diese Thematik sensibilisieren, aber auch Amtsinhabern die Möglichkeit bieten, den Paar-Auftritt zu optimieren. Ziel ist es Sicherheit im Umgang mit der Öffentlichkeit zu vermitteln und Orientierung im Spannungsfeld zwischen Beruflichem und Privatem zu geben.

Das gemeinsame Auftreten in der Öffentlichkeit, die Gesprächsführung mit der Presse oder die Darstellung und Wahrnehmung in den sozialen Medien spielen eine wichtige Rolle. Wo endet Privates im politischen Alltag? Der Umgang mit Rollenerwartungen will gut überlegt sein, Strategien zur Selbstfürsorge und Authentizität helfen Betroffenen resilienter durch den Wahlkampf zu gehen.

Referent ist Frederik Röder, ehemaliger Bürgermeister von Alling und Kreisrat, der als Praktiker wichtige Einblicke gewährt.

Termin, Ort und Anmeldung: Dienstag, den 24.06.2025, 18:30 – 21:00 Uhr, Konferenzzentrum München der Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstr. 33, Anmeldung über die Homepage der HSS, gerne mit Partner/-in: www.hss.de/veranstaltungen □

Plädoyer für kraftvolle ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wahrheit lautet, dass immer neue Leistungsversprechen des Staates nicht finanzbar sind. Der Grundsatz ‚Wer bestellt, bezahlt‘ muss uneingeschränkt gelten. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie ihre Zusagen im Koalitionsvertrag zur Konnexität schnell realisiert.“

DStGB mit neuer Verbandsspitze

Der Hauptausschuss des DStGB hat bei seiner Sitzung im Rahmen des Deutschen Kommunalkongresses eine neue Verbandsspitze gewählt. Als neuer Präsident des kommunalen Spitzenverbandes wird ab dem 1. Juli 2025 Bürgermeister Ralph Spiegler, Verbandsgemeinde Nieder-Olm, fungieren. Bislang war Spiegler 1. Vizepräsident des DStGB. Ihm folgt Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, der bisher als einer der Vizepräsidenten der Verbandsspitze angehörte. Der langjährige Präsident Dr. Uwe Brandl wird der Führungsriege des DStGB weiterhin als Vizepräsident angehören. **DK**

Der Investitionsrückstand in den Kommunen steige weiter deutlich an. Die Modifizierung der Schuldenbremse und das insgesamt 500 Milliarden Euro schwere Investitionspaket müssten schnellstmöglich dort Wirkung entfalten, wo das Geld am drängendsten gebraucht wird: in den Kommunen. „Wir haben die klare Erwartung, dass die Länder für die Weiterleitung der explizit für die Kommunen vorgesehenen 100 Milliarden Sorge tragen“, unterstrichen die Verbandsvertreter.

Sondervermögen reicht nicht

Das Sondervermögen allein werde aber nicht ausreichen. „Wir brauchen einen Mix aus zusätzlichen Mitteln, Ausgabenentlastungen und einer Steigerung der Anteile an den Gemeinschaftssteuern. Anders kann aus heutiger Sicht die kommunale Ebene nicht in die Lage versetzt werden, in Schulen, Straßen und Sportstätten vor Ort zu investieren. Genau das muss aber unsere Priorität sein“, forderten Brandl und Berghegger.

Ein deutliches Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung und zur Notwendigkeit starker Städte und Gemeinden legte Bundeskanzler Friedrich

Merz ab. In seiner Grundsatzrede spannte er den Bogen von einem neuen Stil der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen über Bürokratieabbau und Digitalisierung bis hin zur Migrationspolitik und dem bezahlbaren Wohnraum.

Er zeichnete das Bild eines Landes, das sich nur mit und durch die Kommunen modernisieren lasse. „Das Gefühl, zu Hause zu sein, wurzelt in unseren Städten und Gemeinden“, erklärte Merz und bot Städten, Gemeinden und Landkreisen eine neue Form der Zusammenarbeit mit dem Bund an.

Mentalitätswandel in der Verwaltung

Der Kanzler plädierte für die Abkehr von einer „Misstrauenskultur“ gegenüber Bürgern und Unternehmen. Deutschland brauche einen „Mentalitätswandel“ in der Verwaltung – weg vom Prinzip Kontrolle, hin zu Vertrauen und Eigenverantwortung. Dabei sprach er von einem grundlegenden Wandel im Staatsverständnis: „Wir wollen hin zu einer Kultur des Vertrauens.“ Diese Haltung solle sich auch in einem deutlich effizienteren Fördersystem widerspiegeln. Fördermittel des Bundes würden künftig „einfacher und schneller“ fließen – unter der Voraussetzung, dass sie in tatsächliche Zusatzprojekte investiert werden. Das Credo: Qualität statt Quantität, Zielorientierung statt Gießkanne.

Mit Nachdruck sprach sich Merz für eine digitale Verwaltungsrevolution aus. Die Gründung eines eigenständigen Digital- und Modernisierungsministeriums sei ein Beleg dafür, wie ernst es seiner Regierung mit einem umfassenden Umbau der Verwaltung sei. Als konkrete Maßnahmen nannte Merz das „Once-Only-Prinzip“, d.h. Bürger und Unternehmen sollen Daten nur noch einmal angeben müssen, sowie die Einführung KI-gestützter Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig mahnte er die Kommunen, zentrale Softwarelösungen des Bundes tatsächlich einzusetzen, um Flickenteppiche bei der IT-Infrastruktur zu vermeiden.

Migration: Kommunen vor Überlastung zu schützen

Ein weiterer Schwerpunkt in Merz' Rede war die Migrationspolitik. Der Kanzler betonte die Notwendigkeit, Städte und Gemeinden vor Überlastung zu schützen. Er verwies auf Maßnahmen wie die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und die Einschränkung freiwilliger Aufnahmeprogramme. Die Botschaft: Ordnung schaffen, damit Integration gelingen kann.

Gleichzeitig unterstrich er die Bedeutung qualifizierter Zuwanderung und kündigte ein zentrales, digitalisiertes System zur Arbeitsmigration an, das die kommunalen Ausländerbehörden entlasten soll. Damit verknüpfte Merz die Zielsetzung: „Wir wollen Integration, aber wir wollen auch Grenzen des Leistbaren beachten.“

Mit Blick auf die kommunalen Haushalte räumte er ein, dass große Herausforderungen vor den Städten und Gemeinden liegen: Investitionsstaus, Sanierungsbedarf, Energie- und Schulbau und Wohnungsmangel. Der Bund werde hierbei mithelfen, insbesondere mit dem neuen Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität. Aber auch hier verwies Merz auf die gemeinsame Verantwortung: „Die Mittel müssen in zusätzliche Vorhaben fließen, nicht in bereits Geplantes.“

Zudem kündigte er an, die Aufstellung der Bundeshaushalte ab 2025 mit einer umfassenden Ausgabenprüfung zu verbinden – auch im Sozialbereich. Ein besonderes Augenmerk liege dabei auf stark gestiegenen Leistungen in der Jugend- und Eingliederungshilfe. Merz stellte klar: „Der Sozialstaat bleibt bestehen – aber er muss finanzierbar bleiben.“

Wohnungsbau-Turbo

Beim Thema Wohnungsbau drängte der Kanzler auf eine grundlegende Vereinfachung der Vorschriften. Der von Bauministerin Verena Hubertz vorgeschlagene „Wohnungsbau-Turbo“ sei ein erster Schritt, aber es brauche mehr: eine Entbürokratisierung von Bau-, Umwelt- und Vergaberecht.

„Wir müssen bauen, bauen, bauen“, forderte Merz; nicht nur für die soziale Balance, sondern auch zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Baubranche.

Merz beendete seine Rede mit einem Appell für den Zusammenhalt und das Vertrauen in die demokratische Handlungsfähigkeit: „Starke Kommunen möglich zu machen, heißt, den Menschen Vertrauen in unseren Staat zurückzugeben.“ Dabei beschwor er auch die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg – ein Miteinander von Bund, Ländern, Kommunen, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft. In zahlreichen Diskussionsrunden und Fachforen, unter anderem zu den Themen Zukunft der Pflege, Digitale Bildung, Kommunale Partnerschaftsarbeit, Zukunftswerkstatt Digitale Kommune, Personalsituation in den Kommunen, Kommunalfinanzen, Lebenswerte Kommunen, Wirtschaftsförderung, sowie Frauen in der Kommunalpolitik tauschten sich die Teilnehmer mit rund 100 Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus – mit einem klaren Fokus auf die akuten Probleme kommunaler Handlungsfähigkeit.

Bewährte Lösungen sichtbar machen

Was an einem Ort schon erfolgreich erprobt wurde, könnte an vielen weiteren Orten Wirkung entfalten. Um diese bewährten Lösungen sichtbar zu machen und ihre Verbreitung zu fördern, verliehen der Deutsche Städte- und Gemeindebund und Re:Form – die von ProjectTogether geschaffene Allianz von Verwaltungspionieren – das Siegel „Bewährt vor Ort“. Ausgezeichnet wurden 29 kommunale Projekte in vier Themenbereichen, die in der Praxis nachweislich funktionieren und das Potenzial haben, bundesweit als Vorbild zu wirken.

Im Sektor „Nachhaltiges Bauen“ wurde dabei das seit 2018 bestehende Digitale Siedlungsmanagement im Landkreis Cham, ein Baustein des Interkommunalen GIS, das über ein Behördennetzwerk aller 39 kreisangehörigen Gemeinden etabliert wurde, gewürdigt. Mittels einer Web-Applikation können nun alle Kommunen den Standort ihres Leerstandes oder ihrer Baulücke in einer interaktiven Web-Karte betrachten. Als Orientierung werden Hintergrunddaten wie Luftbilder in hoher Auflösung und die ALKIS-Daten (Liegenschaftskataster) bereitgestellt. Als weitere Infos können über ein Pop-Up-Fenster die dazugehörigen Informationen abgerufen werden. Bei den Baulücken sind dies z. B. Adresse, Flurstück und Gemarkung sowie die zugehörige städtebauliche Satzung oder der Bebauungsplan. Bei den Leerständen können Informationen wie Adresse, Gebäudetyp, -alter, -nutzung, Bauzustand, etc. eingese-

hen werden. Zusätzlich kann ein Leerstands- und Baulückenexposé als PDF abgerufen werden, das die jeweiligen Informationen zusammenfassend darstellt.

Preise für inklusive kommunale Projekte

Darüber hinaus kürte die KfW-Bankengruppe im Rahmen der feierlichen Verleihung des KfW-Awards „Leben“ 2025 zwölf Preisträger für nachhaltige, zukunftsweisende und inklusive Projekte von Kommunen. Die ausgezeichneten Projekte sollen als Inspiration für die Kommunen von morgen dienen und andere zum Nachahmen anregen. Prämiert wurden Erfolgsbeispiele in den Kategorien „Energie- und Wärmewende“, „Digitale Bildung“ sowie „Bezahlbares und flächeneffizientes Wohnen“. Zusätzlich gab es eine Sonderkategorie „Inklusion leben – Behindertensport vereint Kommunen“, die gemeinsam mit dem Deutschen Behindertensportverband (DBS) ausgeschrieben wurde.

In der Kategorie: „Digitale Bildung“ errang das Nürnber-

ger Projekt „Digi iQ – digitale Grundbildung im Quartier“, dotiert mit 2.000 Euro, den dritten Platz. Seit 2024 bringt die Initiative mit einem Peer-to-Peer-Ansatz digitale Bildung in Nürnberger Stadtteile mit hohem Migrationsanteil. Jugendliche und Erwachsene mit eigener Zuwanderungsgeschichte lassen sich zu Digi-Coaches ausbilden, um ehrenamtlich digitale Grundkompetenzen auf Augenhöhe weiterzugeben. In einfacher Sprache vermitteln sie wichtige digitale Themen wie Internetzugang, Datenschutz oder Cybermobbing.

Alle drei Jahre wird ein Nürnberger Quartier in das Projekt aufgenommen, jeweils in Kooperation mit einem Stadtteilzentrum vor Ort. Die Digi-Coaches sind dann beispielsweise in Nachbarschaftshäusern, Jugendzentren, Familienbildungsstätten oder Vereinen im Einsatz und geben Hilfestellung bei digitalen Fragen. Ziel ist es, Menschen mit wenig Zugang zu Bildung oder Technik einen einfachen und praktischen Einstieg in die digitale Welt zu ermöglichen. **DK**

Bayerns Bevölkerung wächst und altert

Kommunen gefordert wie nie

Laut neuer Regionalisierter Bevölkerungsvorausberechnung des Bayerischen Landesamts für Statistik wird die Einwohnerzahl Bayerns bis 2043 um rund 560.000 auf 13,74 Millionen steigen. Der Zuwachs von 4,3 Prozent ist nahezu flächendeckend auf Wandlungsgewinne zurückzuführen – besonders in städtischen und wachstumsstarken Regionen.

Gleichzeitig verstärkt sich der demographische Wandel: Die Zahl der Menschen ab 65 Jahren nimmt deutlich zu, von 2,8 auf 3,44 Millionen (+23 %). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt von 21,3 auf 25,1 Prozent. Die Erwerbsbevölkerung (20–64 Jahre) schrumpft um 150.000 Personen, der Jugendanteil bleibt stabil. Im Jahr 2043 kommen auf 100 Erwerbsfähige voraussichtlich 44 Personen im Ruhestandsalter und 33 Kinder und Jugendliche.

Kommunale Handlungsempfehlungen

- Pflege- und Senioreneinfachstruktur strategisch ausbauen: Der steigende Anteil älterer Menschen erfordert Investitionen in Pflegeeinrichtungen, altersgerechtes Wohnen und wohnortnahe medizinische Versorgung.
- Fachkräftesicherung aktiv betreiben: Mit schrumpfender Erwerbsbevölkerung gewinnen Bildungsstandorte, Qualifizierungsangebote, Familienfreundlichkeit und Zuwanderungs-

management an Bedeutung. • Bedarfsorientierte Bildungsaufplanung: Trotz stagnierender Jugendquote sollten Kapazitäten von Kitas und Schulen regelmäßig überprüft und an regionale Entwicklungen angepasst werden.

- Kommunale Wohnbaupolitik anpassen: Wanderungsgewinne und steigende Bevölkerungszahlen verlangen eine vorausschauende Flächen- und Wohnraumentwicklung – auch mit Blick auf bezahlbares Wohnen für alle Generationen.
- Interkommunale Zusammenarbeit stärken: Besonders kleinere und ländlich geprägte Kommunen profitieren von abgestimmten Strategien in Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität.

Die neue Vorausberechnung bietet eine wichtige Datengrundlage für langfristige Planungen. Kommunen sollten jetzt die demographischen Signale ernst nehmen und strukturelle Antworten entwickeln – differenziert, vorausschauend und generationengerecht. □

„Statistik kommunal 2024“ für Bayern veröffentlicht

Regionalprofile über Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen und Infrastruktur bis auf Gemeindeebene online verfügbar

Das Bayerische Landesamt für Statistik hat die neue Ausgabe von „Statistik kommunal 2024“ veröffentlicht. Sie bietet für jede der 2.031 kreisangehörigen Gemeinden, 25 kreisfreien Städte, 71 Landkreise sowie die sieben Regierungsbezirke und den Freistaat Bayern fundierte Regionalprofile auf Basis von rund 2.200 statistischen Eckdaten.

Die Daten stammen aus der amtlichen Online-Datenbank GENESIS und werden in 33 Tabellen und 21 Grafiken anschaulich aufbereitet. Jede Gebietseinheit erhält ein eigenes, kostenlos als PDF abrufbares Heft, das Entwicklungen über Jahre hinweg sichtbar macht und regionale Vergleiche ermöglicht.

Erfasst werden unter anderem Bevölkerungszahlen (inkl. Zensus 2022), Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Wahlen, Kindertagesbetreuung, Schulen, Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Bauwesen, Wohnungsbau, Tourismus, Kraftfahrzeugbestand, Straßenverkehrsunfälle, Sozialhilfe, Seniorenangebote, Gemeindefinanzen sowie Daten zur Steuerkraft, Bodennutzung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Die Hefte sind unter folgendem Link kostenfrei abrufbar: www.statistik.bayern.de/produkte/statistik_kommunal. □

Gesundheitspolitik auf ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ter reserviert – ein Fachbereich, in dem besonders großer Nachwuchsmangel herrscht.

Wie Gerlach überdies darlegte, hätten sich die Anforderungen an ärztliche Arbeitsmodelle verändert. Junge Ärztinnen und Ärzte bevorzugten feste Anstellungen, flexible Arbeitszeitmodelle und legten großen Wert auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. „Die Erwartungen des ärztlichen Nachwuchses spiegeln einen gesellschaftlichen Wandel wider – und sie bieten eine große Chance, bestehende Strukturen zu modernisieren“, so die Staatsministerin.

Beim Thema Pflege sprach sich Gerlach für mehr Digitalisierung aus – allerdings mit Bedacht. „Digitalisierung ersetzt nicht die menschliche Fürsorge, aber sie kann wertvolle Unterstützung im Alltag sein“, betonte sie. Ein Pilotprojekt in Buxheim zur Reduktion von Prüfaufwand sowie eine vom Ministerium veröffentlichte „Pflege-Mythenliste“ sollen Einrichtungen helfen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Bereits jetzt hätten 37 Prozent der Pflegeeinrichtungen in Bayern (Stand: März 2025) einen Antrag auf Anbindung an die Telematik-Infrastruktur (TI) gestellt – doppelt so viele wie noch im vergangenen November.

TI ist Rückgrat der künftigen digitalen Gesundheitsversorgung

Gerlach zufolge ist die TI das Rückgrat der künftigen digitalen Gesundheitsversorgung: Sie vereinfache Verwaltungsprozesse, spare Zeit und ermögliche eine sichere Kommunikation zwischen Ärzten, Pflegeeinrichtungen und anderen Leistungserbringern. Bis zum 1. Juli 2025 sei die Anbindung an die TI für alle Einrichtungen der Langzeitpflege verpflichtend. Gerlach appellierte an alle noch nicht angeschlossenen Einrichtungen, sich frühzeitig vorzubereiten und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Zuvor hatte KPV-Landesvorsitzender, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), zum 500-Milliarden-Sondervermögen der neuen Bundesregierung Stellung be-

zogen. Grundsätzlich begrüßen KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss das Finanzpaket, fordern jedoch folgende Leitlinien zur Mittelverwendung:

1. Kommunale Infrastruktur stärken: Das geplante Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für Infrastruktur, davon 100 Mrd. Euro für die Länder und Kommunen, was voraussichtlich rund 15 Mrd. Euro für den Freistaat Bayern bedeutet, soll schnell und zielgerichtet bei den bayerischen Kommunen ankommen. Neue bürokratische Förderprogramme sollen hierfür möglichst vermieden werden. Vielmehr sollen die Fördersätze bei bestehenden Programmen insbesondere im Bereich Hochbau, Tiefbau und ÖPNV deutlich erhöht werden.

2. Aussetzung der Krankenhausumlage: Es wird eine Aussetzung der Krankenhausumlage (kommunaler Anteil für Krankenhausinvestitionen) für zehn Jahre gefordert. Mit einer alleinigen Finanzierung der Krankenhausinvestitionen durch den Freistaat Bayern können die kommunalen Krankenträger, die in aller Regel jährlich hohe Defizite ausgleichen müssen, spürbar entlastet werden. Zudem können damit dringende notwendige Modernisierungen und Umstrukturierungen auf dem Weg gebracht werden.

3. Neuverschuldung zurückführen und Sparmaßnahmen konsequent umsetzen: Die Neuverschuldung des Bundes muss im Sinne der Generationengerechtigkeit in einem überschaubaren Zeitraum auch wieder abgebaut werden. Hierzu schlagen wir einen Entschuldungsplan vor, der unbedingt eingehalten werden muss. Mit den Investitionen einhergehen müssen dringend notwendige Sparmaßnahmen. Investitionsgelder sollen nicht in Gutachten, Klageverfahren oder Planungstiefe versickern. Der Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbau muss auf Bundes- und Landesebene konsequent weiterbetrieben werden, um die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer bayerischen Kommunen auch für die Zukunft zu sichern. Dabei müssen die Chancen der Digitalisierung noch stärker genutzt werden. **DK**

Zukunftskommission Digitales Bayern 5.0:

Freistaat und Kommunen auf dem Weg zur digitalen Transformation

Ein Jahr nach der Gründung der Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 haben Finanzminister Albert Füracker und der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags in München eine positive Zwischenbilanz gezogen. Die Kommission habe mit einer Vielzahl an Maßnahmen ein klares Signal für die digitale Transformation der Kommunalverwaltung gesetzt. Im Mittelpunkt steht der Ausbau digitaler Prozesse, die die Verwaltung für Bürger und Unternehmen effizienter und benutzerfreundlicher machen sollen.

„Unser Ziel ist es, Verwaltungsprozesse wie Baugenehmigungen, Kfz-Zulassungen und Wohnsitzanmeldungen vollständig digital und medienbruchfrei zu gestalten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen schneller, einfacher und ohne bürokratische Hürden ihre Anträge bearbeiten lassen können. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines zentralen IT-Dienstleisters bis Ende 2025, der die IT-Aufgaben in den Kommunen bündelt und zentralisiert“, betonte Staatsminister Albert Füracker. Dieser Schritt soll den rund 220.000 Beschäftigten in den bayerischen Kommunen eine erhebliche Entlastung verschaffen und die Bearbeitungszeiten der Anträge verkürzen.

Meilenstein

„Der Bericht der Zukunftskommission ist ein Meilenstein für die weitere Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen. Wir sind uns einig, dass eine stärkere Vereinheitlichung der vielfältigen kommunalen Sys-

teme durch Standardisierung und Zentralisierung der richtige und notwendige Weg ist“, unterstrich Städtetagschef Markus Pannermayr, auch stellvertretend für die vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Vereinheitlichung der Systeme

Wegen der Vielfalt der 2056 Städte und Gemeinden, der 71 Landkreise mit den staatlichen Landratsämtern und der sieben Bezirke sei dies ein komplexer Prozess, der durch die Schaffung eines einheitlichen zentralen kommunalen IT-Dienstleisters beschleunigt werden soll. Diese Vereinheitlichung der Systeme stelle eine große Herausforderung für die Kommunen dar. Einheitliche Anforderungen müssten für kleine Gemeinden ebenso wie für die Großstädte umsetzbar sein, bekräftigte Pannermayr.

In den Kommunen sei eine Vielzahl verschiedener Fachverfahren von unterschiedlichen Anbietern im Einsatz, durch die sich Abhängigkeiten und Anfor-

derungen an Schnittstellen untereinander und zu Online-Anträgen ergeben. Der zentrale Dienstleister solle die Kommunen bei diesen komplexen Prozessen begleiten. Vereinheitlichung und Standardisierung sei nötig, um Komplexität zu reduzieren. Eine zentrale Umsetzung helfe etwa bei der Einführung von KI oder bei der Einschätzung von Datenschutzbelangen.

Digitale Dividende im Blick

„Die Kommunen haben stetig die Verbesserung der Services für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen im Fokus. Sie setzen dabei mittelfristig auf die digitale Dividende: Wenn Verwaltung einfacher und schneller wird, können Kommunen ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Gestaltung auch weiter gut erfüllen. Die weitere Digitalisierung der Verwaltung leistet dazu einen unverzichtbaren Beitrag“, unterstrich der Verbandsvorsitzende.

Ein weiterer innovativer Schritt in der Digitalisierung ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Verwaltungsprozessen. KI-gestützte Systeme können dabei helfen, Fehler in Anträgen frühzeitig zu erkennen und somit Rückfragen und Verzögerungen zu vermeiden. „Durch den Einsatz von KI in unseren Pilotprojekten haben wir bereits erste Erfolge erzielt, die nun auf

ganz Bayern ausgeweitet werden sollen“, erläuterte Füracker. Diese Innovationen sollen nicht nur die Bearbeitungszeit von Anträgen verkürzen, sondern auch den Verwaltungsaufwand für Kommunen erheblich reduzieren.

Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur

Bei Besuchen der Zukunftskommission vor Ort in verschiedenen Kommunen und Landratsämtern wurde deutlich, wie unterschiedlich die digitalen Lösungen derzeit umgesetzt werden. Besonders für kleinere Kommunen stellt dies aufgrund von Fachkräftemangel und begrenzten Ressourcen eine Herausforderung dar. Die Kommission setzt daher auf eine Vereinheitlichung und Zentralisierung der IT-Infrastruktur, die den Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen helfen soll. Ein weiterer Vorteil der zentralen IT-Lösungen ist der verstärkte Schutz vor Cyberbedrohungen, da alle Kommunen, die an das Bayerische Behördennetz angeschlossen sind, vom zentralen Sicherheitsnetz des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik profitieren.

Zu den konkreten Maßnahmen gehören unter anderem die Einführung einheitlicher IT-Verfahren, die den Bürgern bei Umzügen den Gang zum Amt ersparen sollen, sowie die Förderung des digitalen Identitätsnachweises (eID), um den Online-Ausweis stärker in den Alltag zu integrieren. Zudem wird ein E-Learning-Kurs angeboten, um den Behörden KI-Kompetenzen zu vermitteln und so die Anforderungen der EU-KI-Verordnung (AI Act) effizient umzusetzen.

DK

Leonet bietet Internet-Tarife über das UGG-Glasfasernetz an

Gute Nachrichten für alle Haushalte in den Ausbaubereichen von Unsere Grüne Glasfaser (UGG): Ab sofort ist mit Leonet ein weiterer Internetdiensteanbieter auf dem Glasfasernetz von UGG verfügbar. Damit haben Endkunden eine noch größere und vielfältigere Auswahl bei der Wahl ihres Glasfaservertrages.

Leonet ist ein langjähriger Internet Service Provider (ISP) aus Bayern, der seine Dienste nun auch in weiteren Regionen Deutschlands über das Netz von UGG anbietet.

„Wir freuen uns sehr, dass Leonet ab sofort als nationaler Partner auf unserem Netz aktiv ist. Unser Ziel ist es, den Menschen in ländlichen Regionen nicht nur Zugang zu moderner Glasfaser zu ermöglichen, sondern ihnen auch echte Wahlfreiheit bei der Auswahl ihres Internetanbieters und ihrer Internettarife zu bieten“, sagt Jörn Schoof, Chief Commercial Officer von UGG.

Offenes Glasfasernetz als Erfolgsmodell für Bürger und Kommunen

Das UGG Netz bleibt auch weiterhin grundsätzlich allen ISPs offen, die darauf Internetdienste anbieten möchten. Durch diese Netzneutralität wird den Bürgern vor Ort eine vielfältige Auswahl bei der Wahl ihres Internettarifs ermöglicht. Mit Leonet als inzwischen achtem Anbieter wächst das Angebot für Endkunden spürbar weiter – für UGG ein weiterer Schritt, moderne, schnelle und stabile Internetanschlüsse in die Haushalte zu bringen. Das Open-Access-Modell vermeidet zudem doppelte Glasfaser-Ausbauten und sorgt dafür, dass Kommu-

nen und deren Anwohner nicht mehrfach durch Bauarbeiten belastet werden.

„Wir sehen die Kooperation mit UGG als große Chance, um unsere Angebote über Bayern hinaus bekannt zu machen, damit noch mehr Menschen von unseren leistungsfähigen Internetdiensten mit 1.000 Mbit/s profitieren können; sei es für Home Entertainment, wie Fernsehen und Streaming in Ultra HD, Gaming, Videokonferenzen ohne Ruckeln oder Festnetz-Telefonie in exzellenter Sprachqualität“, betont Jochen Mogalle, CEO von Leonet.

„Dass wir nun auf dem UGG-Netz präsent sind, ist nicht nur ein wichtiger Schritt in unserer Wachstumsstrategie, sondern bietet Verbrauchern in diesen Regionen auch einen Mehrwert, da mit Leonet ein weiterer erfahrener Internetanbieter mit attraktivem Preis-/Leistungsverhältnis zur Verfügung steht“, stellt Mogalle fest.

Seit Anfang des Jahres gehört Leonet zur Unternehmensgruppe der UGG. Für die Kooperation gelten jedoch die gleichen Bedingungen wie für alle anderen Internetdiensteanbieter auf dem UGG-Netz. So stellt UGG den Open Access-Ansatz sicher und sorgt dafür, dass alle Kooperationspartner fair und transparent behandelt werden.

□

Jahresbericht 2024 der Bundesnetzagentur:

Marktzahlen Telekommunikation

In ihrem Jahresbericht zur Entwicklung des Telekommunikationsmarktes in Deutschland verweist die Bundesnetzagentur auf höhere Investitionen. Mit 15,3 Mrd. Euro sind sie gegenüber 2023 um rund 3 Prozent gestiegen. Die Investitionsschwerpunkte der Unternehmen lagen im Ausbau der Glasfaser- und Mobilfunkinfrastruktur.

Die Anzahl der einerseits mit Glasfaser versorgten und andererseits durch Verlegung von Glasfaser in unmittelbarer Nähe der Häuser erreichbaren Endkunden (Homes Passed) hat sich im Jahr 2024 auf 21,8 Mio. erhöht. Damit wurde innerhalb eines Jahres ein Anstieg von 3,9 Mio. erzielt. Die Anzahl von aktiven und nicht aktiven Glasfaseranschlüssen in den Wohnungen und Gebäuden (Homes Connected) wuchs von 7,3 Mio. im Jahr 2023 auf 8,6 Mio. im Jahr 2024. Zugleich stieg die Verbreitung aktiver, also genutzter Glasfaseranschlüsse auf 5,3 Mio. und übertraf den Bestand Ende 2023 um ca. eine Mio. Glasfaseranschlüsse.

Steigende Nachfrage nach höheren Datenraten

Rund 4,1 Mio. aktive Anschlüsse entfielen auf FTTH-Anschlüsse (77 Prozent) und rund 1,2 Mio. auf FTTB-Anschlüsse (23 Prozent). Der Anteil aktiver FTTH/FTTB-Anschlüsse (Homes Activated) an den gesamten aktiven Breitbandanschlüssen in Festnetzen ist von 11,2 Prozent im Jahr 2023 auf 13,7 Prozent zum Jahresende 2024 angewachsen. Aufgrund steigender Nachfrage nach höheren Datenraten wird für die kommenden Jahre erwartet, dass sich der FTTH/FTTB-Anteil deutlich erhöhen wird.

Das über Festnetze abgewinkelte Gesprächsvolumen im Jahr 2024 ging gegenüber dem Vorjahr auf 57 Mrd. Gesprächsminuten zurück. Der Rückgang fiel im Jahr 2024 geringer aus als in den Vorjahren.

Über Mobilfunknetze im Inland wurden vergangenes Jahr

rund 148 Mrd. abgehende Gesprächsminuten geführt. Dies entspricht im Durchschnitt rund 115 Minuten monatlich pro aktivem SIM-Profil. Gegenüber 2023 ist das über Mobilfunknetze im Inland abgewinkelte Gesprächsvolumen mit einer Abnahme um knapp vier Prozent rückläufig. Dies lässt sich unter anderem durch die zunehmende Nutzung von nummernunabhängigen interpersonellen Telekommunikationsdiensten, insbesondere von Messenger- und Videokonferenz-Diensten, erklären.

Im Jahr 2024 wurden 17,7 Mrd. (2023: 15,8 Mrd.) abgehende Sprachtelefonie-Anrufe über Messenger- und Videokonferenz-Dienste in Deutschland geführt. Dabei ist das Gesprächsvolumen auf insgesamt 196,7 Mrd. Minuten (2023: 175,1 Mrd.) angewachsen. Zudem wurden insgesamt 901,9 Mrd. Sofortnachrichten über Messenger- und Videokonferenz-Dienste versandt (2023: 891,4 Mrd.).

Insgesamt wurde im Berichtsjahr in Festnetzen ein Datenvolumen von rund 149 Mrd. GB übertragen. Dies entspricht im Durchschnitt einem Datenvolumen von ca. 322 GB pro Anschluss und Monat. Im Vergleich zum Jahr 2023 stieg das in Festnetzen übertragene Datenvolumen um rund 35 GB.

Das über Mobilfunknetze im Inland übertragene Datenvolumen erhöhte sich 2024 auf 9.592 Mio. GB gegenüber 9.118 Mio. GB im Jahr zuvor. Das durchschnittlich genutzte Datenvolumen in Mobilfunknetzen pro aktivem SIM-Profil und Monat wuchs von 7,2 GB im Jahr 2023 auf 7,4 GB im vergangenen Jahr.

Der überwiegende Teil (88 Prozent) des Datenverkehrs über Mobilfunknetze wurde über LTE realisiert, zehn Prozent des Datenverkehrs wurden über das 5G-Netz und zwei Prozent des Datenverkehrs über das GSM-Netz (2G) abgewickelt.

Glasfaserausbau schreitet voran

„Deutschland kommt beim Glasfaserausbau weiter voran. Vor allem die Wettbewerber der Deutschen Telekom machen diesen Digitalisierungsschub möglich“, erläuterte Sven Knapp, Hauptstadtbüro-Leiter des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO), die Berichtszahlen. Die Wettbewerber hätten im Jahr 2024 fast doppelt so viel in zukunftssichere Netze investiert wie die Deutsche Telekom. „Um diese Erfolgsstory fortzuschreiben, wollen die alternativen Netzbetreiber weiter investieren. Dafür brauchen sie eine Politik, die bestehende Herausforderungen konsequent angeht, einen stabilen Rahmen für weitere Investitionen schafft und für fairen Wettbewerb sorgt.“

Sehr positiv sei, so Knapp, dass das neue Digitalministerium den Ausbau einer zukunfts-sicheren digitalen Infrastruktur als Top-Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ansieht. Entsprechend sollte jetzt zügig ein Konzept für das wettbewerbs- und verbraucherfreundliche Upgrade von Kupfer auf Glasfaser auf den Tisch. Eine solche Regelung sei überfällig, um Planungssicherheit für Verbraucher und die ausbauenden Unternehmen zu schaffen. „Schon heute sind zahlreiche Regionen in Deutschland mit Glasfaser versorgt. Jetzt muss geklärt werden, wie die DSL-Bremse gelöst und Verbraucherinnen und Verbraucher schnellstmöglich von Glasfaser profitieren können“, unterstrich der Büroleiter.

DK



LEONET
Stark in Glasfaser

IHRE GEMEINDE VERDIENT STABILES INTERNET.

LEONET Glasfaser für Arbeit, Schule und Freizeit – egal, wie viele gleichzeitig online sind.

Mehr Infos unter:
Tel: 0800 8045 990
Mo–Fr 8–20 Uhr
Sa 8–16 Uhr

LEONET.DE/KOMMUNEN

KI-Kompetenz einfach gemacht:

Kostenloser eLearning-Kurs zum Thema KI

Freistaat und Kommunen erarbeiten in der Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 unter der Federführung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat (StMFH) gemeinsame Lösungen für eine moderne digitale Verwaltung. Zur erfolgreichen Umsetzung von über 60 Maßnahmen ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) ein wesentlicher Baustein.

KI kann helfen, Arbeitsabläufe zu verbessern, Effizienz zu steigern und ein modernes Arbeitsumfeld zu schaffen. Die Vorteile von KI zeigen sich jedoch nur, wenn sie verantwortungsvoll, rechtssicher und gut koordiniert eingesetzt wird. Um dies zu erreichen, ist es auch wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergebildet und qualifiziert werden. Die Schaffung von „KI-Kompetenz“ ist zudem auch Vorgabe der seit 2. Februar 2025 anzuwendenden Bestimmungen der europäischen KI-Verordnung (KI-VO), dem sogenannten AI Act. Nach Art. 4 KI-VO haben Anbieter und Betreiber von KI-Systemen Maßnahmen zu ergreifen, um nach besten Kräften sicherzustellen, dass ihr Personal und andere Personen, die in ihrem Auftrag mit dem Betrieb und der Nutzung von KI-Systemen befasst sind, über ein ausreichendes Maß an KI-Kompetenz verfügen.

Kostenlose Online-Schulung

Vor diesem Hintergrund wurden unter der Federführung des StMFH in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe neben Leitfäden zum KI-Einsatz in Behörden, die in Kürze auf der Internetpräsenz des StMFH ver-

fügbar sind, auch eine Online-Schulung zum Thema KI erstellt. Der Kurs steht kommunalen Beschäftigten kostenlos auf dem Digital.Campus Bayern (siehe QR-Code) zur Verfügung. Er vermittelt nicht nur rechtliche und fachliche Grundlagen, sondern beinhaltet auch praktische Übungen zum sogenannten „Prompting“, also der Eingabe oder Anweisung in ein generatives Sprachmodell. Zudem erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einblicke in aktuelle KI-Trends. Neben der europarechtlich vorgeschriebenen KI-Kompetenz bietet das Angebot somit ebenfalls eine niederschwellige Fortbildungsangebot zum wichtigen aktuellen Thema KI.

Anmeldung über QR-Code und unter <https://www.digitalcampus.bayern/page/course/1338>. □



München stärkt Schutz vor digitaler Gewalt

Digitale Gewalt ist ein wachsendes Problem – das zeigen aktuelle Zahlen und Erfahrungen aus der Beratungsarbeit. Täter nutzen digitale Technologien wie Smartphones und Laptops, um Kontrolle auszuüben, Betroffene zu überwachen oder zu bedrohen. Diese Übergriffe geschehen häufig im sozialen Nahraum, zum Beispiel durch (Ex-) Partner oder Familienangehörige, und bleiben oft unerkannt, da sie als Fürsorge oder Eifersucht getarnt werden.

Gerade Frauen, die durch den Digital Gender Gap benachteiligt sind, wird es durch geschlechtsspezifische Gewalt erschwert, am digitalen Leben teilzuhaben.

Um Betroffene besser zu schützen und Fachkräfte im Umgang mit digitalen Übergriffen zu unterstützen, hat die Stadt

München ihr Hilfesystem im Bereich Gewaltprävention und -intervention erweitert. Im Rahmen dieses zweijährigen Pilotprojekts wird das psychosoziale und juristische Angebot um die technische Unterstützung für Fachberatende ergänzt.

IT-Referentin Dr. Laura Dorn-



V.l.: Karoline Bartha (LAG Landkreis Landshut), Anne Mahle (LAG Landkreis Kelheim), Tina Schuler (LAG Landkreis Pfaffenhofen), Carolin Meinhold (Hopfenland Hallertau Tourismus), Agnes Stiglmaier (LEADER-Koordinatorin) sowie Irene Irchenhauser und Bettina Widmann (LAG Mittlere Isarregion). Bild: LAG Landkreis Pfaffenhofen

Digitale Audiotouren in der Hallertau:

Startschuss für die Erstellung erteilt

Der Bewilligungsbescheid für das LEADER-Projekt „Das digitale Hallertau Erlebnis“ ist eingetroffen und wurde nun offiziell von der LEADER-Koordinatorin Agnes Stiglmaier und der federführenden LAG-Managerin Tina Schuler an Projektleiterin Carolin Meinhold vom Hopfenland Hallertau Tourismus e.V. übergeben. Für das Kooperationsprojekt haben sich die Aktionsgruppen LAG Landkreis Kelheim e.V., LAG Landkreis Landshut e.V., LAG Mittlere Isarregion e.V. und die LAG Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm e.V. zusammengeschlossen.

Bei dem LEADER-Projekt sollen vier digitale über das Smartphone abrufbare Audiotouren in der Hallertau umgesetzt werden. Für Wolnzach und Mainburg werden digitale Stadtführungen entstehen. Außerdem wird es zwei digitale Radtouren geben, eine von Rudelzhausen über Au i. d. Hallertau und Nandlstadt nach Freising und die zweite durch das Gebiet der ILE Holledauer Tor (von Furth über Hohenthann, Pfaffenhausen, Weismühl, Ober- und Bruckberg nach Rottenburg a.d. Laaber).

Neue Zielgruppen erschließen

„Mit diesem digitalen Angebot möchte der Tourismusverband das Hallertau Erlebnis für Gäste und Einheimische verbessern,

erweitern und neue Zielgruppen erschließen“, so Projektleiterin Carolin Meinhold. Die Audiotouren sollen sowohl Kultur, Tradition und Geschichte der Gemeinden als auch den Hopfenanbau als prägendes Kulturgut für die Region für Einheimische und Touristen auf anschauliche Weise erlebbar machen.

Das Projekt wird vom europäischen Förderprogramm LEADER mit insgesamt 30.432 Euro unterstützt, rund 18.260 Euro kommen davon aus dem Fördertopf der LAG Landkreis Pfaffenhofen. „Hier entsteht ein kostenloses Freizeitangebot für alle, das unsere schöne Hallertau noch attraktiver und bekannter machen wird“, freut sich die LAG-Managerin der LAG Landkreis Pfaffenhofen Tina Schuler. □

heim: „Der Schutz vor digitaler Gewalt ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Städtische Beratungsstellen erhalten von uns Fortbildungen und einen Zugang zu einem IT-Support-Team, das beim Erkennen von Cyberstalking und der Beweissicherung bei digitaler Gewalt hilft. So können Betroffene gerade auch in Krisensitua-

tionen schneller und besser unterstützt werden.“

Auf muenchen.digital/projekte/gegen-digitale-gewalt.html finden Interessierte weiterführende Informationen zu den verschiedenen Formen digitaler Gewalt mit einer Liste der Beratungsstellen, die Betroffene kontaktieren können. □

Digitalminister Mehring ist „CIO des Jahres 2025“

Digitalminister Dr. Fabian Mehring ist als erster bayerischer Politiker mit dem renommierten Titel „CIO des Jahres 2025“ ausgezeichnet worden. Der Preis wird jährlich vom führenden Fachportal „Government – Verwaltung digital“ vergeben und zählt zu den wichtigsten Auszeichnungen im Bereich Digitalisierung in Deutschland. Mit der Ehrung wird Mehrings Einsatz für eine moderne, digitale Verwaltung und sein Beitrag zur Stärkung des Digitalstandorts Bayern gewürdigt.

Mehring setzte sich in dem bundesweiten Wettbewerb gegen die IT-Verantwortlichen aller Bundesländer sowie der Bundesregierung durch. Unter seiner Leitung hat sich der Freistaat nach Jury-Angaben zu einem Vorreiter in der Verwaltungsdigitalisierung entwickelt. Die Landeshauptstadt München zählt inzwischen laut dem Global Tech Ecosystem Index zu den 20 führenden Tech-Standorten weltweit – noch vor Städten wie Peking oder Seattle. In der Kategorie Innovationskraft pro Einwohner rangiert München weltweit auf Platz fünf.

Jüngste Erfolge wie die Ansiedlung großer Tech-Unternehmen, darunter OpenAI und TikTok Shop, unterstreichen Bayerns Attraktivität als Digitalstandort. Mit Programmen wie „KI-Transfer Plus“ und dem „KI-Innovationsbeschleuniger“ will der Freistaat wei-

tere Innovationsimpulse setzen.

Darüber hinaus bringt die von Mehring initiierte „Bayern-Allianz gegen Desinformation im digitalen Raum“ internationale Technologiekonzerne mit großen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen – darunter die katholische Kirche, das Rote Kreuz und der Bayerische Jugendring. Gemeinsam kämpfen sie gegen Falschinformationen und Manipulationen im Netz.

Im Bereich der Verwaltungsmodernisierung liegt das Augenmerk des Ministers auf dem Prinzip des sogenannten Push-Governments: Anstatt Anträge zu stellen, sollen Bürger künftig proaktiv und digital mit Leistungen der Verwaltung versorgt werden – schnell, mobil und unkompliziert. Zudem gestaltet Mehring als Präsidiumsmitglied des GovTech Campus Deutschland in Berlin die digitale Transformation des Staates mit. DK

Landkreis Donau-Ries:

Start einer Open-Data-Präsenz auf Datenportal

Der Landkreis Donau-Ries stellt offene Daten frei zugänglich zur Verfügung. Über das bayerische Open-Data-Portal open.bydata.de können Bürger, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen die Daten kostenlos nutzen und teilen.

Ziel des neuen Angebots ist es, mehr Transparenz zu schaffen und die Daten für innovative Projekte zu nutzen – zum Beispiel in Wirtschaft, Forschung oder der Zivilgesellschaft.

Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring betont: „Mit unserem neuen Portal ‘open.bydata’ übernehmen wir eine bundesweite Vorreiterrolle und geben auch ländlichen Räumen und Kommunen wie dem Landkreis Donau-Ries die Möglichkeit, kostenlos und unkompliziert Daten zu teilen.“

Zum Start sind auf der Seite <https://lk-donau-ries.bydata.de> bereits erste spannende Datensätze veröffentlicht – darunter Informationen zum Kreistag, zur Ehrenamtsbörse, die Inhalte der Nachhaltigkeitskarte und eine Übersicht historischer Apfel- und Birnensorten.

Landrat Stefan Rößle zeigt sich optimistisch: „Wir stehen noch am Anfang, aber unser Ziel ist klar: Wir wollen das Angebot kontinuierlich ausbauen und damit neue Möglichkeiten für Unternehmen, Start-ups und die Forschung in unserer Region.“

Alle veröffentlichten Daten werden nicht nur im bayerischen Portal angezeigt, sondern automatisch auch auf dem Bundesportal GovData und der europäischen Plattform data.europa.eu eingebunden – und damit überregional sichtbar.

Die neue Datenplattform wird von der Digitalagentur byte gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Digitales entwickelt. Byte unterstützt bayerische Behörden bei digitalen Projekten und bietet Beratung zur Nutzung und Veröffentlichung von offenen Daten. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL BAYERN

Sonntag, 17:00 Uhr auf allen 14 Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen gibt es auch auf **RTL+**

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

www.tvbayernlive.de

Techniktage von AKDB und LivingData:

Cloud & Services im Fokus

Etwa 350 IT-Experten aus Kommunalverwaltungen folgten der Einladung zum zweiten Termin der diesjährigen Techniktage von AKDB und LivingData. Im Zentrum der Online-Veranstaltung stand diesmal das Thema Cloud & Services – und die zentrale Frage: Wie sieht der technologische Fahrplan der AKDB für die kommenden Jahre aus? Gemäß dem Motto „Die Zukunft liegt in der Cloud“ wurde in allen Vorträgen deutlich, dass die AKDB künftig den Betrieb in ihren Rechenzentren deutlich ausbauen und konsequent auf Cloud-Technologien setzen wird.

Blick ins AKDB-Rechenzentrum

Karsten Wolf, Chief Cloud Officer der AKDB, gewährte einen spannenden Einblick hinter die Kulissen der Rechenzentren in München und Bayreuth: Sicherheit, Skalierbarkeit und Redundanz sind die drei zentralen Säulen der AKDB-Infrastruktur. Mehrstufige Firewalls, Automatisierung sowie ein eigener Internet Service Provider sorgen für ein Höchstmaß an Stabilität.

Besonders im Fokus stand die AKDB-Cloud, zusammengesetzt aus den drei Ebenen Infrastruktur, Plattform und Applikation. Sie ermöglicht einen nahezu unterbrechungsfreien Betrieb, etwa durch die neue Betriebsform Infrastructure-as-Code, die Fehler reduziert und Wartungsarbeiten minimiert.

Ein neuer Service für Kundinnen und Kunden ist besonders hilfreich, sollte es doch mal zu Störungen kommen: Das neue Monitoring im AKDB-Kundenportal gibt Einblick, ob Ausfälle systemseitig oder lokal verursacht sind.

Move in die Cloud

Wie der Weg eines Fachverkehrs in die Cloud konkret aussieht, zeigte Marco Schäfer

am Beispiel von OK.EWO. Eine Umfrage zu Beginn des Vortrags zeigte: Etwa 75 bis 80 Prozent der Teilnehmenden haben bereits eines oder mehrere Fachverfahren ins Rechenzentrum migriert. Bei OK.EWO sind derzeit nur noch rund 30 Prozent aller Kunden im autonomen Betrieb.

Der Vortrag machte deutlich, dass die Umstellung im Bereich OK.EWO längst Routine ist. Dank etabliertem Migrationstool, persönlicher Betreuung durch Technik und Kundenservice sowie einer strukturierten Checkliste funktioniert die Migration inzwischen schnell und zuverlässig – sogar parallel zum laufenden Betrieb.

Erfahrungsbericht aus dem Landkreis Passau

Ein Erfahrungsbericht der Gemeinde Sonnen aus dem Landkreis Passau bestätigte das: Der Wechsel zur AKDB-Cloud entlastet die lokale IT, spart Ressourcen und reduziert Risiken – insbesondere durch den Wegfall regelmäßiger Update-Pflichten und die deutlich höhere Ausfallsicherheit.

Fokus auf Sicherheit, Effizienz und Zukunftsfähigkeit

Hermann Granzer (CTO) und

Steffen Kleinmanns (CPO) präsentierten die langfristige Strategie hinsichtlich des Cloud-Fahrplans der AKDB. Der Weg in die Cloud wird dabei nicht zu einem festen Stichtag, sondern pro Verfahren vollzogen. Neue Verträge werden ausschließlich cloudbasiert abgeschlossen, bestehende On-Premise-Lösungen schrittweise überführt.

Gründe für diesen Kurs gibt es viele: Die Zahl der Cyberangriffe auf Verwaltungen steigt rasant, Fachkräfte werden knapper, gesetzliche Änderungen immer häufiger – ein automatisierter, zentralisierter IT-Betrieb wird dadurch nicht nur zur Option, sondern zur Notwendigkeit. Technologisch setzt die AKDB dabei auf Containerisierung und Kubernetes, ein zukunftssicherer Standard, der hohe Verfügbarkeit, geringe Downtimes und einfache Skalierung ermöglicht.

Der digitale Arbeitsplatz für Kommunen

Zum Abschluss stellte David Gräf (Produktmanager der AKDB-Systemhaustochter LivingData) NextGO vor: eine moderne Lösung für Kommunen, die ihre IT ganz oder teilweise auslagern möchten. Das Ziel dabei ist es, den steigenden Anforderungen mit einem zukunftssicheren Konzept zu begegnen, Fachkräfte zu entlasten und IT-Ressourcen optimal zu verteilen. NextGO vereint moderne Infrastruktur mit maßgeschneiderter Support und schafft so einen digitalen Arbeitsplatz, der unabhängig von Ort und Zeit funktioniert – ein echtes Plus in Zeiten knapper Ressourcen.

Verwaltungsdokumente mobil verifizieren:

Bundesdruckerei bringt ZeSI mobile Prüf-App in App-Stores

Zum Start der App: Überprüfung der Adressänderungsaufkleber von Personalausweis und Reisepass sowie der elektronischen Meldebestätigung möglich

Die Bundesdruckerei GmbH hat die ZeSI® mobile Prüf-App zum kostenlosen Download veröffentlicht. Die barrierefreie App erlaubt Unternehmen und Privatpersonen, per Smartphone Visuelle Digitalsiegel auf Verwaltungsdokumenten zu scannen und die Dokumente so auf Echtheit und Unverfälschtheit zu prüfen. Die App ist bei Google Play und im App Store verfügbar.

Mit der nun veröffentlichten ZeSI mobile Prüf-App können Verwaltungsdokumente dank sogenannter Visible digital seal (VDS) verifiziert werden. Bei VDS selbst handelt es sich um verfallsichere Barcodes, beispielsweise QR-Codes. Durch das Scannen dieser QR-Codes mit der ZeSI mobile Prüf-App können Unternehmen und Privatpersonen optisch auf Echtheit und Unverfälschtheit prüfen.

Prüfung auf Authentizität

Die App prüft die Dokumente auf Authentizität, indem sie feststellt, ob eine berechtigte Stelle dieses VDS ausgegeben hat und ob es unverändert ist. Die wesentlichen Daten des Verwaltungsdokumentes sind darin codiert und mit einem Integritätsschutz in Form eines elektronischen Siegels versehen. Das elektronische Siegel der ausstellenden Behörde dient als Herkunftsnachweis entsprechend der eIDAS-Verordnung.

Zeigt die App ein grünes Prüfergebnis an, handelt es sich um ein echtes und unverändertes VDS. Die im VDS enthaltenen Dokumentdaten werden den Nutzern in der App visualisiert, so dass diese die Daten im nächsten Schritt mit den Dokumentdaten abgleichen und so

die Korrektheit prüfen können. Die ZeSI mobile Prüf-App kann den Barcode unabhängig von der Prüfsituation in gedruckter Form oder als Bildschirmanzeige scannen.

Transparenz und Vertrauen

„Die ZeSI mobile Prüf-App schafft Transparenz und damit Vertrauen in die Gültigkeit von Verwaltungsdokumenten“, sagt Roland Heise, Leiter Geschäftsfeld Digitalisation und Data Solutions bei der Bundesdruckerei GmbH. „Mit der App bieten wir Anwendern eine smarte Lösung, Dokumente auf einfache Weise für jeden prüfbar zu machen.“

Entwicklung und Umsetzung

Entwickelt wurde die ZeSI mobile Prüf-App von der Bundesdruckerei GmbH in Abstimmung mit der Freien Hansestadt Hamburg. Die Umsetzung erfolgte auf Grundlage der TR-03171 des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik. Der Sozialhelden e.V. beriet zur Barrierefreiheit der App. Zum Start der App können Verwaltungsdokumente wie die Adressänderungsaufkleber von Personalausweis und Reisepass sowie die elektronische Meldebestätigung im Rahmen des Online-Dienstes

Elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA) verifiziert werden. Den Online-Dienst eWA hat die Senatskanzlei Hamburg im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) nach dem „Einer-für-Alle-Prinzip“ (EfA) für alle Bundesländer entwickelt und bereitgestellt. Damit können sich Bürger und Bürgerinnen online ummelden.

Über die Zentrale Siegelinfrastruktur

Die Zentrale Siegelinfrastruktur (ZeSI) wird der rechtssicheren Siegelung und Überprüfung aller Verwaltungsdokumente dienen. Die barrierefreie Prüf-App ZeSI mobile ist der erste Teil einer dreiteiligen Infrastruktur, die die Bundesdruckerei GmbH aktuell entwickelt. Die beiden weiteren Komponenten, der ZeSI generator und ZeSI ad, werden ebenfalls noch 2025 veröffentlicht und richten sich speziell an Behörden und Unternehmen, die ZeSI mobile Prüf-App hingegen an Bürger und Bürgerinnen. Mit dem ZeSI generator können VDS erzeugt und auf digitale oder gedruckte Dokumente aufgebracht werden. ZeSI ad, der sogenannte Auskunftsdienst, dient als Datenbank und enthält die notwendigen Prüfinformationen für die Verifikation eines VDS (Profil und Zertifikat).

Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.bundesdruckerei-gmbh.de/de/loesungen/zentrale-siegelinfrastruktur-ze-si>.



In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune: Mehr Effizienz beim Jahresabschluss

Der Jahresabschluss im Public Sector hat eine wesentliche Bedeutung für die Transparenz und für die Steuerung öffentlicher Mittel. Er bringt einige Besonderheiten mit sich. Diese ergeben sich aus den speziellen rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen des öffentlichen Sektors. Zu beachten sind unter anderem haushaltsrechtliche und gesetzliche Vorgaben und die transparente Darstellung der Mittelverwendung öffentlicher Gelder. Außerdem gibt es spezielle Berichtsformate und Inhalte, die sich von den handelsrechtlichen Bilanz- und GuV-Formaten unterscheiden können.

Das A und O um die Abschlussdokumente reibungslos und korrekt zu erstellen, ist eine optimale Vorbereitung. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören zunächst eine klare Aufgaben- und Rollenverteilung sowie ein detaillierter Zeitplan, der alle wichtigen Meilensteine und Termine aufzeigt. Dokumentationswerkzeuge können im Alltag dabei unterstützen, Prozessabläufe und Zuständigkeiten strukturiert festzuhalten. So steht das vorhandene Know-how auch für neue Mitarbeiter zentral zur Verfügung. Nicht zuletzt bringt eine übersichtliche Aufbereitung Transparenz in die Jahresabschlussauswertungen.

Die Wahl der verwendeten Software ist ein erheblicher Faktor, wenn es darum geht, den

Aufwand zu reduzieren. Für die vorbereiteten Maßnahmen empfiehlt sich ein elektronisches Organisationshandbuch, das Checklisten mit kundenindividuell definierten Ablaufschritten, -beschreibungen und Arbeitshilfen bereitstellt. Ein solches Werkzeug stellt z.B. DATEV mit ProCheck bereit. Darin lassen sich den Checklisten neben der Beschreibung des Prozesses und dem definierten Ziel auch Verlinkungen auf Programmfunktionen und externe Dokumente hinzufügen. So weiß jeder Prozessbeteiligte, was, wann, weshalb und wie zu tun ist.

Die DATEV-Software für den Jahresabschluss selbst unterstützt alle gängigen, kaufmännischen bzw. doppelischen Jahresabschlüsse mit prozessorientierten Programmfunktionen. Sie bietet eine automatische Aktualisierung der Werte nach jeder Buchung. Über den Wertenachweis, der mit nur wenigen Klicks bis hin zum digitalen Belegbild führt, haben die Prozessbeteiligten stets Klarheit und Transparenz darüber, was hinter einer Bilanz- oder GuV-Position steckt. Zwischen den verschiedenen Ansichten Vorjahresvergleich, Mehrjahresvergleich und Bereichsvergleich lässt sich schnell wechseln. Außerdem können bei allen Konten und Posten Dokumente und Links verknüpft werden – etwa zu Arbeitspapieren oder Gesetzestexten.

Weitere Informationen unter: [Rechnungswesen kommunal](https://www.rechnungswesen-kommunal.de) bzw. www.datev.de/shop/98850.

Behördengänge digital erledigen:

Immer mehr Menschen nutzen in Bayern Online-Dienste

Aktuelle Ergebnisse des Mikrozensus 2024 zum Nutzungsverhalten von Informations- und Kommunikationstechnologien zeigen, dass sich der Kontakt zu Behörden und öffentlichen Einrichtungen zunehmend ins Internet verlagert. Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren wurden danach gefragt, ob sie innerhalb der letzten zwölf Monate im Vorfeld der Befragung „mindestens auf eine Art online Kontakt zu einer Behörde oder öffentlichen Einrichtung zu privaten Zwecken“ aufgenommen haben. Der Anteil ist von 38 Prozent im Jahr 2022 auf 42 Prozent im Jahr 2023 gestiegen und erreicht im Jahr 2024 mit rund 4,4 Millionen Personen 44 Prozent.

Am häufigsten nutzen die Befragten im Jahr 2024 Webseiten und Apps zur Informationssuche (35 Prozent). Dazu zählen Informationen über eigene Daten (z.B. Rente/Pension, BAföG), der Zugriff auf Informationen aus öffentlichen Datenbanken oder Registern (z. B. Bibliothek, Kataster-/Unternehmensregister) sowie der Abruf von Informationen über Dienstleistungen (z.B. über Gesetze, Öffnungszeiten) und Geldleistungen/Ansprüchen. Darüber hinaus besuchen im Jahr 2024 insgesamt 27 Prozent der Befragten Webseiten oder Apps der Behörden oder öffentlichen Einrichtungen, um amtliche Formulare herunterzuladen oder auszudrucken und 21 Prozent zur Terminvereinbarung und -reservierung. 17 Prozent rufen Dokumente oder Mitteilungen digital über ein eigenes Konto auf einer Webseite oder App von Behörden oder öffentlichen Einrichtungen ab (z.B. Steuerbescheid, Rechnungen).

Bei rund 11 Prozent der Befragten sind smarte Geräte für

das Energiemanagement (z.B. Thermostate, Stromzähler und Beleuchtung) im Einsatz und damit rund sechs Prozentpunkte mehr als im Jahr 2022. Rund 37 Prozent der bayerischen Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 74 Jahren nutzen überhaupt ein smartes System oder Gerät für private Zwecke. Dazu zählen internetverbundene Systeme und Geräte, die häufig als „Smart Home“ oder „intelligente Systeme“ bezeichnet werden.

Nach wie vor beliebt sind virtuelle Assistenten wie zum Beispiel Google Home, Alexa und Siri. Internetfähige Haushaltsgeräte wie intelligente Saugroboter, Kühlschränke, Öfen und Kaffeemaschinen erfreuen sich wachsender Beliebtheit: Im Jahr 2024 nutzen 8 Prozent diese Technologien, und verzeichnen damit einen Anstieg von rund zwei Prozentpunkten im Vergleich zu 2022.

Staatsminister Füracker:

Cyber Defence Center des LSI sorgt für IT-Sicherheit im Freistaat

„Das ‚Cyber Defence Center‘ im LSI sorgt als ‚ZentrumBayern für digitale Sicherheit‘ rund um die Uhr für IT-Sicherheit in der bayerischen Verwaltung, bei bayerischen Kommunen und im Bereich kritischer Infrastrukturen: Täglich werden hier rund 2,5 Milliarden Datensätze analysiert und aktiv Maßnahmen zur Abwehr von Cyberangriffen ergriffen“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im LSI.

„Der Fachkompetenz, den etablierten Abwehrmechanismen und dem behetzten Eingreifen des LSI verdanken wir, dass 2024 nur wenige konkrete IT-Sicherheitsvorfälle verzeichnet wurden – und das trotz der hohen Anzahl von über 140.000 Benutzern im Bayerischen Behördennetz. Potenzielle Schäden wie beispielsweise ein Abgreifen oder eine Verschlüsselung von Daten wurden so aktiv und erfolgreich verhindert“, freute sich Füracker.

„Im Freistaat haben wir früh erkannt, dass staatliche IT-Sicherheit vor dem Hintergrund der wachsenden Bedrohungslage eine entscheidende Rolle spielt: Bayern hat 2017 mit der Gründung unseres LSI

als erstes Bundesland eine eigene Fachbehörde für IT-Sicherheit eingerichtet. Das bereits seit 2003 bestehende Bayern-CERT ging mit der Gründung des LSI als Keimzelle auf und wurde dort zu einem Lagezentrum. Es galt bereits zu dieser Zeit als wegweisend – gleichwohl es anfangs als eher reaktive Einheit startete. Seitdem hat es sich nach und nach zu einem echten, proaktiven ‚Cyber Defence Center‘ weiterentwickelt“, so Füracker weiter.

Das Cyber Defence Center (CDC) des LSI bündelt verschiedene interne Fachkompetenzen in einer Einheit und erkennt Angriffe frühzeitig mithilfe der vorhandenen Sicherheitsmechanismen. Das CDC bekämpft die Angriffe aktiv und

analysiert sie anschließend IT-foren-sisch. Daraus werden wichtige Erkenntnisse gewonnen, die zur Verbesserung der Sicherheitsmechanismen genutzt werden. Darüber hinaus nutzt das CDC „Open Source Intelligence“, also in öffentlichen und halböffentlichen Quellen verfügbare Informationen über geplante Angriffe, um auf zukünftige Ereignisse bestmöglich vorbereitet zu sein. Aber auch aktuelle Trends, wie etwa der Einsatz von KI oder langfristige Entwicklungen wie Quantencomputing, werden berücksichtigt, um immer auf dem neuesten Stand zu sein und bestmöglichen Schutz zu bieten.

Das CDC verhindert monatlich rund 1,2 Milliarden potenziell schädliche Internetaufrufe. 2024 wurden von über 500 Millionen empfangenen E-Mails rund 390 Millionen als schädlich erkannt und noch vor der Zustellung automatisch blockiert, da sie als Spam oder Phishing identifiziert werden konnten.

Digitalministerkonferenz in Ingelheim am Rhein:

Für eine souveräne digitale Zukunft Europas

Zentrale Themen der digitalen Transformation standen auf der Agenda der 3. Digitalministerkonferenz (DMK) in Ingelheim am Rhein. Dabei lag das Augenmerk auf der Stärkung der digitalen Souveränität Europas, der Weiterentwicklung der politischen Rahmenbedingungen für Künstliche Intelligenz (KI) und auf den Auswirkungen von KI auf Demokratie und Meinungsbildung.

„Die digitale Souveränität Europas ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Europa muss in der Lage sein, digitale Technologien selbst zu gestalten und unabhängig zu betreiben“, stellte die diesjährige DMK-Vorsitzende, Digitalministerin Dörte Schall, fest. Dr. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, betonte: „Künstliche Intelligenz wird unsere Gesellschaft und Wirtschaft tiefgreifend verändern. Unser Ziel ist es, diese Entwicklung aktiv zu gestalten – mit einem klaren Wertekompass,

europäischer Innovationskraft und einem starken Fokus auf digitaler Souveränität. Nur wenn wir zentrale digitale Schlüsseltechnologien selbst beherrschen, sichern wir langfristig unsere Handlungsfähigkeit, unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Demokratie. Ich begrüße ausdrücklich die Beschlüsse der Digitalministerkonferenz – sie setzen Impulse für eine gemeinsame digitale Zukunft in Bund, Ländern und Kommunen.“

Ein zentraler Beschluss der Konferenz war die Forderung nach einer eigenständigen digitalen Infrastruktur in Europa.

3. City Demo Day in München:

KI gemeinsam gestalten – Start-ups und Stadtverwaltung im Dialog

Mit einem Fokus auf Künstliche Intelligenz (KI) fand Mitte Mai der dritte City Demo Day im Munich Urban Colab statt. Die Informations- und Netzwerkveranstaltung, organisiert vom Referat für Arbeit und Wirtschaft und dem IT-Referat der Landeshauptstadt München, brachte erneut zahlreiche Vertreter der Stadtverwaltung, städtischer Beteiligungsgesellschaften sowie innovative Start-ups zusammen – diesmal rund um die Frage, wie Künstliche Intelligenz sinnvoll, verantwortungsvoll und zur Lösung urbaner Herausforderungen eingesetzt werden kann.

Die Veranstaltungsreihe City Demo Day bietet Start-ups eine Plattform, ihre Lösungen zu präsentieren und mit der öffentlichen Hand in Kontakt zu treten. Gleichzeitig erhalten Verwaltungsmitarbeitende Einblicke in neue Technologien, Tools und Kooperationsformen. Ziel ist es, Innovation im städtischen Kontext frühzeitig erkennbar, diskutierbar und anwendbar zu machen.

Lebensqualität verbessern

Dr. Christian Scharpf, Referent für Arbeit und Wirtschaft: „Künstliche Intelligenz hat das Potenzial, Prozesse in der Stadtverwaltung grundlegend zu transformieren. Im Zusammenspiel mit unseren Beschäftigten ermöglicht die Technologie, effizientere und bürgernahe Dienstleistungen zu entwickeln. Um gleichzeitig die Lebensqualität in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern, müssen wir Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll und an den richtigen Stellen einsetzen.“

Frische Perspektiven

Dr. Laura Dornheim, CDO und IT-Referentin: „Der City Demo Day ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie eine moderne, offene Stadtverwaltung Innovationen nicht nur beobachtet, sondern aktiv mitgestaltet. Gerade in der Digitalisierung liegt ein enormes Potenzial, um öffentliche Dienstleistungen effizienter, nutzerzentrierter und zukunftsfähiger zu machen. Der Austausch mit Startups bringt frische Perspektiven, neue Technologien und eine wertvolle Dynamik in unsere Arbeit. Als Stadt München fördern wir diese Innovationskultur ganz bewusst – nicht als Selbstzweck, sondern weil sie konkrete Lösungen für die Herausforderungen unserer Stadt bietet.“

Zu den Höhepunkten des dritten City Demo Days gehörten:

- Die Vorstellung von sechs aus-

gewählten KI-Start-ups, die ihre innovativen Lösungen für die Verwaltung und die Stadtgesellschaft präsentierten.

Best-Practice-Beispiele, Innovationsmesse und Workshops

- Die Präsentation von vier Best-Practice-Beispielen zur Anwendung von KI in der Landeshauptstadt München, bei der Kölner Wirtschaftsförderung, dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Hamburg sowie bei byte – der bayrischen Digitalagentur.
- Eine Innovationsmesse, die den direkten Austausch zwischen der Stadtverwaltung und 13 Start-ups ermöglichte.
- Vier interaktive Workshops, die zentrale Fragestellungen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz im öffentlichen Sektor beleuchteten. Diese reichten von spezifischen Themen von der Landeshauptstadt München wie dem EU AI Act und der GenAI-Architektur für Open Source bis hin zu den Einblicken in die KI-Projekte des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation im öffentlichen Bereich. Zudem wurde das Konzept der Stadt der Zukunft und die gemeinsame Betrachtung von KI von Munich Innovation Ecosystem thematisiert.

Das gesamte Programm der Veranstaltung ist einsehbar unter <https://veranstaltungen.muenchen.de/raw/veranstaltungen/3-city-demo-day-i-fo-kus-kuenstliche-intelligenz/>.

Das breite Interesse an der Veranstaltung unterstreicht die steigende Bedeutung von Künstlicher Intelligenz für die Stadtentwicklung und die Verwaltungsmodernisierung.

Die nächste Ausgabe des City Demo Days ist bereits in Planung. Aktuelle Informationen unter <https://www.munich-business.eu/standort-muenchen/innovationsoekosystem/city-demo-day.html>.

Durch die Förderung europäischer Digitalprodukte und -anbieter sei es möglich, die Abhängigkeit von außereuropäischen Technologien zu verringern und die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, hieß es. Die Länder plädierten für eine verstärkte Zusammenarbeit auf EU-Ebene, um digitale Infrastrukturen wie den „Euro Stack“ zu fördern.

KI-Einsatz in der öffentlichen Verwaltung

Ein weiteres Thema war der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung. Aus Sicht der Digitalminister bietet KI enorme Potenziale, um Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten. Gleichwohl sei der rechtliche Rahmen weiterzuentwickeln, um den Einsatz von KI in der Verwaltung rechtsicher zu ermöglichen. Damit die Automatisierung von Verwaltungsakten erleichtert werden kann, wurde ein Vorschlag zur Anpassung des Verwaltungsverfahrenrechts präsentiert.

Ein besonderes Augenmerk

lag auf der künftigen Rolle von KI, die gleichermaßen Risiken als auch Chancen eröffnet. „Wenn die Chancen von KI sinnvoll genutzt und dabei gleichzeitig ihre Risiken minimiert werden sollen, ist ein grundlegendes Verständnis von Künstlicher Intelligenz unerlässlich“, unterstrichen die Digitalminister. In ihrer Beschlussvorlage forderten sie den Bund deshalb dazu auf, „ein umfassendes Konzept für Maßnahmen zur Förderung von Digital-, Medien- und KI-Kompetenz in Abstimmung mit den Bundesländern“ vorzulegen, und die zu Schulungszwecken der Bürger und Bürgerinnen bereitgestellten Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung zu erhöhen.

Besonders im Hinblick auf die Verbreitung von Desinformation und die Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung durch KI wurden Bedenken geäußert. „Desinformationen sind eine echte Bedrohung für unsere Demokratie. In einer global vernetzten Gesellschaft, in der digitale Technologien und KI zunehmend Einfluss auf unser tägliches Leben nehmen, ist es wichtig, dass Menschen über die nötigen Fähigkeiten verfügen, um diese Technologien sicher und verantwortungsbewusst zu nutzen. Dabei wollen wir sie unterstützen“, erklärte Schall abschließend.

DK



Die Verleihung der Siegel-Urkunden nahm Finanz- und Heimatminister Albert Füracker (2.v.r.) gemeinsam mit Bernd Geisler, Leiter des LSI (links daneben) und der Regensburger Landrätin Tanja Schweiger (r.) vor.

Bild: Mein-Datenschutzberater GmbH

LSI-Siegel für 17 Verwaltungen des Landkreises Regensburg

Ende Mai 2025 wurde das Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“ des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) an 17 Verwaltungen aus dem Landkreis Regensburg, die an die Realsteuerstelle angeschlossen sind, vergeben.

Bei dem gemeinsamen Termin im Sitzungssaal des Marktes Nittendorf wurden nach der Begrüßung durch 1. Bürgermeister Helmut Sammler den 17 Mitgliedsverwaltungen des Zweckverbands Realsteuerstelle Regensburg das Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“ des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) übergeben. Die Verleihung der Siegel-Urkunden nahm Finanz- und Heimatminister Albert Füracker gemeinsam mit Bernd Geisler, Leiter des LSI, und der Regensburger Landrätin Tanja Schweiger vor.

Zentrale Umsetzung der Maßnahmen

In einem von der Realsteuerstelle initiierten Projekt wurde seit 2023 an der Umsetzung und Dokumentation der vom LSI geforderten technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Update auf das LSI-Siegel Version 3.0 gearbeitet. Unterstützung erhielten die Gemeinden des Landkreises Regensburg dabei von den Herren Turban und Karmann von der Mein-Datenschutzberater GmbH.

Aufgrund der einheitlichen Betreuung der IT der Verwaltungen durch die Realsteuerstelle Regensburg konnten viele

Maßnahmen zentral umgesetzt werden und mussten nicht von jeder Verwaltung einzeln betrachtet werden. Darüber hinaus wird die Stelle des Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) der einzelnen Verwaltungen von der Realsteuerstelle gemeinschaftlich besetzt. Die Realsteuerstelle unter der Leitung von Christian Schindlbeck wurde im Herbst des vergangenen Jahres erfolgreich zur Umsetzung des BSI IT-Grundschutzprofils für Kommunalverwaltungen geprüft.

Die neuen Siegel-Träger

Folgenden Verwaltungen wurde das LSI-Siegel übergeben: Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim, Gemeinde Bernhardswald, Verwaltungsgemeinschaft Donaustauf, Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz, Gemeinde Köfering, Gemeinde Mintraching, Markt Nittendorf, Gemeinde Pentling, Gemeinde Pfatter, Verwaltungsgemeinschaft Pielenhofen-Wolfsegg, Verwaltungsgemeinschaft Sünching, Gemeinde Tegernheim, Gemeinde Thalmsing, Gemeinde Wenzelsbach, Gemeinde Wiesent, Verwaltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Gemeinde Zeitlarn.



V.l.: Projektleiter Andreas Ellinger, Oberbürgermeister Thomas Kiechle, Thomas Wilhelm, Vorsitzender des Stadtjugendrings Kempten, und Oliver Huber, Leiter des Amtes für Jugendarbeit.

Bild: SmartCityKempten

„Digital.Makerspace.Mobil“:

Mobiler Makerspace-Bus offiziell an Stadtjugendring Kempten überreicht

Im Rahmen eines offiziellen Pressetermins wurde ein mobiler Makerspace in Form eines neuen Busses stellvertretend an den 1. Vorsitzenden des Stadtjugendrings Kempten, Thomas Wilhelm, durch Oberbürgermeister Thomas Kiechle und Projektleiter Andreas Ellinger vor dem Zukunftsforum übergeben. Der mobile Makerspace ist Bestandteil des Förderprojektes Smart City Kempten und stellt einen Meilenstein auf dem Weg zur Digitalisierung in und um Kempten dar.

Der „Digital.Makerspace.Mobil“ bietet Kindern und Jugendlichen ein niederschwelliges Angebot, um den Einstieg in die Nutzung von neuen digitalen Technologien, zum Beispiel 3D-Druckern, zu finden. Neben den Räumlichkeiten im Jugendhaus des Amtes für Jugendarbeit, richtet sich der mobile Makerspace unter anderem an die Kemptener Schulen und Vereine.

Praktische Anwendung schafft Wissen über digitale Prozesse

Mit dem Besuch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtjugendrings Kempten kann einerseits neue digitale Technik selbst durch die Kinder und Jugendlichen genutzt werden. Andererseits trägt die praktische Anwendung dazu bei, Verständnis und Wissen über digitale Prozesse zu schaffen. Zusätzlich wird eine generationsübergreifende Wissensweitergabe aktiv gefördert.

Mittlerweile ist das Projekt „Digital.Makerspace.Mobil“ ein bundesweit anerkanntes

Projekt. Im Rahmen des DIGITAL Award 2024 wurde das Smart City Projekt als ein exzellentes Projekt zur Digitalisierung der Verwaltung in der Kategorie Städte und Gemeinden unter 100.000 Einwohner ausgezeichnet. Die Urkunde wurde nach der offiziellen Übergabe des neuen Busses an Oberbürgermeister Thomas Kiechle, an die Kollegen des Amtes für Jugendarbeit und an den Stadtjugendring Kempten überreicht. Die Auszeichnung würdigt die herausragenden Leistungen und den unermüdlichen Einsatz der Beteiligten, die mit ihrem Engagement einen Beitrag zur Verbesserung der Digitalisierung in unserer Stadt geleistet haben.

Die Stadt Kempten bedankt sich beim Stadtjugendring Kempten, dem Team der Stabsstelle Smart City und vor allem bei den engagierten Menschen, die mit ihrem Eifer und ihrer Leidenschaft dieses Projekt zum Leben erweckt haben. Genau eine solche Mitwirkung trägt dazu bei, dass das Allgäu und Kempten stark bleibt und unsere Gemeinschaft stärkt.

□

Überragendes öffentliches Interesse:

Wichtiger Wegbereiter für schnelleren Glasfaserausbau

Das Bundeskabinett hat das TKG-Änderungsgesetz 2025 verabschiedet. Zentral ist die Einführung des überragenden öffentlichen Interesses für die Verlegung und Änderung von Telekommunikationslinien bis Ende 2030.

Schnelle Digitalisierung und bessere Versorgung

Hierzu erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Es ist gut, dass der neue Bundestag unverzüglich auf die Beschleunigung des Glasfaser- und Mobilfunkausbaus setzt. Positiv zu bewerten ist insbesondere, dass nun auch der Glasfaserausbau als Vorhaben von überragendem öffentlichem Interesse eingestuft wird. So wird der Rahmen für eine schnelle Digitalisierung und verbesserte Versorgung gelegt – unerlässlich für die Transformation des Energiesystems. Die beschleunigende Wirkung dieser Regelung hat sich bereits beim Ausbau der Erneuerbaren Energien gezeigt. Für die Anwendung auch auf den Glasfaser- und Mobilfunkausbau haben wir uns mit unseren Mitgliedsunternehmen intensiv eingesetzt.“

Weitere Anpassungen notwendig

Zudem weist Andreae darauf hin, dass die bis Ende 2030 vorgesehene zeitliche Begrenzung derzeit unkritisch sei. „Sollte auch darüber hinaus weiterer Ausbaubedarf bestehen, muss das 'überragende öffentliche Interesse' in seiner Wirkung fortbestehen. Darüber hinaus sind weitere Anpassungen am Telekommunikationsgesetz (TKG) notwendig, um den Glasfaser- und Mobilfunkausbau weiter zu fördern. Handlungsbedarf sehen wir bei digitalen und schnelleren Antrags- und Genehmigungsprozessen oder dem Sicherheitskonzept und Datenlieferungspflichten für das Gigabitgrundbuch.“

□

Umweltminister Glauber:

Hochwasserschutz weiter beschleunigen

Auf Hochtouren läuft nach dem Juni-Hochwasser 2024 die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen im gesamten Freistaat. „Wir wollen den Hochwasserschutz weiter beschleunigen“, erklärte Umweltminister Thorsten Glauber. Dazu soll auch das Bayerische Wassergesetz geändert werden.

Insbesondere sollen Maßnahmen des Hochwasserschutzes künftig im besonderen öffentlichen Interesse liegen. Damit würde der Hochwasserschutz ein noch stärkeres Gewicht in behördlichen Abwägungen und möglichen gerichtlichen Verfahren erhalten. Außerdem wird geprüft, inwieweit Kommunen künftig Maßnahmen des Hochwasserschutzes auch selbst finanzieren können.

Hochwasser-Check

Ein wichtiger neuer Baustein für den Hochwasserschutz vor Ort war nach dem Juni-Hochwasser auch der Start des sogenannten Hochwasser-Checks. Neben einer intensiven Beratung zum Auftakt soll es für die Kommunen alle paar Jahre ein individuelles Hochwasser-Update geben. Im Rahmen eines ausführlichen Beratungsgesprächs vor Ort

zwischen Kommunalvertretern und Fachberatern des Wasserwirtschaftsamtes mit optionaler Ortsbegehung werden potenzielle lokale Wassergefahren identifiziert und darauf aufbauend konkrete Handlungsoptionen für eine noch bessere Vorsorge in der Zukunft aufgezeigt und erörtert. Bereits knapp die Hälfte der bayerischen Kommunen hat inzwischen eine Einladung für ein Beratungsgespräch durch die Wasserwirtschaftsämter erhalten.

Mittelaufstockung

Laut Glauber wurde als Reaktion auf das Juni-Hochwasser

2024 zur beschleunigten Umsetzung konkreter Maßnahmen das laufende Gewässer-Aktionsprogramm dieses Jahr um 40 Millionen Euro aufgestockt. Zusätzliche 40 Millionen Euro sind im Nachtragshaushalt als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt und geben somit Planungssicherheit für die Umsetzung der Hochwasserschutzprojekte, die in der Regel über mehrere Jahre laufen. Die Mittel ergänzen die derzeit rund 280 Millionen Euro, die Bayern zum Schutz der Bürger für Maßnahmen des staatlichen Wasserbaus einplant. Darüber hinaus laufen Maßnahmen zur Wiederherstellung von beim Juni-Hochwasser betroffenen Hochwasserschutzeinrichtungen, allein vergangenes Jahr wurden hier bereits rund 7 Millionen Euro eingesetzt. Insgesamt wurden bayernweit seit Beginn der Hochwasserschutzprogramme im Jahr 2001 rund 4 Milliarden Euro in

den Hochwasserschutz investiert.

Niederbayerische Donau ist absoluter Schwerpunkt

Mittlerweile weit fortgeschritten sind die Arbeiten am Polder Steinkirchen an der Donau. Neue Deiche schützen die Orte Steinkirchen, Bergham, Fehmbach und Natternberg vor einem hundertjährigen Hochwasser. Um für einen überregional besseren Hochwasserschutz den Polder gezielt fluten zu können, wird nun das Ein- und Auslaufbauwerk errichtet. Beim Start der Bauarbeiten mit einem symbolischen Spatenstich betonte Minister Glauber: „Die niederbayerische Donau ist beim Ausbau des Hochwasserschutzes ein absoluter Schwerpunkt. In zahlreichen Donau-Abschnitten von Straubing bis Vilshofen besteht nun ein Grundschutz vor einem hundertjährigen Hochwasser. Der Grundschutz von Steinkirchen wurde zum Jahreswechsel fertiggestellt. Dafür wurden 5,6 Millionen Euro investiert.“

Mit dem Ein- und Auslaufbauwerk wird die Wirksamkeit des Polders nun weiter verbessert, denn damit kann der Rückhaltetraum bei Hochwasser mit 21,1 Millionen Kubikmeter gezielt befüllt und somit die Schutzwirkung des Polders optimal für die Unterlieger gesteuert werden. Wegen dieser überregionalen Wirkung werden die Kommunen an den 7,1 Millionen Euro Baukosten nicht beteiligt. Die Kosten werden vom Freistaat Bayern getragen und aus dem Nationalen Hochwasserschutzprogramm des Bundes kofinanziert. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Herbst 2027 abgeschlossen sein.

Das rund 65 Meter lange Ein- und Auslaufbauwerk des Polders Steinkirchen wird aus Stahlbeton errichtet. Über fünf regulierbare Verschlüsse aus Stahl können pro Sekunde circa 210 bis 240 Kubikmeter Wasser ein- oder ausfließen. Tosbecken und Strömungsumlenker verringern beim Einströmen die Fließgeschwindigkeit, um die angrenzenden Flächen vor Erosion zu schützen. Für den Betrieb wird eine für schweres Gerät befahrbare Betriebsbrücke über das Bauwerk errichtet.

Auf der verbreiterten Deichkrone östlich der Anlage sind ein Betriebsgebäude und ein Lagergebäude vorgesehen. Außerdem wird der 550 Meter lange Deich zwischen dem Ein-/Auslaufbauwerk und dem Deich bei Natternberg ausgebaut und um bis zu 1,1 Meter erhöht. Parallel laufen im Polder Steinkirchen bei Natternberg voraussichtlich ebenfalls bis Ende 2027 noch der Neubau eines Schöpfwerkes und die Sanierung des bestehenden Schöpfwerkes. Hier werden weitere rund 18 Millionen Euro in den Hochwasser-

schutz eingebracht.

Abgeschlossen ist inzwischen die Renaturierung der Isar am Angergries in Plattling nach der Umsetzung von drei Bauabschnitten. Bei der offiziellen Einweihung der Maßnahme erklärte Glauber: „Der Bereich der Isarmündung ist ein einzigartiges Juwel für Naturschutz und Wasserwirtschaft. Neben dem Färbergries haben wir nun mit dem Angergries ein weiteres Musterprojekt für die Renaturierung von Gewässern in Bayern abgeschlossen. Die vorbildliche Zusammenarbeit von Naturschutz und Wasserwirtschaft ist beispielhaft.“ Mit Gesamtkosten von rund 4,5 Millionen Euro wurde die Maßnahme Angergries auf einer Fläche von rund 15 Hektar im Zeitraum von Herbst 2022 bis Frühjahr 2025 verwirklicht. Fischereifachlich gilt die Maßnahme bereits jetzt als eine der besten und wirkungsvollsten Fluss-Auen-Renaturierungen bayernweit.

Auf der rechten Isarseite gibt es nach Abtrag von rund 200.000 Kubikmetern Hochwassersediment etwa 10 Hektar neue Weichholzaue. Darin wurde ein 1,4 Kilometer langer Seitenarm angelegt. Viele Vernetzungen mit verbliebenen Auenstrukturen sorgen für eine weitreichende Wirkung hinein in die einzigartige Flusslandschaft des Isarmündungsgebietes. Insgesamt wurden rund 3.000 standortgerechte und gebietseigene Bäume und Sträucher gepflanzt. Zusätzlich wurden rund 40.000 Kubikmeter Kies in die Isar zugegeben.

Zur Dokumentation insbesondere für aquatische Lebensräume wird begleitet ein fischökologisches Monitoring durchgeführt. Beispielsweise kann dabei der seltene Huchen wieder regelmäßig nachgewiesen werden.

Wie Glauber außerdem bekanntgab, erhöht der Freistaat die Ausgleichszahlungen für Gewässerrandstreifen: „Entlang unserer Gewässer sollen blühende Bänder entstehen, die sich als Lebensadern für Tiere und Pflanzen durch Bayern ziehen. Das schafft ökologisch funktionsfähige Fließgewässer und Auen sowie eine noch bessere Vernetzung der Lebensräume. Gewässerrandstreifen sind ein großer Schritt zu mehr Artenvielfalt und Gewässerschutz. Die Umsetzung erfolgt in enger Partnerschaft mit den Landnutzern.“

Mit der Aktualisierung der entsprechenden bayerischen Richtlinie zum 8. Mai wurden die Ausgleichszahlungen von 500 Euro pro Hektar auf 675 Euro pro Hektar erhöht. Davon profitieren rund 14.000 landwirtschaftliche Betriebe. Die Abwicklung der Ausgleichszahlungen erfolgt über die Landwirtschaftsverwaltung im Rahmen des Mehrfachantrags und gilt bereits für den Mehrfachantrag 2025. **DK**



Nachhaltiger Fischbesatz und Gewässerschutz im Priental: In einem der längsten Wildbäche der Bayerischen Alpen, der Prien, wurden umfangreiche Besatzmaßnahmen durchgeführt. Der Aschauer Steuerberater Karl Sollinger (2.v.l.) spendete mehrere tausend Bach- und Regenbogenforellen, die im Flussabschnitt unterhalb von Schloss Hohenaschau, zwischen dem Sollingersteg und dem Rentmeistersteg, eingesetzt wurden. Die Freiherrlich von Cramer-Klett'schen Forstbetriebe als Eigentümer des Gewässers begrüßten die Aktion. Auch Aschauer Erster Bürgermeister Simon Frank (l.) packte tatkräftig mit an und zeigte sich begeistert von dieser naturnahen Initiative mitten im Ortskern von Aschau i.Chiemgau: „Die Maßnahme ist ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Priental und ein starkes Zeichen für gelebten Naturschutz.“ Mit dabei waren v.l. außerdem: Moritz Wehner, Revierjagdmeister Josef Rinner, Markus Vordermayer und Revierjäger-Auszubildender Maximilian Jöchler sowie Ludwig Dorner aus dessen Fischzucht Alpenland die einjährigen Jungfische stammen.

Bild: H. Reiter

Ganzheitlich und sektorübergreifend

BDEW zur Europäischen Strategie für eine resiliente Wasserversorgung

Die Europäische Kommission veröffentlichte ihre Europäische Strategie für eine resiliente Wasserversorgung. Der BDEW spricht sich für einen zügigen Abbau von Hindernissen beim Aus- und Umbau der Wasserinfrastruktur aus. Außerdem muss der Vorrang der Wasserversorgung gewahrt werden.

Hierzu erklärte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser: „Wir begrüßen es, dass die Europäische Union Wasserresilienz und die Folgen des Klimawandels auf die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung stärker in den Fokus rückt. Es ist wichtig, Wasserquantität und Wasserqualität stets gemeinsam zu betrachten. Eines steht fest: Ohne Wasser gibt es kein Leben, keine Landwirtschaft und keinen Siedlungsraum. Wasser ist nicht ersetzbar. Deshalb muss der klare Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungen und Bewirtschaftungsinteressen fest verankert werden, um die lebensnotwendige und in Hinblick auf Hygiene erforderliche Daseinsvorsorge der Bevölkerung dauerhaft zu sichern.“

Im Sinne des Vorsorgeprinzips

Auch die Qualität unserer Gewässerressourcen muss geschützt und weiterhin priorisiert werden. Neue Schadstoffeinträge sind konsequent an der Quelle zu vermeiden – im Sinne des Vorsorgeprinzips. Durch die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips lassen sich darüber hin-

aus wirksame Anreize schaffen, damit Einträge gar nicht erst in die Gewässer gelangen.

Da eine Zunahme von Extremwetterereignissen trotz aller Klimaschutzbemühungen nicht mehr aufzuhalten sein wird, müssen wir uns deutlich systematischer und zugleich zielgerichteter als bisher an die lokalen Auswirkungen des Klimawandels anpassen. Das erfordert erhebliche Investitionen in den Aus- und Umbau der Wasserinfrastruktur. Neben einer gesicherten Finanzierung ist dabei vor allem eine Vereinfachung und Verkürzung der behördlichen Genehmigungsverfahren notwendig – analog zum Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier kann die Europäische Kommission wichtige Impulse setzen.

Für eine verlässliche Wasserversorgung ist außerdem eine flächendeckende und transparente Erfassung von Wasserentnahmen unerlässlich. Konkret bedeutet das: Auch private Brunnen müssen mit Wasserzählern ausgestattet werden, um nicht registrierte Entnahmen wirksam zu begrenzen. Die Transparenz der Wasserentnahme ist essenzielle Voraussetzung dafür, um zielgerichtete Maßnahmen im Rahmen einer drohenden Was-

Weiterentwicklung der Hochwasservorhersage

Expertinnen und Experten mehrerer (Bundes-)Länder treffen sich in Augsburg

Im Rahmen eines Workshops trafen sich Expertinnen und Experten aus mehreren Bundesländern und benachbarten Ländern am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg zum Austausch über die technische Weiterentwicklung der Hochwasservorhersage mit LARSIM (Large Area Runoff Simulation Model). Die letzten Hochwasser haben erneut gezeigt, wie wichtig eine akkurate Hochwasservorhersage ist und wie groß die Herausforderungen dabei sind, wenn bisher unbeachtete Extremereignisse auftreten, die durch den Klimawandel noch verstärkt werden.

Mitte Mai fand der Workshop für LARSIM-Anwenderinnen und -Anwender am LfU in Augsburg statt. Ziel der Veranstaltung war es, neue Entwicklungen und Werkzeuge des hydrologischen Modells LARSIM vorzustellen und den Austausch innerhalb der LARSIM-Community zu fördern. Der Workshop bot eine Plattform für den Austausch über aktuelle Themen wie KI in der Hochwasservorhersage und die Modellierung von extremen Hochwasserereignissen.

Realistische Simulation von Hochwasserereignissen

LARSIM als hydrologisches Modell hat sich auch beim Hochwasser 2024 bewährt. Es hat die Fähigkeit auch bisher unbeachtete Hochwasserereignisse akkurat zu modellieren, wie auch schon beim verheerenden Ahrtalhochwasser in Rheinland-Pfalz unter Beweis gestellt wurde. Basierend auf bekannten Niederschlagsdaten gelingt es LARSIM, Hochwasserwellen realistisch zu simulieren. Die entscheidende Voraussetzung für eine präzise Vorhersage bleibt dabei weiterhin eine zutreffende Niederschlagsprognose. Trotz der Fortschritte in der Modellierung stehen hydrologische Vorhersagemodelle vor Herausforderungen, insbesondere bei extremen Wetterereignissen. Großflächige Ausuferungen und andere hydraulische Prozesse erfordern innovative Ansätze. Daher testet die Fachgemeinschaft neue Verfahren, die unter anderem durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz unterstützt werden, um die Vorhersagegenauigkeit weiter zu steigern. LARSIM wird von der LARSIM-Entwicklergemeinschaft betreut und weiterentwickelt. Diese besteht aus mehreren Bundesländern und Behörden von Nachbarländern und nutzt diese Synergieeffekte für die ständige gemeinsame Weiterentwicklung und Verbesserung der Modelle. Derzeit wird das Modell für die operationelle Hochwasservorhersage in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie in Luxemburg, der Schweiz, den französischen Departements Lothringen und Elsass und den österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg genutzt. **□**

sermangelsituation umzusetzen. Der Wasserverbrauch aller Sektoren muss effizient und nachvollziehbar erfasst werden, um zukunftssichere Planungen zu ermöglichen.

Weniger Versiegelung

Mit Blick auf die Wasserquantität ist ein Paradigmenwechsel erforderlich: weg von der Wasserabführung, hin zu lokaler Wasserhaltung und Versickerung – bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Grundwasserbeschaffenheit. Gerade in urbanen Ballungsräumen müssen dafür Flächen für Rückhaltung und multifunktionale Nutzung geschaffen werden. Hier sollte der Fokus auf weniger Versiegelung gelegt und es sollten Auffang- und Versickerungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies kann auch durch Bepflanzung von Gebäuden oder Teichen im Sinne des Schwammstadt-Konzeptes geschehen. So kann eine generell „blaue Stadt“ erreicht werden. **□**



Gütesicherung Kanalbau
RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

**GÜTE SICHERN
WERTE ERHALTEN
ZUKUNFT GESTALTEN**



Wasserzweckverband der Hohenschambacher Gruppe:

Investition in Zukunft

Gebäude und Areal rund um Schallerwöhr gekauft

Zur Sicherung seiner Tätigkeit und letztlich auch zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen Wasserversorgung hat der Zweckverband zur Wasserversorgung der Hohenschambacher Gruppe kürzlich das Anwesen und die angrenzenden Flächen am Schallerwöhr gekauft. Hier befinden sich die wesentlichen Einrichtungen der Wassergruppe: die Pumpstation, die Brunnen und die Wasserkraftanlage.

Bisher war lediglich die Wasserkraftanlage (Gebäude mit der Pumpstation) im Besitz des



Der 1. Vorsitzende des Zweckverbandes Johann Heß vor der Wasserkraftanlage. Bild: Markus Bauer

im Jahr 1907 gegründeten Wasserzweckverbandes. Neben den üblichen Wartungsarbeiten an der Kolbenpumpe, an der Turbine und dem vorgeschalteten Rechen wurden in den vergangenen Jahren umfangreiche Erneuerungsarbeiten an der über 120 Jahre alten Anlage durchgeführt. Unter anderem wurde das Turbinenlaufrad aus dem Jahr 1929 aufwändig instandgesetzt, die Turbinensteuerung erneuert und ebenso die mechanische Rechenanlage.

260 Jahre Geschichte

Für 2025 hat der Wasserzweckverband dennoch zahlreiche Investitionsprojekte und notwendige Unterhaltsarbeiten beschlossen: Sanierung der störanfälligen Flachbrunnen einschließlich der zugehörigen Saugleitung aus dem Jahr 1906 und den Austausch der energieintensiven Pumpen im Hochbehälter Eiersdorf.

Durch den Kauf der Hofstelle gelang nach 119 Jahren auch wieder die Zusammenführung des über sehr lange Zeit als landwirt-

schaftlicher Betrieb geführten Anwesens mit dem Betriebsgebäude des Wasserzweckverbandes. Denn 1906 wurde nur die vorhandene Wasserkraftanlage erworben. Dabei reicht die Geschichte von Schallerwöhr bzw. der Schallerwöhrmühle weit zurück – über 260 Jahre.

Wohl bereits im Jahr 1764 wurde hier im Zusammenhang mit dem Einstauen der Schwarzen Laber ein Eichpfahl gesetzt. Die Wasserkraft wurde – wie der ursprüngliche Name und viele weitere Einrichtungen entlang der Laber ja kundtun – für eine Mühle zur Energiegewinnung genutzt. Die Wasserkraftanlage erwarb 1906 der Wasserzweckverband, die weiteren Gebäude hatten seither unterschiedliche Besitzer bzw. Pächter. Neben dem Wohnhaus direkt neben dem Gebäude mit der Wasserkraftanlage zeugen die weiteren Bauwerke von vorwiegend landwirtschaftlicher Nutzung.

Besitzer der Hofstelle und der umliegenden Flächen war Rudolf Meyer, Inhaber der in Bayreuth ansässigen und von seinen Vorfahren gegründeten Porzellanfabrik Walküre – Erste Bayreuther Porzellanfabrik. Seit 1925 war Familie Meyer auf der Schallerwöhrmühle präsent. Deren Fabrik existierte von 1899 bis 2019. Ab 1971 bis in die 1980er Jah-

re wurden zahlreiche bauliche Unterhaltsarbeiten getätigt, so dass die Hofstelle als Wochenend- und Feriendomizil genutzt werden konnte. Die Nutzung lag ab 1971 bis zum April 2025 in den Händen einer Familie aus Regensburg.

Touristisch gefragt

Aber auch touristisch ist Schallerwöhr, das lange Zeit zum nahen Lindenhof gehörte, gefragt. Labertal-Wanderer und auch Radfahrer marschieren bzw. fahren gerne vorbei. Und bei Mountainbikern ist die Umgebung von Schallerwöhr sehr beliebt. Dokumentiert ist sogar ein „Schallerwöhr Trail“.

Kostenkonsolidierung im Vordergrund

Nach langwierigen Verhandlungen konnte der Wasserzweckverband das Wohngebäude sowie die früheren Stallungen und die umliegenden Flächen kaufen, um fortan über das Gesamtareal verfügen zu können.

„Die Gebäude sind denkmalgeschützwürdig, die vorhandene Bebauung dürfte wohl um 1820 stattgefunden haben“, genauere Daten werde eine detaillierte Untersuchung ergeben, so Johann Heß, 1. Vorsitzende des Zweckverbandes. Vertreter des Amtes für Denkmalschutz waren bereits vor Ort und haben die Gebäude besichtigt. Allerdings werden die baulichen Anlagen vorerst keiner weiteren Nutzung zugeführt, zumal Abstimmungen mit Behörden und Verbänden abzuwarten sind. „In den nächsten Jahren soll ein Konzept erarbeitet werden, erst dann können entsprechende Investitionen getätigt werden“, erklärt der Verbandschef. Zudem stehe die Konsolidierung der entstandenen Kosten zunächst im Vordergrund. Ferner würden die genannten Sanierungen und Unterhaltsarbeiten des Versorgungsnetzes Priorität besitzen. „Das Kaufinteresse des Zweckverbandes beruhte in erster Linie darauf, den Brunnen 1 und die Wasserkraftanlage mit den Zufahrtswegen gänzlich in den eigenen Händen zu haben“, bekräftigt Heß. Darüber hinaus war natürlich auch die nun mögliche Mitbestimmung bei der künftigen Nutzung der Gebäude bzw. des Areals ein wichtiger Aspekt. In einem Wasserschutzgebiet sind da ja Vorausschau und Sorge nötig.

Anfang Juli starten die notwendigen Sanierungsarbeiten am Brunnen 1, die mit den bereits angesprochenen Investitionen enorme Kosten auslösen. „Eine Gebührenerhöhung im kommenden Jahr ist demzufolge unausweichlich, um auch weiterhin einen finanziellen Spielraum für die Sanierung des großen Leitungsnetzes zu schaffen“, kündigt der Vorsitzende an. Ein Fachbüro wurde mit der Überarbeitung der Gebührensatzung beauftragt. Insgesamt ist für Heß aber wichtig, dass die dann generalüberholte Einheit aus Wassergewinnung und Wasserförderung in Kombination mit Wasserkraft dem Zweckverband weiterhin eine wirtschaftliche Wasserversorgung sichert.

Zahlen und Daten

4.265 Einwohner umfasst das Versorgungsgebiet des Wasserzweckverbandes Hohenschambacher Gruppe mit Ortsteile der Stadt Hemau, des Marktes Painten und des Marktes Laaber (Landkreis- und bezirksübergreifend). Der Gesamtwasserverbrauch beträgt 205.000 Kubikmeter; der durchschnittliche Tagesverbrauch ca. 450 Kubikmeter.

Aktuelle Wassergebühr: 1,87 Euro/Kubikmeter; Gesamthaushalt 2025: ca. 1,3 Mio. Euro (inkl. Grund- und Gebäudeerwerb Schallerwöhr).

Markus Bauer

Tagesaktueller WaldDürreMonitor

Ab sofort stellt die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) aktuelle Informationen zur Bodenfeuchte in Bayerns Wälder für jedermann digital zur Verfügung.

Wie trocken ist es im Wald? Leiden die Bäume unter Trockenstress oder gibt es noch ausreichend Wasser im Boden? Diese Fragen stellen sich Waldbesitzer und Umweltinteressierte aber auch die Trinkwasserversorger angesichts steigender Temperaturen und zunehmend längerer Trockenperioden ohne Niederschläge immer häufiger.

Hohe räumliche Auflösung

Deshalb stellen die Freisinger Forscher eine innovative Internetseite zur Verfügung, die bayernweite Informationen zur Bodenfeuchte und Wasserversorgung der Wälder liefert.

Der WaldDürreMonitor Bayern bietet ab sofort eine tagesaktuelle Online-Darstellung der Bodenfeuchte in bayerischen Wäldern – übersichtlich und mit hoher räumlicher Auflösung – das heißt, man kann bis zu seinem Ort oder seinem Waldgrundstück hinein zoomen.

Beurteilung von Trockenstress

Nutzerinnen und Nutzer können zwischen sechs verschiedenen Karten wählen. Dazu gehören unter anderem der Füllstand der Bodenwasserspeicher und die Saugspannung, also die Kraft, die die Bäume aufwenden müssen, um Wasser aus dem Boden aufzunehmen. Ein weiterer Kennwert zeigt, wie viele Tage die Waldbäume noch ohne neue Niederschläge auskommen können. All diese Informationen sind wichtig für die Beurteilung des Trockenstresses unserer Wälder

Freisinger Gartentage 2025:

Grünes Comeback

Nach einem Jahr Pause kehrten die Freisinger Gartentage mit neuem Schwung zurück – diesmal auf dem Campus der Technischen Universität München (TUM) in Weihenstephan. Die Veranstalter Robert Sulzberger und Tobias Mayerhofer führten die Tradition fort, die zuvor von Anita Fischer im Klostergarten Neustift etabliert worden war.

Unter dem Motto „Zusammenwachsen“ trafen professioneller Gartenbau, Freizeitgartenbau und Wissenschaft aufeinander. Zwischen Stauden, Rosen, alten Gemüsesorten, Heilkräutern und seltenen Gehölzen konnten 15.000 Besucher nicht nur einkaufen, sondern auch lernen, staunen und mit renommierten Fachleuten ins Gespräch kommen.

Enge Zusammenarbeit mit Experten

Herzstück der Veranstaltung war das umfangreiche Vortrags- und Führungsangebot. In enger Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen der TUM School of Life Sciences und der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf referierten nationale und internationale Experten zu Themen wie klimafester Gartenbau, Biodiversität im Privatgarten, Gestaltung mit Gräsern und Stauden, Pflanzensoziologie und Permakultur und historische Gartenanlagen in Bayern.

Die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (HSWT) war mit einem Informationsstand, Beratungsangeboten, Vorträgen und Führungen vertreten. Prof. Dr. Swantje Duthweiler, Leiterin der Weihenstephaner Gärten, betonte in ihrer Begrüßungsrede die Mission der Hochschule: „Die HSWT ist eine grüne Hochschule. Wir möchten Forschung sichtbar und erlebbar machen. Das ist unser Beitrag an den Gartentagen.“

Besonderer Publikumsmagnet waren die „Pflanzendoktoren“ der

und helfen Waldbesitzern, fundierte Entscheidungen zu treffen.

Speziell entwickeltes Wasserhaushaltsmodell

Die Vitalität der Wälder ist stark von der Wasserversorgung abhängig. Insbesondere in heißen und trockenen Sommern ist die Frage nach der Bodenfeuchte von zentraler Bedeutung. Wenn es in den Wäldern zu trocken wird, sind die Bäume oft anfälliger für Schädlinge und im Extremfall können sie sogar vertrocknen.

Der WaldDürreMonitor nutzt ein an der LWF speziell entwickeltes Wasserhaushaltsmodell für Wälder. Die meteorologischen Daten stammen vom Deutschen Wetterdienst (DWD). Das System soll in Zukunft kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Flächendeckender Einblick

„Mit dem WaldDürreMonitor Bayern bieten wir sowohl Fachleuten als auch der interessierten Öffentlichkeit einen flächendeckenden Einblick in die aktuelle Wasserverfügbarkeit unserer Wälder an“, erklärt Dr. Peter Pröbstle, Präsident der LWF. „Und ich bin schon auch ein wenig stolz auf unsere LWF und dass wir heute online gehen!“, so Dr. Pröbstle.

Zugang und weitere Informationen

Mehr Informationen finden sie unter www.lwf.bayern.de und der online-Zugang zum WaldDürreMonitor ist: www.waldduerre-monitor.de. □



Deutsche Baumpflegetage 2025 in Augsburg.

Bilder: Forum Baumpflege GmbH & CO. KG

Deutsche Baumpflegetage 2025 in Augsburg:

Innovationen und noch mehr Praxis

Anfang Mai drehte sich auf der Messe Augsburg wieder alles rund um die Baumpflege. Experten, Forscher, Praktiker und Aussteller versammelten sich zum Austausch auf dem mit über 3.000 Teilnehmern größten Branchen-Treffen Europas. Auf die Teilnehmer der Deutschen Baumpflegetage 2025 wartete eine bewährte Mischung aus Fachvorträgen, Kletterforum und tagungsbegleitender Messe.

Im Zentrum standen heuer der Erhalt von Uraltbäumen, die Anlage und Pflege von Streuobstwiesen sowie die Baumgesundheit. Passend zur Thematik konnten vom Veranstalter, der Forum Baumpflege GmbH, mit dem European Arboricultural Council e. V. (EAC) und dem Fachverband Obstgehölzpflege e. V. kompetente Fachpartner gewonnen werden. Letzterer gab umfassende Einblicke in die Planung und Pflege von Streuobstwiesen. In Theorie und Praxis zeigten die Verbandsexperten, was bei der Pflege großkroniger Obstbäume zu beachten ist und welche Anforderungen Obstbäume im öffentlichen Raum haben.

„Das Kletterforum war auch in diesem Jahr Treffpunkt und Kommunikationsplattform von Baumpflegerinnen aus aller Welt. Entsprechend international gestaltete sich das praxisorientierte Programm“, erklärte Professor Dr. Dirk Dujesiefken, Geschäftsführer der Deutschen Baumpflegetage. Er selbst widmete

sich am Eröffnungstag mit einer neuen Präsentationstechnik dem Thema „Baumleben verstehen – Holzanatomie sichtbar gemacht“. Flankiert wurde sein Vortrag von Beiträgen australischer Baumexperten. Steve Pearce referierte über Tasmaniens Riesenbäume und Sam Hardingham stellte die provokante Frage, ob es eventuell zu viele Baumpfleger für eine sinkende Zahl an Bäumen gibt.

Der finale Tag der Deutschen Baumpflegetage 2025 lockte besonders viele Interessierte zu den Fachvorträgen. Im Mittelpunkt standen verschiedene Pathogene, die vor allem Stadt- und Straßenbäume nachhaltig schädigen und für die Praxis herausfordernd sind. Zudem ging es um das Thema Biodiversität, das in Europa an Bedeutung gewinnt.

Dass sich die Fachtagung auch auf diesen Gebieten unmittelbar am Puls der Zeit bewegt, zeigte unter anderem der Beitrag von Torsten Melzer vom Hamburger Stadtbaummanagement. In der Hansestadt wurden im Septem-

ber 2024 erstmals zwei bakterielle Schadorganismen an Eichen nachgewiesen, die als Hauptverursacher für das Akute Eichensterben gelten. Für die zuständigen Behörden der Stadt mit ihren 88.000 Eichen ist das Auftreten dieser Pathogene überaus besorgniserregend. „Geplant sind nun eine Reihenuntersuchung und ein gezieltes Monitoring, das Aufschluss über die tatsächliche Ausbreitung der Bakteriose in Hamburg liefern soll“, erläuterte Melzer.

Begleitende Messe

Ein inzwischen eigenständiger Anziehungspunkt der Deutschen Baumpflegetage ist die Baumpflege-Messe. In diesem Jahr kamen allein hierfür über tausend Besucher in die Fuggerstadt. 168 Aussteller aus dem In- und Ausland präsentierten technische Innovationen und Dienstleistungen rund um die Baumpflege. „Die Zahl der Aussteller ist gegenüber dem Vorjahr erneut gewachsen. Vor allem im Außengelände waren die Flächen deutlich größer als in den Vorjahren. Die Unternehmen hatten so noch mehr Möglichkeiten für Vorführungen und Diskussionen mit den zahlreichen Besuchern“, lautete das Fazit der Geschäftsstelle. DK

Markt Schönberg:

Schipp, schieb hurra!

Straßenmeisterei Vilshofen siegte bei Bayerischer Schneepflugmeisterschaft

Gekonnt zirkelte sich das Team Markttredwitz als amtierender Deutscher Meister und heimlicher Favorit durch den Parcours und legte beim Training schon mal die Messlatte hoch. Rückwärts durch den wackeligen Hütchenslalom: Das trennte die Spreu vom Weizen der Meisterschaft in Orange. Nach dem Rennsonntag hatte aber die Straßenmeisterei Vilshofen des Staatlichen Bauamts Passau die Nase vorne und holte sich den Titel des Bayerischen Schneepflugmeisters 2025 im Markt Schönberg.

Da könnte man auch den Kopf schütteln: Schneepflugmeisterschaft im Frühling, bei Sonne und ohne Schnee? Geht ja gar nicht!? Geht wohl. Die Herausforderung der Rennstrecke ist orientiert an dem, was sonst am Morgen und bei Flockenrieseln oft ganz unbemerkt geschieht, bevor die Autos aus den Garagen rollen. Es geht eng her. Es müssen schwere Lasten zielgenau verfrachtet werden. Es geht um den schadensfreien Slalom um Straßenrandparker und es geht um Zeit. Roland Sommer stellt schon seit Jahren die geeigneten Prüfungen zusammen. Erst für nordbayerische Meisterschaften, dann für den ganzen Freistaat für die Deutsche Meisterschaft und als Schiri auf Europaebene. Er sagt, dass es darum geht, über die realistischen Bedingungen hinaus das Verständnis zu verbessern, dass das eine echt fordernde Aufgabe ist, bevor über eine Flocke zu viel losgemeckert wird. Und es geht um die Nachwuchsgewinnung für eine ständig fordernde und spannende Tätigkeit im Dienste der Sicherheit.

Abenteuer für jeden Tag

Geklappt hat das vor zwei Jahren bei den Icebreakers von der Straßenmeisterei Bayreuth des Staatlichen Bauamts Bayreuth. Larina Zimmermann und Katharina Stake sind als junge Auszubildende zu Straßenwärterinnen in Markttredwitz auf den Wettbewerb gestoßen und wussten sofort: Das wollen wir auch machen. Draußen und zupacken statt Büro oder Fabrikhalle, das ist genau ihr Ding. Bei schweren Gewichten hilft die Technik und „On The Road“ ist Abenteuer für jeden Tag. Ob man da viele blöde Kommentare einstecken muss, bevor man Respekt erntet? „Nein“, sagen die beiden. „Wir wurden echt kollegial aufgenommen und wenn es mal einen frechen Kommentar gibt, muss eben klares Kontra gegeben werden.“

Lustigerweise dürfen sie als Azubis noch nicht selbst kommunale Fahrzeuge lenken. Aber auf dem Sportgelände ist für abgesperrte Sicherheit gesorgt. Ob es ihnen gelingen kann, mit Feingefühl und Übersicht zu punkten, wo die Männer eher auf Gewalt und Tempo setzen? Sie sind realistisch und wünschten sich am Trainingssamstag einfach, nicht Letzte zu werden. Der Spaß zählt. Im Qualifying reicht es für Platz 21 unter schließlich 23 angetretenen Teams. Dennoch Respekt! Wenn sie erst mal echtes eigenes Wintertraining haben, dann rollen sie das Feld eben von hinten auf.

Team Orange: Unverzichtbar

Die zehn Besten maßen sich in der Finalrunde noch einmal. Vilshofen setzte sich auf Platz 1 et was ab. Aber die folgenden Plätze lagen denkbar knapp aufeinander, was die sportliche Qualität der Köpfer unterstreicht. Alle erhielten eine Urkunde von Bundesminister Alois Rainer. Er übernahm als politischer „Heimatspezialist“ die Siegerehrung, nachdem der Bayerische Kollege für Verkehr, Christian Bernreiter, als Schirmherr terminlich verhindert war. Der hatte aber per Videogruß mitgeteilt: „Die Teams in Orange sind unser Aushängeschild auf unseren Straßen und mit ihrer Tätigkeit für die bayerische Infrastruktur unverzichtbar. Dieser Geschicklichkeitswettbewerb mit seinen praxisnahen Aufgaben bildet die Anforderungen im Winterdienst auch ohne Schnee ab. Ich bedanke mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Engagement!“

Minister Alois Rainer erinnerte sich als ehemaliger Bürgermeister daran, „wie fordernd das ist, was Ihr hier macht.“ In Zeiten von Personalmangel sei er selbst schon durch den Winter gepflügt



V.l.: Das Gewinnerteam Christian Klosterhuber und Dominik Friedl von der Straßenmeisterei Vilshofen erhielt von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer Urkunden, Medaillen und Pokal.

Größter teleskopierbarer Frontschneepflug

Bucher mit dem Teplex TK4080X auf der Demopark in Eisenach

Mit dem neuen Teplex TK4080X setzt Bucher Municipal neue Maßstäbe im professionellen Winterdienst. Als größter teleskopierbarer Frontschneepflug auf dem Markt überzeugt das Modell mit einer variablen Arbeitsbreite von bis zu acht Metern und bietet damit eine hochflexible sowie leistungsstarke Lösung für maximale Effizienz im Einsatz. Für diese Innovation wurde der Teplex TK4080X im Rahmen der diesjährigen Neuheitenprämierung auf der Demopark 2025 mit der Silbermedaille ausgezeichnet. Interessierte können das ausgezeichnete Produkt vom 22. bis 24. Juni 2025 auf der Demopark in Eisenach, Stand B-228, live erleben.

Von vier auf acht Meter – maximale Flexibilität

Die stufenlos teleskopierbare Pflugbreite ermöglicht es, mit nur einem Fahrzeug gleichzeitig zwei Fahrspuren auf Autobahnen zu räumen. Der Bedarf an zusätzlichen Räumfahrzeugen oder kostenintensiven Seitenpflug-Kombinationen entfällt. Gesteuert wird der Teplex

TK4080X komplett vom Fahrer – ein Beifahrer ist nicht erforderlich.

Der Pflug zeichnet sich durch eine besonders hohe Materialqualität aus: Ein hochfester Stahlrahmen sorgt für maximale Stabilität, während der hohe Anteil an Polyethylen das Gesamtgewicht reduziert und die Lebensdauer erhöht. Die hydraulische Breitenverstellung ist stufen-

los und auch während der Fahrt möglich – das spart Zeit und erhöht die Flexibilität im Einsatz.

Selbst in engen oder anspruchsvollen Straßenverhältnissen überzeugt der TK4080X durch seine hervorragende Manövrierfähigkeit. Dank seiner teleskopierbaren Arbeitsbreite passt sich der Pflug optimal an unterschiedliche Fahrbahnbreiten an – selbst enge Passagen lassen sich mühelos durchfahren.

Geprüfte Sicherheit

Der Teplex TK4080X erfüllt die strengen Vorgaben der DGUV Test Prüf- und Zertifizierungsstelle – für höchste Sicherheits- und Qualitätsstandards im täglichen Einsatz. □



Der größte teleskopierbare Frontschneepflug auf dem Markt.

Bild: Bucher



Durch diese hohle Gasse muss er kommen. Ohne was zu berühren und zu verschieben. Im Winter sind es oftmals Straßenrandparker, die gekonnt umschifft werden wollen. Drei Unimogs inkl. aller Anbaugeräte wurden von der Firma Beuthauser für die Meisterschaft zur Verfügung gestellt.

Bilder: Markt Schönberg

und im Büro klingeln mit der ersten Flocke die Telefone voller Bürger-Entrüstung. Deswegen brach er gerne die Lanze für die Winterdienste.

Bürgermeister Martin Pichler hatte zur Siegerehrung begrüßt und zuvor das Geschehen mit Begeisterung verfolgt. Sein kleines aber motiviertes Kommunalteam und viele weitere Helfer von Posten bis Wertung und Moderation hatten neben dem Sportgelände auch ein Fest mit Ausstellung aufgebaut. Von Zelt bis Hüpfburg und von Beratungen zu Solarenergie, Hauswasseranlagen, Gartengerät oder Profimaschine für die Landwirtschaft war jede Menge Infotainment für die ganze Familie geboten, während auf hoch „überragender“ Großlein-

wand alle Prüfungen im Parcours live mitverfolgt wurden. Das eigene Team Schönberg war mit dem Projekt Titelverteidigung angetreten. Am Ende reichte es zum undankbaren fünften Platz. Aber nach den Spielen ist vor den Spielen. Am 20. September dürfen dort die Teams der Straßenmeisterei Vilshofen, der Stadt Landshut und als Vierter auch der Gemeinde Grainet um den Bundespokal.

Leitender Baudirektor Norbert Sterl, der Leiter des Staatlichen Bauamts Passau, das zusammen mit dem Markt Schönberg die Schneepflugmeisterschaft aus-

gerichtet hatte, freut sich ebenfalls über die gelungene Veranstaltung: „Das war nicht nur ein spannendes Wettkampfeignis, sondern auch eine wunderbare Gelegenheit, den Teamgeist und die Fähigkeiten unserer Mitarbeiter zu zeigen. Ich bin beeindruckt von den Teams und ihren gezeigten Leistungen und bedanke mich bei allen Helferinnen und Helfern, die zum Erfolg dieser Veranstaltung mit beigetragen haben.“

Die zehn Bestplatzierten nach Finalrunde: 1. Straßenmeisterei Vilshofen, 2. Stadt Landshut, 3. Stadt Markttredwitz, 4. Gemeinde Grainet, 5. Markt Schönberg, 6. Stadt Freilassing, 7. Stadt Erlangen, 8. Straßenmeisterei Hof, 9. Straßenmeisterei Freyung, 10. Straßenmeisterei Deggendorf. □



Mehr Informationen online unter:
special.mercedes-benz-trucks.com/unimog-bediensystem
Ihren Unimog Händler oder Servicepartner
in der Nähe finden Sie unter:
special.mercedes-benz-trucks.com/partnersuche

EINFACH SUPER. UND SUPER EINFACH.

UNI-TOUCH®, das neue Bediensystem des Unimog Geräteträgers.

Reduziert und intuitiv. Dank cleverer Schaltelemente, konfigurierbarer Abläufe und eines optionalen ergonomischen Bedienhebels geht der Alltag leicht von der Hand. Alle Elemente sind ergonomisch und platzsparend angeordnet. Noch nie war arbeiten mit dem Unimog einfacher.



DER UNIMOG AUF DER DEMOPARK 2025

VOM 22. - 24. JUNI 2025 FINDEN SIE UNS IN EISENACH AUF STAND D-243

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, E-Mail: info@kurt-herold.de, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, E-Mail: verkauf@klmv.de, www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, www.wilhelm-mayer.com

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die Stadt Abensberg und ihre Ortsteile mit knapp 15.000 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich habe mein Amt im Oktober 2023 angetreten und bin hauptberuflich 1. Bürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen?

Ich war Gesamtleiter des Cabrini-Zentrums im Abensberger Stadtteil Offenstetten, einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg.



Dr. Bernhard Resch

Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich liebe es zu gestalten, zu moderieren und meine Heimat mitzuentwickeln. Deshalb war ich bereits neun Jahre lang 2. Bürgermeister der Stadt Abensberg.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Mein bisheriges berufliches Umfeld war bereits in der Umgebung der Öffentlichen Hand. Zudem kamen die jahrelangen Erfahrungen als 2. Bürgermeister.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Das Bürgermeisteramt ist ein Amt in einem äußerst heterogenen, komplexen, also dynamischen und komplizierten Umfeld. Da dann tatsächlich schnell Schritt zu fassen, ist eine Herausforderung.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Generalsanierung der Grundschule Abensberg und der Ersatzneubau unserer Abensbrücke, der einzigen Brücke über die Abens. Die Stadt ist dadurch quasi geteilt – Umwege zu fahren gefällt niemandem, aber letztendlich haben wir keine Wahl. Es ist wie im Westen „12 Uhr mittags“: Manche sagen, ach, lass es doch bleiben, das geht doch auch einfacher – aber das wäre das Ende einer verantwortungsvollen Amtsführung.

Die Neuausrichtung unserer Sportanlagen, die kommunale Wärmeplanung sowie ein Klimaschutzkonzept mit ISEK (Integriertes Stadt-Entwicklungs-Konzept, Anm. d. Red.) sind weitere

größere Aufgabenfelder. Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Wie viele Kommunen stehen wir vor der Herausforderung, immer größere Aufgaben mit kleiner werdendem Budget bewältigen zu müssen. Ich denke, Kommunalpolitik wird zunehmend priorisieren und der Bevölkerung gut erklären müssen, was möglich und in welchem Umfang realisierbar ist. Und eben auch, was schlichtweg nicht geht.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nach zwei Jahren als 1. Bürgermeister bin ich noch kein alter Hase, aber man sollte immer wieder daran denken, welch Privileg es ist, die eigene Heimat mit den Gremien wie dem Stadtrat und der Verwaltung gestalten zu dürfen! Die Freude muss im Vordergrund stehen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich pflege einen kooperativen und partizipativen Stil. Bürgerinnen und Bürger sind beispielsweise in diversen Foren der Bürgerbeteiligung eingebunden. Bei den jährlichen Bürgerversammlungen in allen Ortsteilen erklärt man sein Vorgehen, auch in Bürgersprechstunden. Grundsätzlich: Man sollte den Sender stets auch auf Empfang stellen, nicht nur auf Senden.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Einen hoffentlich nicht zu großen. Das anonyme Medium setzt tendenziell Einzelmeinungen zu hoch an und neigt dazu, schnell negative Bilder und Meinungen zu produzieren. Bei der Entscheidungsfindung und Bürgerbeteiligung in Form von Befragungen via Web etc. birgt es jedoch auch Chancen. Grundsätzlich bevorzuge ich den direkten Kontakt.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Gutes tun, fröhlich sein und die Spatzen pfeilen lassen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Erst einmal wäre ich gerne viele weitere Jahre Bürgermeister. Wenn es dann nicht mehr so ist, möchte ich als lebensfroher, kreativer und sozialer Mensch mit Umsetzungsgeschäften in Erinnerung bleiben, der Politik zur positiven Gestaltung der Heimat im Sinne der Bürgerinnen und Bürger genutzt hat. □

Inklusionspreis Oberbayern:

„Barrierefrei – , gemeinsam finden wir Wege“

Mit dem Inklusionspreis 2024 hat der Bezirk Oberbayern vier Initiativen gewürdigt, die sich für ein barrierefreies Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen einsetzen und Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen. Weitere acht wurden mit Anerkennungspreisen bedacht.

Über den mit 5.000 Euro dotierten 1. Preis durfte sich die Lebenshilfe Freising e. V. mit ihrem Projekt „LENADI – mit Herz und Hirn barrierefrei“ freuen. „LENADI“ ist eine Abkürzung für „Leichter Nachrichtendienst“, dahinter verbirgt sich ein inklusives Redaktionsteam, das Nachrichten und Informationen digital und in einfacher Sprache bereitstellt. Die Themen reichen von aktuellen Ereignissen wie Vulkanausbrüchen und Kriegen bis hin zu Unterhaltung wie Witzen und leichten Kochrezepten. Die Inhalte werden in Redaktionskonferenzen festgelegt und in kurzen Videos in einfacher Sprache und mit Hilfe von Symbolen vermittelt. Zu sehen waren die Inhalte über eine Padlet-App, eine Art digitale Pinnwand, für die Interessierte einen Zugangslink benötigten. Inzwischen wurde mit dem Preisgeld eine barrierefreie Website aufgebaut und offiziell gestartet. Deren Inhalte werden nun stetig erweitert und optimiert.

Entrepreneurship Inklusiv

Den 2. Preis (3.000 Euro) errang Your Capabilities gUG für ihr berufsvorbereitendes Grün-

derprogramm „Entrepreneurship Inklusiv“ in Kooperation mit der Stiftung Pfennigparade und der Hypo Vereinsbank in München. Dabei entwickeln junge Menschen mit und ohne Behinderungen mit der Unterstützung ehrenamtlicher Mentoren sozialunternehmerische Geschäftsideen. Die Jugendlichen sollen Selbstwirksamkeit erfahren, ihre Fähigkeiten und Talente stärken und befähigt werden, den Weg in eine inklusive Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Aus diesem Gedanken entstand auch der Name der von Thomas Heymel gegründeten Organisation „Your Capabilities“. Wichtig ist, dass nicht die Gründung selbst, sondern das Erfahren von Selbstwirksamkeit im Vordergrund steht. Perspektivisch soll das Projekt an Schulen bundesweit und in anderen Ländern ausgerollt werden.

Der mit jeweils 1.000 Euro dotierte 3. Preis ging an zwei Projekte. Der Stadtjugendring Ingolstadt des BJR (Bayerischer Jugendring) wurde für das seit 2006 bestehende Projekt „Jugendkultursommer: Bewegungstheater“ geehrt. Hierbei handelt es sich um eine kooperative, schulübergreifende Initiative, bei der junge Menschen mit und ohne Behin-

derungen miteinander trainieren und ein Tanztheater aufführen. Das Projekt findet jährlich über mehrere Monate statt.

Bayerns beste Gipfelstürmer

Die IG Klettern München & Südbayern e. V. erhielt den 3. Preis für die Initiative „Bayerns beste Gipfelstürmer“. Menschen mit und ohne Behinderungen klettern gemeinsam, ob am Felsen in den Bergen oder in der Kletterhalle. Ein inklusives Team, darunter pädagogisch geschulte Trainer sowie Sozialpädagogen, übernimmt die Leitung der Klettergruppen und wird dabei von ehrenamtlichen Jugendlichen (Scouts) unterstützt. Großes Anliegen des Projekts ist, dass jeder von jedem lernt und das Klettern allen ermöglicht werden kann.

Anerkennungspreise

Mit einem Anerkennungspreis ausgezeichnet wurden ArrivalAid gUG mit der Initiative „AbilityAid“, Freunde und Förderer von Regens Wagner Holzhausen e. V. („Kultur im Gewächshaus“), Lebenshilfe Landsberg GmbH („Theater Unbegrenzt“), Oh Happy Day – inklusiv mit Herz e. V. („Barrierefreiheit durch Singen im Oh Happy Day Chor“), Stadt Neuötting – Referat für Kultur, Integration und Inklusion („Neuöttinger Kinotreff am Montag“), Startklar Soziale Arbeit („Der Laden – Sozi-



V.l.: Martin Neumeyer (Landrat Kelheim), Rainer Haselbeck (Regierungspräsident Niederbayern), Werner Bumeder (Landrat Dingolfing-Landau), Roland Grillmeier (Landrat Tirschenreuth), Walter Jonas (Regierungspräsident Oberpfalz), Andrea Degl (Bayerische Landkreistag), Andreas Meier (Landrat Neustadt/Waldnaab), Richard Reisinger (Landrat Amberg-Weizsach), Thomas Karmasin (Präsident Bayerischer Landkreistag), Michael Fahmüller (Landkreis Rottal-Inn), Franz Löffler (Landrat Cham), Thomas Ebeling (Landrat Schwandorf), Sebastian Gruber (Landrat Freyung-Grafenau), Josef Laumer (Landkreis Straubing-Bogen), Willibald Gailler (Landrat Neumarkt i.d.OPf.), Dr. Ronny Raith (Landrat Regen), Tanja Schweiger (Landrätin Regensburg), Dr. Georg Haber (Präsident HWK Niederbayern-Oberpfalz), Thomas Leebmann (Präsident IHK Niederbayern), Christian Volkmer (Präsident IHK Oberpfalz-Kelheim).

Bild: Christine Holleder

Landrätetreffen in Cham:

Niederbayern und Oberpfalz im Dialog

Um sich über die aktuelle Lage in der Wirtschaft und im Handwerk auszutauschen, trafen sich die Landräte aus Niederbayern und der Oberpfalz auf einer gemeinsamen Tagung im Schulzentrum Cham mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Fürstentfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin, legte die zentrale Botschaft des Verbandes dar: „70 Prozent der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes, insgesamt 70 Milliarden Euro, müssen in die kommunale Infrastruktur fließen. Wir brauchen diese Mittel, um den massiven Aufholbedarf bei der kommunalen Infrastruktur anzugehen und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. 70 Prozent der Infrastruktur wird von den Kommunen gestemmt, also muss auch 70 Prozent des Geldes hier ankommen. Wir vertrauen auf die Zusage des Bayerischen Ministerpräsidenten, dass die Kommunen einen überwiegenden Anteil erhalten.“

Schuldenanstieg

Karmasin verwies auf den alarmierenden Anstieg der kommunalen Schulden: von 2,5 Mrd. Euro im Jahr 2023 auf 5,4 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. Zudem hätten die Ausgaben für soziale Leistungen seit 2019 um 38 Prozent zugenommen. Von Bund und Freistaat Bayern erwartet er den Abbau gesetzlicher Aufgaben zur Entlastung der kommunalen Ausgaben sowie die Einführung eines Kommunalentlastungspakets mit einer Erhöhung des Umsatzsteueranteils. Eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung sei entscheidend für die Handlungsfähigkeit der Kommunen, so Karmasin. „Bisher wurde aus Berlin noch nichts dazu gehört, wie man die Kosten und Ausgaben dauerhaft senkt.“

Die Herausforderungen klingen im Handwerk, in der Industrie und im Handel sehr ähnlich, fasste es Landrat Richard Reisinger (Amberg-Weizsach), Sprecher der Oberpfälzer Landräte,

ale Arbeit und Ehrenamt: es geht voran“, Tennisclub Puchheim („Tennis trotz‘t‘ Handicap“), sowie Zukunft trotz Handicap e. V. mit dem Projekt „Kleiner Kitabrief“ und „Kleiner Wirtbrief“.

„Herz dieser Initiativen sind engagierte Menschen, die andere ermutigen, an sich und ihre Fähigkeiten zu glauben, ihre Möglichkeiten auszuloten, ihre Potenziale zu erkennen, sich einzubringen und über sich hinauszuwachsen. Viele wünschen es sich; sie machen es möglich: Gemeinschaft, voneinander lernen, aneinander wachsen, miteinander gestalten – und das auf Augenhöhe. So gelingt Inklusion“, fand Bezirkspräsident Thomas Schwarzenberger wertschätzende Worte für die Ausgezeichneten. **DK**

zusammen: überbordende Bürokratie, hohe Energiekosten und Fachkräftemangel. Für letzteres müssten die Korridore weit offengelassen werden, um Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, erklärte Reisinger, ein unkontrollierter Zuzug von Flüchtlingen wie in den vergangenen Jahren sei hingegen nicht mehr zu stemmen gewesen. „Landkreise, Städte und Kommunen waren absolut am Limit.“

Flüchtlingspolitik

Stand jetzt seien die Zahlen der Flüchtlinge tendenziell rückläufig. Der Sprecher der niederbayerischen Landräte, Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), macht hierfür die politischen Entscheidungen der neuen Bundesregierung mitverantwortlich. „Es sind Signale, die der Landkreistag immer gefordert hat, nun geht es in die richtige Richtung. Wir haben eine ausgesprochene Willkommenskultur, aber müssen die Zuwanderung künftig weiterhin deutlich differenzierter betrachten.“ Den Austausch mit den Vertretern der Kammern bei der gemeinsamen Sitzung der Landräte aus Niederbayern und der Oberpfalz wertete Gruber als äußerst positiv und gewinnbringend für alle Seiten. Es gelte gerade jetzt, die regionale Wirtschaft weiterhin auf Kurs zu halten, damit die Entwicklung am Land mit den Metropolregionen Schritt halten könne.

Franz Löffler, Chamer Landrat und Bezirkstagspräsident der Oberpfalz, hob die Bedeutung einer gut laufenden Wirtschaft als Motor für steigende Steuereinnahmen hervor: „Eine wirksame Belebung der Konjunktur ist die Grundlage, um wieder mehr Gestaltungsspielräume in den kommunalen Haushalten zu ermöglichen.“ Seine Forderung: Das Sondervermögen müsse die Wirtschaft ankurbeln und dürfe nicht Konsumausgaben decken. „Das Geld muss strategisch klug und effizient eingesetzt und für zukunftsfähige Themen auf die Straße gebracht werden.“

Nachbesserungsbedarf

Die Vertreter der Wirtschaft sehen vor allem beim Bürokratieabbau Nachbesserungsbedarf. Aber auch die Kosten für Strom und Gas spielen für Unternehmen eine entscheidende Rolle, um langfristig kalkulieren zu können und eine Planungssicherheit zu haben. Forderungen der Kammern an die Politik in Berlin sind auch, die Zuwanderung von Arbeitskräften zu erleichtern, die Potenzen von geflüchteten Menschen

besser zu nutzen und Arbeitszeiten flexibler zu gestalten. Mit der Unterstützung der Landräte aus Niederbayern und der Oberpfalz können sie rechnen.

Maßnahmen der Bundesregierung spürbar

Über die Herausforderungen und Fortschritte unter anderem im Bereich Energie oder beim Operationsplan Deutschland in der Oberpfalz und Niederbayern informierten die Regierungspräsidenten Walter Jonas und Rainer Haselbeck. Im Bereich Asyl seien Maßnahmen der neuen Bundesregierung wie die Begrenzung des Familiennachzugs und der Grenzkontrollen spürbar. Allerdings sei man von einem Abbau der Plätze noch weit entfernt, hieß es. **DK**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Niederbayern und Oberpfalz:

Neue INTERREG-Projekte bewilligt

Der Begleitausschuss des bayerisch-tschechischen INTERREG-Programms hat 14 neue grenzüberschreitende Projekte aus Niederbayern und der Oberpfalz mit einem Gesamtvolumen von rund 13 Millionen Euro beschlossen. Gefördert werden die Vorhaben aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

In einem niederbayerischen Projekt analysiert die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft gemeinsam mit den Nationalparkverwaltungen Šumava und Bayerischer Wald die Auswirkungen zunehmender Freizeitaktivitäten auf Wildtierpopulationen. Mit Hilfe flächen-deckender Karten werden Störfaktoren identifiziert, um darauf aufbauend digitale Maßnahmen zur Besucherlenkung und Sensibilisierung zu entwickeln.

In einem weiteren Projekt arbeiten die Stabstelle Kreisentwicklung Regen, Tourismusvereine aus Pošumavi und Úhlava sowie die ARBERLAND REGio GmbH zusammen an einer gemeinsamen touristischen Vermarktung der Grenzregion. Mit einer interaktiven Freizeitkarte und einem digitalen Stempelpass sollen weniger bekannte Ausflugsziele gefördert und überlaufene Hotsports entlastet werden.

Ein Projekt aus der Oberpfalz widmet sich der frühzeitigen Erkennung und Überwachung von Waldbränden im Grenzgebiet: Die Hochschule Ansbach, die IT-Verwaltung der Stadt Pilsen sowie die Technologieunternehmen NeuralDrones und K164 UG entwickeln gemeinsam ein innovatives System zur Brandfrüherkennung. Dabei kommen automatisierte Drohnenflüge, Infrarot- und Wärmebildsensorik sowie Künstliche Intelligenz zum Einsatz, um Feuer rasch zu lokalisieren und ihre Ausbreitung in Echtzeit zu analysieren.

In einem weiteren Projekt fördert das Centrum Bavaria Bohemia und die Organisation Post Bellum mit ihrem gemeinsamen Projekt grenzüberschreitende Bildungsangebote zu den Themen Nachhaltigkeit und europäische Geschichte. Im Zentrum stehen Schulbegegnungen entlang des Grünen Bandes Bayern

– Tschechien, einem ökologisch wertvollen Biotopkorridor auf dem früheren Verlauf des Eisernen Vorhangs. Ziel ist es, neben der fachlichen Bildung auch das gegenseitige Verständnis junger Menschen aus beiden Ländern zu stärken.

8,9 Mrd. Euro Förderung

Insgesamt stellt die Europäische Union in der Förderperiode von 2021 bis 2027 rund 8,9 Milliarden Euro für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit zur Verfügung. Für das INTERREG-Programm Bayern – Tschechien sind davon 99 Millionen Euro EFRE-Fördermittel vorgesehen.

Laut Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ist das bayerisch-tschechische INTERREG-Programm „ein starker Motor für nachhaltige Entwicklung, innovativen Katastrophenschutz und grenzüberschreitende Bildungsinitiativen. Es trägt entscheidend zur aktiven Zukunftsgestaltung unserer Grenzregion bei.“

Für die Förderperiode 2021 bis 2027 werden weitere neue Projekte und Initiativen aus den Regionen Karlovarský kraj (Bezirk Karlsbad), Plzeňský kraj (Bezirk Pilsen), Jihočeský kraj (Bezirk Südböhmen), Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken gesucht. Nähere Informationen sind unter www.by-cz.eu eingestellt. **DK**

Corona-Pandemie sowie der Einmarsch Russlands in die Ukraine, die eine empathische und agile Rathauspitze erforderte. Aber auch die engere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis, die Städtepartnerschaften und -freundschaft mit Lviv, Lutsch und Siracusa und die eindrucksvolle Konversion des Stadtteils Hubland mit Ankauf und Entwicklung.

Außergewöhnliches Gespür

Verbindlichkeit und Zueinander und ein klares Bekenntnis zu Humanität würden den scheidenden Oberbürgermeister auszeichnen, für Martin Heilig ist Christian Schuchardt daher ein Vorbild.

Demokratie vor Ort

Schuchardt dankte Martin Heilig, obwohl er einfühlend einräumte – „geehrt zu werden, ist nicht so ganz meins.“ Er habe in seiner Amtszeit festgestellt, dass „für Menschen da zu sein, erfüllend ist“. Er wolle auch als Geschäftsführer des Deutschen Städtetags etwas für die Allgemeinheit tun. Den Mitgliedern des Stadtrats dankte er für die gute Zusammenarbeit und betonte: „Wir machen Demokratie vor Ort. Um unser Land ist mir nicht bange, wenn Demokratie auf kommunaler Ebene funktioniert. Eine gute Streitkultur macht Demokratie aus.“ Seinem Nachfolger Martin Heilig wünschte Schuchardt Glück, Kraft und Fortune. **□**

tur Deutschlands zu schützen“. Mit dem Kurswechsel durch die neue Bundesregierung müsse ein „Mentalitätswechsel“ einhergehen.

Kaum Veränderung

Vor seiner Wiederwahl hatte Manfred Hopfengärtner über die vielfältigen Kontakte, aufgrund seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Europäischen Senioren-Union, mit führenden Politikern in Bayern und Deutschland, wie auch in Europa berichtet. Bayernweit hätten die CSU-Senioren mehr als 12.000 Mitglieder, in Mittelfranken seien es aktuell 512. Die von CSU-Bezirksgeschäftsführerin Beate Nijkamp geleiteten Neuwahlen brachten auch bei den stellvertretenden Vorsitzenden kaum Veränderungen: Im Amt bleiben Christian Nowak, Walter Reiß und Wolfgang

GZ PINOS WELT

Können Sie die Geschichten von der zerbrochenen Romance (ich kannte den Begriff auch noch nicht, er bedeutet wohl soviel wie eine sehr enge und intensive Freundschaft zwischen zwei Männern, die in ihrem Verhalten nicht anders ist, als eine romantische Beziehung) von Donald Trump und Elon Musk auch nicht mehr hören? Da bewerben sich einer der politisch mächtigsten und einer der wirtschaftlich mächtigsten Männer des Erdballs gegenseitig mit Dreck, das wären es zwei Pubertäre, die vor lauter Testosteron nicht mehr geradeaus denken können.

Andere haben den Streit ja schon mit dem eines Vier- und eines Fünfjährigen mit verminderter Impulskontrolle verglichen. Mich überzeugt das nicht, denn in jedem Streit zwischen Unter-Zwölfjährigen schreit immer einer bei einem besonders fiesem Move des anderen „Das gilt nicht, das ist gegen die Regeln!“. Trump und



In einem weiteren Sinne ist der Affentanz der beiden Alpha-Männchen aber auch symptomatisch für die heutige Zeit. Es fehlt in der Ratgeberliteratur vielleicht noch der Titel „Trennen ohne Drama“. Damit meine ich keinen klassischen Beziehungsratgeber, der Backfischen erklärt, dass man seinen Lover nicht per WhatsApp und schon gar nicht via Insta

abservieren soll. Oder Paaren fortgeschrittenen Alters, dass der Trennungsschmerz nicht kleiner wird, wenn man das Auto des Ex-Partners (m/w/d) zerkratzt.

Ich beobachte, dass viele auch wieder lernen müssen, bei Trennungen im beruflichen Kontext – seien es Kündigungen, seien es Versetzungen – professionell miteinander umzugehen. Gut, dass kurz vor oder kurz nach einem Rausschmiss die Stimmung zwischen dem, der gekündigt wurde und dem, der gekündigt hat nicht die allerbeste ist, versteht sich von selbst. Getratsche in der Kaffeeküche, lästern beim After-Work-Treff oder eine frostige Atmosphäre beim Übergabegespräch – geschenkt; gehört dazu.

Derzeit scheint es aber Mode zu werden, seinem Frust über die Arbeit, das Leben, die Ungerechtigkeit und vor allem die Unfähigkeit der Umgebung das in einem innewohnenden Genie zu erkennen und zu würdigen, ungehemmt freien Lauf zu lassen. Man bekommt fast den Eindruck, die bei jeder Textproduktion sinnvolle Kontrollfrage „Kann man das so sagen?“ sei vollständig in Vergessenheit geraten.

Dabei sind Sätze wie „Der Soundso leitet das größte Pfeifenteam der Branche“ ja nicht nur für den Ex-Arbeitgeber, sondern auch für die früheren Kolleginnen und Kollegen nicht gerade schmeichelhaft. Und für weitere Verwendungen empfiehlt man sich damit auch nicht.

Diese Alles-muss-raus-Mentalität, die heute viele haben und die sie ihre Gefühle, Frustrationen und Enttäuschungen in den Äther der sozialen Medien schleudern lässt, steht im Gegensatz zur alten Weisheit, wonach das Leben nur nach vorne gelebt werden kann. Gelassenheit wäre in vielen Fällen angezeigt. Oder um es mit Oscar Wilde zu sagen: „Nichts ist so aufreizend wie Gelassenheit.“

Ihr Pino

Bad Göging: 20 Jahre UNESCO-Welterbe

Römisches Erbe wird lebendig

Wo einst römische Legionäre ihre Wunden im Schwefelwasser heilten – entspannen heute Gesundheit suchende Gäste in warmen Quellen: Bad Göging in Niederbayern verbindet Geschichte und Gesundheit auf ganz besondere Weise – und feiert 2025 ein stolzes Jubiläum. Seit 20 Jahren gehört der Obergermanisch-Raetische Limes zum UNESCO-Welterbe. Der berühmte römische Grenzwall verläuft direkt durch die Region – und macht die Vergangenheit erlebbar wie kaum anderswo.

Schon vor 2.000 Jahren wussten die Römer um die wohltuende Kraft des Wassers von Bad Göging. In aufwendig gestalteten Thermen fanden sie nicht nur Linderung für Körper und Geist, sondern auch einen Ort des Austauschs, der Begegnung, der Kul-

tur. Ihre Spuren sind bis heute sichtbar – etwa im Römischen Museum für Kur- und Badewesen, das eindrucksvoll zeigt, wie eng Heilkunst und Lebenskunst einst miteinander verbunden waren. Und auch in der heutigen Limes-Therme entfaltet das Schwefel-

wasser nach wie vor seine beruhigende, heilende Wirkung – wie ein Echo aus einer anderen Zeit.

Ein zentraler Schauplatz des Jubiläumsjahres ist das Kastell Abusina in Eining – eine der besterhaltenen Römeranlagen in Bayern. Am 18. Mai, dem Internationalen Museumstag, konnten Besucher bei kostenlosen Führungen auf Zeitreise gehen. Am UNESCO-Welterbetag am 1. Juni folgten weitere Aktionen rund um das Leben im Römischen Reich. Und am Tag des offenen Denkmals, dem 14. September, wird das Kastell zur Freiluftbühne: Ein Picknick-Konzert unter freiem Himmel bringt Musik, Geschichte und Gemeinschaft zusammen – inmitten historischer Mauern. **□**



Bürgermeister Martin Heilig (r.) dankt seinem Vorgänger im Amt, dem noch amtierenden Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Heilig tritt zum 1. Juli die Nachfolge von Schuchardt an. Bild: Georg Wagenbrenner

Hopfengärtner bleibt Bezirksvorsitzender der CSU-Senioren:

„Raus aus der Spirale der Radikalisierung“

Sugenheim/Mittelfranken. Der Erlanger Manfred Hopfengärtner wurde anlässlich der Bezirksversammlung der Senioren-Union der CSU (SEN) ohne Gegenstimmen in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt. Bei der Tagung in Sugenheim im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim stand neben den Neuwahlen ein Vortrag von Professor Dr. Alfred Seiferlein zum Thema „politische Verantwortung“ im Mittelpunkt.

Der habilitierte Theologe forderte die CSU-Senioren dazu auf, dazu beizutragen, dass „die Spirale der politischen Radikalisierung ein Ende findet“. Gerade die ältere Generation, „die mit den Begriffen Rechtsstaatlichkeit und Toleranz noch etwas anzufangen weiß“, müsse das Gespräch auch mit jungen Menschen suchen und mit ihrer vielfältigen Erfahrung entsprechende Überzeugungsarbeit leisten.

Inkonstantes Regieren in Kombination mit weltweiten Krisen

hätte zu weit verbreiteter Unzufriedenheit geführt „und letztlich auch die politischen Ränder gestärkt“. Verloren gegangenes Vertrauen müsse wieder zurückgewonnen werden, unter anderem durch „Problemlösung und politischer Führung“, wobei Entscheidungen besser erklärt werden müssten. Seiferlein: „Es geht unter anderem darum, die unregelmäßige Migration zu beenden, die Wirtschaft zu stärken und angesichts zunehmender Gefährdung die kritische Infrastruk-



V.l.: Walter Reiß, Rudolf Christian Bangert, Manfred Hopfengärtner, Prof. Dr. Alfred Seiferlein und Christian Nowak, vorne CSU-Bezirksgeschäftsführerin Beate Nijkamp und Brigitte Kraml-Hopfengärtner. Bild: pmw

Schrepfer, neuer Stellvertreter wurde Prof. Dr. Alfred Seiferlein. Schatzmeisterin bleibt Brigitte Kraml-Hopfengärtner und die Schriftführung obliegt auch künftig Rudolf Christian Bangert. Gewählt wurden ferner sieben weitere Vorstandsmitglieder und die Kassenprüfer. „Bei den Wahlen

wurde alle Regionen Mittelfrankens berücksichtigt“, so Hopfengärtner, der die CSU-Senioren darum bat, „gerade in Zeiten weltweiter Krisen durch verstärkte Kontakte mit den Menschen für die Demokratie und gegen radikales Gedankengut von links und rechts“ einzutreten. Die Anliegen

der älteren Generation seien bei der SEN gut aufgehoben. „Der älteren Generation einen Ansprechpartner und Anwalt zu geben, ist heute wichtiger denn je, und dafür steht die Senioren-Union nicht nur innerhalb der CSU, sondern in der Gesellschaft insgesamt.“ **pmw**

Taufkirchen, Landkreis München:

Erster Bevölkerungsschutztag im Landkreis

Schutz und Vorsorge im Krisenfall

Bei strahlendem Sonnenschein und mit großem Besucherandrang fand in Taufkirchen der erste Bevölkerungsschutztag für den Landkreis München statt. Die Bürgerinnen und Bürger konnten sich über die vielfältigen Facetten des Zivil- und Katastrophenschutzes im Landkreis informieren – praxisnah, anschaulich und zum Mitmachen.

Unter dem Motto „Sehen, Erleben und Mitmachen“ präsentierten sich rund 20 Organisationen, darunter Feuerwehren, Rettungsdienste, Bundes- und Landespolizei, Bundeswehr, das Technische Hilfswerk und auch das Landratsamt München als Untere Katastrophenschutzbehörde.

Von Gefahrstoffanalyse bis Wiederbelebung

Die Anwesenden konnten auch selbst ihre Fähigkeiten und ihr Wissen rund um Gefahrenprävention und -abwehr sowie Erste Hilfe testen, etwa beim Feuerlöschtraining der Feuerwehr

Oberhaching oder bei Wiederbelebungsmaßnahmen an Übungspuppen unter fachkundiger Anleitung der beteiligten Rettungsorganisationen. Aber auch diejenigen, die lieber zusehen und sich informieren wollten, kamen auf ihre Kosten, etwa bei der Live-Demonstration eines Löschroboters durch die Feuerwehr Hohenbrunn oder einer Vorführung des Roboterhundes „Aleks“ des ABC-Zugs München-Land, der unter anderem bei der Analyse von Gefahrstoffen ein wertvoller Helfer ist. Die Besucher erhielten zudem Informationen zum praktischen Umgang mit Not- und Krisensituationen, z.B. wie

man auch ohne Strom nahrhafte Mahlzeiten zubereitet, rechtzeitig für Krisenzeiten vorsorgt oder dass Katastrophenschutz-Leuchttürme in den Gemeinden im Krisenfall eine zentrale Anlaufstelle für Schutz und Hilfe bieten.

Bayerisches Nationalmuseum:

Das Physikalische Kabinett der Universität Würzburg

Das Bayerische Nationalmuseum stellt in der Studioausstellung „Wissensdurst und Aufklärung. Das Physikalische Kabinett der Universität Würzburg“ (bis 11. Januar 2026) etwa 50 faszinierende Objekte aus dem Physikalischen Kabinett der Universität Würzburg in den Fokus. Wie prägte die Epoche der Aufklärung die Naturwissenschaften? Welche neuartigen Erfindungen gab es?

Die ausgestellten Instrumente aus den Bereichen Mechanik, Hydraulik, Optik, Magnetismus und Elektrizität laden zum Staunen ein. Manche erklären ihre Funktion auf den ersten Blick, bei anderen ist Fantasie und Vorstellungskraft gefragt.

Viel zu entdecken

So erklärt zum Beispiel ein Modell die Funktionsweise einer Ramme, die Bedeutung eines Periskops wird erläutert oder auch das menschliche Auge wird in einem Modell dargestellt. Welche verschiedenen Modelle der Sonnenuhr gab es? Wozu wurden die Leidener Flaschen entwickelt? Und was sollen zwei hölzerne Vögel erklären?

Ergänzend standen Berufs- und Karriereberatungen bei den teilnehmenden Sicherheitsbehörden auf dem Programm. Aufgrund des großen Erfolgs wird bereits über eine Wiederholung des Formats nachgedacht.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt als Sonderdruck die Dokumentation des 16. Bayerischen EnergieForums „Treffpunkt der kommunalen Energiezukunft“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



V.l.: Dr. Raphael Beuing, Kurator, und Dr. Frank Matthias Kammel, Generaldirektor. Foto: Bayerisches Nationalmuseum, Studioausstellung

Bild: Bayerisches Nationalmuseum, Studioausstellung

liegt, entwickelten unter der Betreuung ihres Physiklehrers eigene Zugänge zu ausgewählten Stücken und erläutern deren Funktion in unterhaltsamen Videos. Diese Filme sind in der Ausstellung zu sehen. Zur Ausstellung erscheint eine Publikation: Wissensdurst und Aufklärung. Das Physikalische Kabinett der Universität Würzburg. Es finden regelmäßige Führungen in der Ausstellung mit dem Kurator der Ausstellung Dr. Raphael Beuing statt. Die Termine können dem jeweils aktuellen Dreimonatsprogramm sowie der Website entnommen werden.

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSICHERUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 • www.fahnen-kossinger.de

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG G UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:



0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten
schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH
www.kubus-mv.de

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektiven Winterdienst

BUCHER
municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilen und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

Nachrüstbar im laufenden Betrieb

Montage vor Ort durch modulare Bauweise

Keim- und schadstoffübertragungsfrei

Werkseigener Kundendienst

Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

SEW®

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



v.l.: Constanze von Hassel, Dr. Birgit Kreß, Friedrich Kolb und Theresa von Hassel

16. BAYERISCHES ENERGIEFORUM IN GUNZENHAUSEN

Treffpunkt der kommunalen Energiezukunft

Innovative Lösungen in den Bereichen Energieerzeugung, Energiespeicherung und Klimaschutz standen im Mittelpunkt des 16. Bayerischen EnergieForums, einer gemeinsamen Veranstaltung von Bayerischer GemeindeZeitung und Bayerischem Gemeindetag in der Stadthalle Gunzenhausen. Vor knapp 350 Teilnehmern gab GZ-Verlegerin Constanze von Hassel einen kurzen Überblick über das „praxisnahe Programm mit echten Beispielen, frischen Perspektiven, mutigen Projekten, neuen Ideen und einem Schuss Innovationsfreude“.

Ganz oben auf der Agenda stand auch heuer wieder das Thema Wärmeplanung mit klarem Fokus auf die Umsetzung und regionale Wertschöpfung. Neu mit dabei: die enPORTAL GmbH, Kooperationspartner der Kommunal GmbH des Bayerischen Gemeindetags, die vor Ort frische Ideen lieferte. Das Bayerische Wirtschaftsministerium informierte über die brandaktuelle Rechtsverordnung zur Wärmeplanung, und der Genossenschaftsverband Bayern, der erstmals als Premiumpartner mit mehreren Vorträgen dabei war, zeigte auf, wie vielseitig und erfolgreich bayerische Energiegenossenschaften bereits sind.

45 Partner und Aussteller sowie weit über 40 Referentinnen und Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

Wie Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach und Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, in ihrem Grußwort darlegte, könnten Energiegenossenschaften und Bürgermodelle gute Ansätze bieten, damit dem Thema Energiewende mehr Akzeptanz zuteil wird. Hierzu schaffe das Bayerische Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz gute Voraussetzungen – „einerseits für die aktive Mitwirkung auf kommunale Entscheidungsprozesse und andererseits zur Stärkung der demokratischen Teilhabe auf kommunaler Ebene“. Die kommunale Wärmeplanung werde, so die Zielsetzungen der möglichen neuen Bundesregierung, nicht nur fortbestehen, sondern sogar eine weitere Aufwertung erfahren, „so dass wir hier unsere Bestrebungen fortsetzen dürfen und müssen“, erläuterte Kreß.

Laut Gunzenhausens Zweitem Bürgermeister Friedrich Kolb wurde vor drei Jahren für die Stadt ein Energieleitplan erstellt.

Damit habe Gunzenhausen nicht nur die Festlegung möglicher Bauflächen in der Hand, sondern verfüge über einen Fahrplan zum Ausbau der Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet. Dabei werde ausdrücklich Wert auf regionale Wertschöpfung, Bürgerbeteiligung und Rücksicht auf Mensch und Natur, Landschaft, Landwirtschaft und Klimaschutz gelegt. Landkreisweit stehe nun das Energieleitkonzept vor dem Abschluss.

Kolb zufolge ist noch viel Luft nach oben, wenn es darum gehe, Energieprojekte vor Ort mitzutragen. Um die Geisteshaltung „Not in my backyard“, kurz Nimby, zu überwinden, bedürfe es noch einiger Anstrengungen. Ein Schlüssel liege in der frühzeitigen Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungs- und Planungsprozesse. Zudem plädierte der Vize-Bürgermeister für „Mut in der Umsetzung“, d.h. dem Festhalten an einer guten Idee auch bei Gegenwind. Schließlich werde man nicht jeden Einzelnen überzeugen können. Dies sei die Erfahrung eines jeden Kommunalpolitikers, machte Kolb deutlich. DK

TV-BERICHTE



Über die Veranstaltung gibt es einen Fernsehbeitrag von TV Bayern live:
WWW.TVBAYERNLIVE.DE

DOKUMENTATION



Freigegebene Vorträge finden Sie unter
WWW.BAYERISCHES-ENERGIEFORUM.DE
Das Passwort hierfür erhalten Sie per Mail an
VERANSTALTUNGEN@GEMEINDEZEITUNG.DE



DIREKTOR STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Aktuelles aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags

ENERGIEPOLITIK ZWISCHEN AKZEPTANZ UND BÜROKRATIE:
DER BAYERISCHE GEMEINDETAG WARNT VOR FEHLSTEUERUNGEN

Direktor Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag nutzte seinen Vortrag beim Bayerischen EnergieForum in Gunzenhausen, um aktuelle Entwicklungen der Energiepolitik aus kommunaler Sicht kritisch zu beleuchten. Dabei spannte er den Bogen von bundespolitischen Koalitionsverhandlungen bis zu praktischen Fragen der Wärmeplanung, Einspeiseleitungen und kommunaler Beteiligungsmodelle an der Energiewende.

Beteiligung ja – aber bitte praktikabel

Ein zentrales Thema war das geplante bayerische Gesetz zur verpflichtenden finanziellen Beteiligung von Kommunen und Bürgern an Wind- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Der Bayerische Gemeindetag unterstützt das Grundanliegen, bemängelt jedoch die geplante Umsetzung: Sie sei überbürokratisiert, kommunalunfreundlich und praktisch kaum vollziehbar. Gemeinden sollen etwa Angebote zur Bürgerbeteiligung bewerten und koordinieren – eine Aufgabe, die Graf als „Sprengsatz für Gemeinderäte“ bezeichnet. Problematisch sei auch die vorgesehene Zweckbindung: Während § 6 EEG eine freie Mittelverwendung erlaubt, will Bayern künftig vorschreiben, wie Einnahmen zur Akzeptanzsteigerung eingesetzt werden müssen – etwa zur Senkung von Energiekosten oder kommunalen Gebühren. „Das signalisiert Misstrauen gegenüber den Kommunen“, so Graf.

Vorsicht bei verpflichtenden Bescheiden

Sollten Gemeinden mit Betreibern keine Einigung erzielen, droht eine „Ausgleichsabgabe“ in Höhe von 0,3 Cent/kWh per Verwaltungsakt. Dies führe zu rechtlichem und verwaltungstechnischem Aufwand bei den Gemeinden, da diese die Bescheide erlassen müssen. Graf forderte, sich auf die Durchsetzung der bislang freiwilligen Vereinbarungen gemäß § 6 EEG zu fokussieren – es müsse aber sichergestellt sein, dass für einen Großteil der Strommengen eine Refinanzierung über den Netzbetreiber erfolgen kann.

Einspeiseleitungen:

Neue Duldungspflichten, begrenzte Entschädigung

Mit Blick auf die neuen Duldungspflichten nach § 11a EEG warnte Graf, diese Vorschrift nicht zu ignorieren. Kommunen sind künftig verpflichtet, Einspeiseleitungen über ihre Grundstücke zu dulden – soweit es sich nicht um gewidmete Straßen handelt, sogar ohne Gestattungsvertrag. Die einmalige Entschädigung beträgt lediglich fünf Prozent des Verkehrswerts der in Anspruch genommenen Fläche. Gerade bei gemeindlichen Stra-

ßen drohten dadurch langfristige Belastungen ohne angemessenen Ausgleich. Der Gemeindetag stellt dafür Musterverträge bereit und rät von abweichenden Regelungen dringend ab.

Wärmeplanung: Bayern auf gutem Weg

Positiv äußerte sich Graf zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung in Bayern. Das Bayerische Wirtschaftsministerium habe – im Gegensatz zu manch anderem Bundesland – eine differenzierte Lösung für städtische wie ländliche Kommunen entwickelt. Neben einem praktikablen Kostenerstattungsmodell auf Basis des Konnexitätsprinzips setzt Bayern auf umfassende Unterstützungsangebote: von Kurzgutachten und Leitfäden bis hin zu zentraler Datenbereitstellung und kostenlosen Schulungen. Dies ermögliche auch kleinen Gemeinden, ihre Planungsverantwortung wahrzunehmen.

Lösungsfindung auf Augenhöhe

Stefan Graf appellierte an Staatsregierung und Gesetzgeber, die kommunale Praxis nicht aus den Augen zu verlieren. Damit Energiepolitik vor Ort umsetzbar und akzeptabel sei, brauche es Lösungsfindungen, die über gegenseitiges Zuhören und Verstehen zustande kommen. Der Bayerische Gemeindetag stehe bereit, konstruktiv mitzuwirken, verlange aber eine Einbindung auf Augenhöhe. CH

WWW.BAY-GEMEINDETAG.DE





Robin Reusch, Dr. Maximiliane Schmiedmayer

DR. MAXIMILIANE SCHMIEDMAYER & ROBIN REUSCH
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

Aktuelles zur kommunalen Wärmeplanung: Rechtsverordnung – Kostenerstattung – Unterstützungsangebote

Anders als andere Länder verzichtet Bayern bei der Umsetzung des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (WPG) auf gesetzliche Regelungen, die über die Vorgaben und Berichtspflichten des Bundes hinausgehen. Bayerns Wärmeplanung setzt auf eine möglichst niederschwellige und bürokratieschonende Umsetzung, insbesondere für kleine Gemeinden. Die Möglichkeiten zur Vereinfachung werden – soweit sachdienlich – ausgeschöpft. Durch klare Verfahren, pauschalisierte Ausgleichszahlungen und praxisnahe Unterstützungsangebote entsteht ein solides Fundament für die kommunale Wärmeplanung.

Seit dem 1. Januar 2024 ist das WPG in Kraft. Bayern hat das WPG mit der Landesverordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften (AVeN) zum 2. Januar 2025 umgesetzt. Ziel ist eine strategische Wärmeplanung der Gemeinden zur Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme. Rechtlich verpflichtend wird die Ausweisung von Planungsgebieten erst durch kommunale Beschlüsse.

Die Wärmeplanung umfasst im wesentlichen folgende Schritte:

1. Beschluss / Entscheidung der Gemeinde über die Durchführung der Wärmeplanung
2. Eignungsprüfung
3. Bestandsanalyse (Ist-Wärmebedarfe, vorhandene Wärmeerzeugungsanlagen/ Energieinfrastruktur)
4. Potenzialanalyse (zu erneuerbaren Energien, unvermeidbarer Abwärme)
5. Zielszenario (langfristige Entwicklung der Wärmeversorgung)
6. Gebietseinteilung in voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete
7. Umsetzungsstrategie mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen.

Die Gemeinde ist verpflichtet, spätestens alle fünf Jahre ihren Wärmeplan zu überprüfen. Gemäß WPG sind Wärmepläne bis spätestens 30. Juni 2026 für Gemeindegebiete mit mehr als 100.000 Einwohnern bzw. bis spätestens 30. Juni 2028 für Gemeindegebiete mit maximal 100.000 Einwohner zu erstellen.

Da die bayerischen Gemeinden die weitestgehenden Kenntnisse über die Gegebenheiten vor Ort haben, wurden sie gemäß AVeN als die planungsverantwortlichen Stellen für die kommunale Wärmeplanung benannt. Das Landesamt für Maß und Gewicht (LMG) ist mit dem Vollzug des WPG beauftragt. Für Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern wurde der gesetzliche Spielraum für Erleichterungsmöglichkeiten ausge-

schöpft und ein vereinfachtes Verfahren eingeführt. Hierbei werden insbesondere die Datenerhebungs- und Berichtspflichten vereinfacht sowie Prozesse standardisiert. Auch gemeinsame Wärmeplanungen im Konvoi sind möglich. Jede Gemeinde muss dabei jedoch ihren eigenen Wärmeplan beim LMG einreichen.

Konnexitätsprinzip: Pauschalisierte Kostenerstattung

Durch die Übertragung neuer Aufgaben entstehen den Gemeinden Kosten, die vom Freistaat auszugleichen sind (Konnexitätsprinzip). In Abstimmung mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag werden den Gemeinden rund 79 Mio. Euro bis 2028 für die Erstellung der kommunalen Wärmepläne einschließlich Verwaltungskosten erstattet.

Für Kommunen unter 10.000 EW gibt es eine differenzierte Staffelung der Kostenerstattung. Bestehende Wärmeplanungen (z. B. aus der sog. ZUG-Förderung des Bundes) können angerechnet werden. In solchen Fällen wird nur die Verwaltungskostenpauschale gewährt. Wird neu geplant, erfolgt die volle Ausgleichszahlung.

Weitere Informationen, bspw. zur Höhe der Verwaltungspauschale, finden Sie auf der Informationsplattform des StMWi unter dem Link: <https://short-link.me/-CJG> (weiter: „Häufig gestellte Fragen“).

Unterstützung & Schulung

Das StMWi hat für eine möglichst umfassende Unterstützung der Gemeinden weitere Angebote erarbeitet: u. a. die Förderung von Kurz-ENPs (<https://short-link.me/-CJF>) zur Identifikation von geeigneten Planungskonvois, Leitfäden und Musterleistungsverzeichnisse zum vereinfachten sowie verkürzten Verfahren, für jede Gemeinde ein Kurzgutachten über den Stand der Wärmeversorgung, Datenpaket als Planungsgrundlage und Schulungsveranstaltungen für kommunale Mitarbeiter (in jedem Regierungsbezirk; Anmeldung über BVS möglich, <https://short-link.me/-CK6>).

Mit einer beihilfefreien Finanzierungsförderung für Wärmenetzsysteme durch die LfA-Förderbank Bayern (Energiekredit Wärme; Darlehenshöchstbetrag aktuell 10 Mio. Euro je Vorhaben) in Kombination zur Bundesförderung (Bundesförderung für effiziente Wärmenetze, BEW) können bereits Umsetzungsschritte der Wärmeplanung in den Fokus genommen und unterstützt werden (Link hier: <https://short-link.me/-CJT>). CH



V.l.: Helmut Wiedemann, Christian Baumann, Andrea Bastian, Stefan Graf, Dr. Birgit Kreß und Thomas Thumann

WILFRIED RADEMAKER | ENPORTAL GMBH & STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Der digitale Wandel in der Energiebeschaffung

WIE DER BAYERISCHE GEMEINDETAG IHN MIT DER ENPORTAL GMBH GESTALTET

Die Kommunal-GmbH, ein Tochterunternehmen des Bayerischen Gemeindetags, hat den renommierten IT-Dienstleister enPORTAL damit beauftragt, die Energieausschreibungen für die bayerischen Kommunen für 2026 und Folgejahre durchzuführen. Ziel der Beauftragung ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, die dynamischen Entwicklungen im Energiemarkt optimal zu nutzen und die Ausschreibungen für Strom und Gas effizienter und nachhaltiger zu gestalten.

Wie Direktor Stefan Graf darlegte, sei nach über zehn Jahren der Dienstleistungsvertrag zur Strom- und Gasbündelausschreibung neu vergeben worden. Der bestehende Kooperationsvertrag wurde gekündigt, um bei dem von etwa 1.800 Kommunen genutzten Dienstleistungsangebot erneut Wettbewerb zu ermöglichen. Für den neuen Vertrag wurde ein europaweites Vergabeverfahren durchgeführt.



Wilfried Rademaker

Laut Wilfried Rademaker nutzt enPORTAL seine innovative digitale Energieplattform enPORTAL connect, die speziell auf die Bedürfnisse öffentlicher Auftraggeber zugeschnitten ist. Die Plattform ermöglicht eine umfassende Marktanalyse, digitale Ausschreibungsverfahren nach GWB, VgV, SektVO und UVgO sowie ein umfangreiches Energiedatenmanagement. So können bayerische Kommunen nicht nur Kosten sparen, sondern auch ihre Energieversorgung umweltfreundlicher und zukunftssicherer gestalten.

Die enPORTAL GmbH ist ein führender IT-Dienstleister für digitale Lösungen im Energiebereich. Das 2008 gegründete, inhabergeführte Unternehmen versteht sich als Pionier für digitale, standardisierte und effiziente Energieprozesse. Die Energieplattform enPORTAL connect zählt zu den führenden

Energieplattformen in Deutschland mit über 700 teilnehmenden Energieversorgern und einem jährlich betreuten Energievolumen von mehr als 25 Terawattstunden Strom und Gas.

Zu den Kunden zählen Unternehmen aus Industrie, Mittelstand und Gewerbe sowie öffentliche Auftraggeber und Sektorenauftraggeber. Die Kombination aus effizienter Energieplattform und persönlicher Kundenbetreuung umfasst

einen Service rund um Energiemarktplatz, Energieeinkauf, Energiedatenmanagement, Energiepreisprognosen, Energiestrategien und Energieexpertise. Die Datenplattform enPORTAL compete wertet Energiemarktdaten in Echtzeit aus und unterstützt Energieversorgungsunternehmen bei der Optimierung von Vertriebsprozessen.

„Die Herausforderungen des Energiemarktes erfordern innovative Ansätze und ein hohes Maß an Flexibilität“, erläuterte Graf. „Mit der Beauftragung von enPORTAL können unsere Mitgliedskommunen ab sofort modernste Technologien nutzen, um ihre Energieausschreibungen optimal zu planen und durchzuführen. Damit stellen wir sicher, dass sie nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch auf dem neuesten Stand agieren.“ [DK](#)

WWW.ENPORTAL.DE



ADVERTORIAL

BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT

Energie-Atlas Bayern: Daten, Tools und Tipps zur Energiewende

Der Energie-Atlas Bayern ist zentrale Anlaufstelle für Fragen zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien. Schnell, kompakt und fachlich fundiert gibt es hier unzählige Informationen und Daten. Das Angebot wird ständig weiterentwickelt – neu dabei sind Karten zum Biogas-Potenzial in Bayern und zu Grundwasser-Wärmepumpen.



Energie-Atlas Bayern auf dem Mobiltelefon

Energieträger Sonne: Potenziale nutzen Schritt für Schritt

Die Sonnen-Seiten¹ erstrahlen nach einer umfassenden Überarbeitung und Neustrukturierung in frischem Glanz. Schritt-für-Schritt-Anleitungen erleichtern die Planung und Umsetzung von Solarthermie und Photovoltaikanlagen auf Dach- oder Freiflächen. Bei der Suche nach einer geeigneten Fläche unterstützt die Solarflächenbörse². Sie enthält zur Pacht angebotene Dach- und Freiflächen – darunter auch die verfügbaren Flächen des Freistaats Bayern entlang von Bundes- und Staatsstraßen. Praktisch für die Flächenakquise ist die PV-Freiflächenkulisse³. Als bayernweite Übersichtskarte zeigt sie in einer groben Erstbewertung Potenzialflächen für die Planung und Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen. Damit die Umsetzung gelingt, bündelt die Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen⁴ die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

Biogas-Potenzial in Bayern: Daten nun auch als Karte verfügbar

Eine neue Karte⁵ zeigt die 2024 berechneten Zahlen zum Biogas-Potenzial. Dargestellt wird das technische Potenzial für Kommunen, Landkreise und Regierungsbezirke unter Berücksichtigung rechtlicher und ökologischer Einschränkungen.

Steckbrief Stromdaten: Der Überblick für jeden Ort in Bayern

Der Steckbrief zeigt auf nur einer Seite die wichtigsten Informationen zu Stromverbrauch und Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Einfach „Steckbrief Stromdaten“⁶ aufrufen, Ort in Bayern auswählen, Überblick herunterladen und die grafische Darstellung für die Kommunikation nutzen.

Kommunale Wärmeplanung: Unterstützung erhalten

In den kommenden Jahren stellt die Wärmeplanung eine der zentralen Herausforderungen für Kommunen dar. Die Seite „Kommunale Wärmeplanung“⁷ gibt nützliche Tipps und Informationen für die nächsten Schritte.

Oberflächennahe Geothermie:

Wichtiger Baustein für die Wärmeplanung

Zusätzlich zum bekannten Layer für Erdwärmesonden zeigt eine neue Karte⁸ bereits bestehende Anlagen, die mit Grundwasser-Wärmepumpen oberflächennahe Geothermie nutzen. Die Kenntnis über benachbarte Anlagen ermöglicht es, Synergien zu identifizieren und die gegenseitige Beeinflussung besser einzuschätzen.

Weitere Angebote des Energie-Atlas Bayern im Überblick



3D-Analyse virtuell und real

- Die 3D-Analyse Wind und PV⁹ visualisiert kostenfrei und realitätsnah, wie neue Windenergie- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Landschaft wirken würden.
- Die kürzlich optimierte Daten-Recherche¹⁰ präsentiert sich in frischem Design. Neben Neuerungen wie einer vereinfachten Gebietsauswahl bleiben bewährte Funktionen erhalten. Praktisch ist die Möglichkeit zum Daten-Download.
- Das interaktive Tool „Mischpult Energiemix Bayern vor Ort“¹¹ unterstützt bei der Energienutzungsplanung. Interessierte erfahren, wie groß der Anteil erneuerbarer Energien am aktuellen Stromverbrauch bzw. Wärmebedarf ist und welche Potenziale vorhanden sind. Neu ist ein eigener Regler für tiefe Geothermie.
- Die 2024 aktualisierte Gebietskulisse Windkraft¹² weist bayernweit Flächen aus, in denen die Nutzung von Windenergie unter Berücksichtigung von Umwelt- und anderen Aspekten voraussichtlich möglich ist. Genauer ergibt sich aus den Regionalplänen, die sich derzeit in der Fortschreibung befinden.
- Die Karte zur Wärmebedarfsdichte¹³ zeigt auf, wo hohe Wärmedichten vorliegen und wo gegebenenfalls zentrale Wärmeversorgungen eine geeignete Alternative zu dezentralen Heizsystemen darstellen.
- Der „Heizungsvergleich“¹⁴ erleichtert die Suche nach der passenden Heizung und berücksichtigt die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes.

Online-Sprechstunde

Das Team des Energie-Atlas Bayern beantwortet regelmäßig Fragen zu Karten, Daten und Funktionen. Die nächsten Termine¹⁵ sind: 30.07.2025 | 24.09.2025 | 26.11.2025.

WEITERFÜHRENDE LINKS

1. Themenseite Sonne	https://link2.bayern/rss2
2. Solarflächenbörse	https://link2.bayern/hnnj
3. PV-Freiflächenkulisse	https://link2.bayern/75dc
4. Themenplattform Planen Genehmigen	https://link2.bayern/v4oo
5. Biogas-Potenzial in Bayern	https://link2.bayern/qw5a
6. Steckbrief Stromdaten	https://link2.bayern/o1al
7. Kommunale Wärmeplanung	https://link2.bayern/jezk
8. Grundwasser-Wärmepumpen	https://v.bayern.de/3bhWQ
9. 3D-Analyse Wind und PV	https://link2.bayern/mtfn

10. Recherchefunktion	https://link2.bayern/0hk9
11. Mischpult	https://v.bayern.de/gLjFx
12. Gebietskulisse Windkraft	https://link2.bayern/c338
13. Wärmebedarfsdichte	https://v.bayern.de/FWNdL
14. Heizungsvergleich	https://link2.bayern/cgyu
15. Termine Sprechstunde	https://link2.bayern/2rdj

Der Energie-Atlas Bayern wird bereitgestellt vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) und Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) und finanziert vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi).

ADVERTORIAL

Ökologisch richtungsweisend



Landesagentur für
Energie und Klimaschutz



LENK

Die LENK unterstützt Kommunen bei der Kommunalen Wärmeplanung

Als Triebfeder der Energiewende sind die bayerischen Kommunen mit der Kommunalen Wärmeplanung beauftragt. Durch ihre lokalen Kenntnisse und ihre Vernetzung vor Ort sind sie die ideale strategische Planungseinheit für eine erfolgreiche Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung und tragen so zum Umstieg von einer überwiegend fossilen auf eine klimaneutrale Versorgung bei. Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) unterstützt die Kommunen im Planungsprozess.

Warum braucht es die Kommunale Wärmeplanung?

Die Wärmeversorgung in Deutschland macht mehr als 50 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs aus und ist deshalb neben der Stromerzeugung und dem Verkehrssektor für einen Großteil des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Durch die fossilen Energieträger Gas und Öl, die aktuell etwa 80 Prozent des Wärmeverbrauchs abdecken, besteht darüber hinaus eine starke Abhängigkeit vom Ausland bezüglich der Zulieferung und der Preisgestaltung. Die Kommunale Wärmeplanung soll vor diesem Hintergrund helfen, lokal den kosteneffizientesten und praktikabelsten Weg zu einer klimafreundlichen und langfristigen Wärmeversorgung zu finden.

Wieso sind die Kommunen planungsverantwortlich?

Um eine möglichst flächendeckende Umsetzung auf den Weg zu bringen, ist am 1. Januar 2024 auf Bundesebene das Wärmeplanungsgesetz in Kraft getreten. Es verpflichtet die Länder, sicherzustellen, dass eine Kommunale Wärmeplanung erstellt wird. Da die Kommunen die Gegebenheiten vor Ort – die vorhandenen Strukturen, den Bedarf, die Potenziale, aber auch die Akteure – am besten kennen, wurde die Verordnung zur „Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften“ (AVEn) um die bayerischen Spezifika zur kommunalen Wärmeplanung ergänzt, wodurch der Freistaat Bayern die Verantwortung zur Erstellung der Wärmepläne auf die Gemeinden übertragen hat. Dabei profitieren die Kommunen von einem Wärmeplan, da sie hierüber die Weichen für die eigene Wärmetransformation stellen, die sie von Brennstoffimporten unabhängiger macht. Gleichzeitig können Kommunen eigene Ressourcen zur

Wärmerzeugung nutzen, der Bevölkerung und den Betrieben vor Ort Planbarkeit bieten und insgesamt ein attraktiverer Standort werden.

Wo finden Kommunen Unterstützung?

Im Auftrag des Freistaats Bayern ist die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) erste Informationsanlaufstelle für die bayerischen Kommunen: Die LENK vermittelt Informationen, stellt Vorlagen zur Verfügung, veranstaltet Seminare, vernetzt die am Prozess beteiligten Akteure und verweist auf relevante Tools. Sämtliche dieser Materialien, Informationen und Veranstaltungshinweise werden den Kommunen nach Ausarbeitung sowie stets aktuell auf www.lenk.bayern zur Verfügung gestellt.

Weiterführende Infos

Informationsveranstaltung für Fragen aus den Kommunen – die LENK KOMMUNITY Sprechstunde:
www.lenk.bayern.de/themen/projekte/lenk_kommunity/index.html

Informations-Webseite der LENK für Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen – Zukunftskompass Wärme:
www.zukunftskompass-waerme.bayern/kommunalewaermeplanung

Webseite des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi):
www.stmwi.bayern.de/energie/energiewende/kommunale-waermeplanung-in-bayern/



Grafik: LENK

Investition in die Region. Feiern wir.



**Genossenschaften machen's besser.
Für dich, für uns, für morgen.**

Nachhaltigkeit gehört seit jeher zur DNA der Genossenschaften. Genossenschaften garantieren echte Bürgerbeteiligung und sind der ideale Partner für Kommunen bei Energieprojekten. Denn sie sorgen für Wertschöpfung vor Ort und legen Verantwortung in die Hände regionaler Akteure. Das steigert die Akzeptanz der Energiewende.

Wir machen den Weg frei.

geno
Internationales Jahr
der Genossenschaften
2025

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**





V.l.: Hilmar Ullrich und Frank Anetzberger (Gründungsberatung), Benjamin Arnold (Energieteam)



Sonderdruck

Bayerische Gemeindezeitung

13. Juni 2025

SONDERTEIL GENOSSENSCHAFTEN

LUDWIG HUBER | GENOSSENSCHAFTSVERBAND BAYERN E.V.

Genossenschaften: Ein Gewinn für alle – echte Bürgerbeteiligung und regionale Wertschöpfung



Ludwig Huber

Die Genossenschaftsidee erlebt in Bayern weiterhin eine beeindruckende Erfolgsgeschichte, so Ludwig Huber. Insgesamt 33 neu eingetragene Genossenschaften im Jahr 2024 belegten, dass das Modell nach wie vor attraktiv ist. Besonders im Bereich der Erneuerbaren Energien habe sich der Gründungsboom fortgesetzt: 23 der neu eingetragenen Genossenschaften dienen der gemeinschaftlichen Umsetzung von Wind-, Photovoltaik- und Wärmeprojekten. Die Gründungsberatung des GVB begleitete alle Neugründungen und unterstützt diese in Fragen der Organisation, Finanzierung und Governance.

Genossenschaften folgen einem einfachen Prinzip: Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele. Mehr als 1.200 Genossenschaften sind im Freistaat aktiv, mit steigender Tendenz. Besonders im ländlichen Raum tragen sie zur wirtschaftlichen Stabilität bei und ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern, aktiv an regionalen Entwicklungen teilzuhaben.

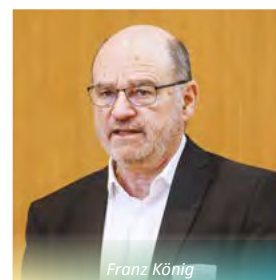
Genossenschaften seien demokratisch, solidarisch und gemeinwohlorientiert; sie gäben den Menschen vor Ort eine Stimme und Verantwortung, erklärte Huber. Die Geschäftsführung der neu gegründeten Genossenschaften liege in den Händen von 96 ehrenamtlichen Vorständen, die von 158 ebenfalls ehrenamtlichen Aufsichtsratsmitgliedern unterstützt und kontrolliert werden. Dieses ehrenamtliche Engagement unterstreiche die starke Identifikation der Mitglieder mit der jeweiligen Region. Gemeinsam ließen sich viele gesellschaftliche Herausforderungen besser meistern.

Ein besonders dynamisches Feld ist der Bereich der Energiegenossenschaften. In über 250 bayerischen Energiegenossenschaften produzieren Bürgerinnen und Bürger heute bereits selbst Strom – überwiegend aus Sonne, Wind oder Biomasse. Diese Projekte stärken nicht nur die regionale Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, sondern halten auch die Wertschöpfung vor Ort.

Die neuen Energiegenossenschaften investieren knapp 70 Millionen Euro und beantragten Fördermittel in Höhe von rund 18 Millionen Euro. Diese Projekte tragen dazu bei, Kapital, Arbeit und Rohstoffe nachhaltig in den Regionen einzusetzen und eine Energiewende in Bürgerhand umzusetzen. Im Vergleich zu großen Energiekonzernen arbeitet die Genossenschaft nicht nach dem Gewinnmaximierungs-, sondern nach dem Kostendeckungsprinzip und kann daher eine Wärmeversorgung kostengünstiger organisieren. Überschüsse kommen den Mitgliedern zugute.

Großen Nachbesserungsbedarf erfordert aus Sicht des GVB das Bayerische Beteiligungsgesetz (BAyWiVG). „Wir begrüßen das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, die Akzeptanz der Energiewende zu stärken, sehen jedoch noch einige große Schwächen. Aktuell wird die Bürgerbeteiligung durch Genossenschaften der Finanzierung durch Fremdkapital gleichgesetzt. Energiegenossenschaften sollten jedoch Goldstandard der Bürgerbeteiligung sein. Sie verbinden die regionale Verwurzelung und das fachliche Know-how. Zudem ist bisher entweder eine Bürgerbeteiligung oder eine Zahlung an die Kommune möglich. Die Förderung der Gemeinden und der Bürgerbeteiligung darf jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden“, unterstrich Huber und ergänzte: „Der GVB begleitet den Gesetzgebungsprozess seit Monaten. Ziel muss ein Bayerisches Beteiligungsgesetz sein, das seinen Namen auch verdient!“ DK

WWW.GV-BAYERN.DE



Franz König

FRANZ KÖNIG | ELEKTRIZITÄTSGENOSSENSCHAFT
WOLKERSDORF UND UMGEBUNG EG, GVB E.V.

Die Rolle genossenschaftlicher Verteilnetzbetreiber in der Energiewende

Die 1920 gegründete Elektrizitätsgenossenschaft Wolkersdorf betreibt heute in drei oberbayerischen Gemeinden ein Stromnetz mit einer Fläche von rund 21 Quadratkilometern. Neben ihrer Funktion als Verteilnetzbetreiber ist sie auch als Stromversorger, Elektroinstallateur, Anbieter von Photovoltaikanlagen sowie im Verkauf und Service von Elektrogeräten tätig. Seit Kurzem gehört auch der Betrieb eines Windparks zum Tätigkeitsfeld, wie Franz König informierte.

Die Netzspitzenlast liegt aktuell bei 3 MW, während bereits 10,5 MW aus 520 dezentralen Erzeugungsanlagen ins Netz eingespeist werden – Tendenz steigend. Für das Jahr 2025 ist eine zusätzliche Einspeisung von 5,5 MW beantragt.

Verteilnetzbetreiber sind das Bindeglied zwischen den Übertragungsnetzbetreibern und beinahe allen Energieverbrauchern. Ihre vorrangige Aufgabe ist die Verteilung der Energie von den Kraftwerken hin zu den Endverbrauchern. Verteilnetze nehmen auch die Energie, die in mittleren und kleineren Kraftwerken wie beispielsweise Windenergie, Biogasanlagen oder Photovoltaikanlagen erzeugt werden, auf und verteilen sie. „Diese Aufgabe ist insbesondere im Zuge des Ausbaus der erneuerbaren Energien immer wichtiger geworden“, stellte König fest.

Die politische Zielvorgabe, Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen, unterstreicht die Dringlichkeit dieser Entwicklung. Das bedeutet auch für kleinere Betreiber wie Wolkersdorf, dass der Netzausbau mit deutlich höherer Geschwindigkeit erfolgen muss, als es bisher der Fall war. König warnte allerdings davor, physikalische Grenzen dabei außer Acht zu lassen. Vermarktungsmodelle wie Strom-Clouds zur saisonalen Stromspeicherung suggerierten technologische Lösungen, die derzeit physikalisch nicht realisierbar sind. Die Netzausbauplanung müsse deshalb auf realistischen, physikalisch fundierten Daten beruhen.

Die Dynamik des Zubaus erneuerbarer Erzeugungsanlagen spiegelt sich bereits heute deutlich im Tagesgeschäft wider: Die Anzahl der Anträge für den Anschluss von PV-Anlagen hat sich von 2022 auf 2023 verdoppelt. Langfristig rechnet König

mit einer Verfünffachung der Einspeiseleistung bis 2040, insbesondere durch Wind- und Solaranlagen.

Die Herausforderungen sind vielschichtig: Langwierige Genehmigungsverfahren, Engpässe bei Finanzierung, Fachpersonal und Material sowie zunehmender Verwaltungsaufwand belasten kleine Betreiber besonders. Investitionen in den Netzausbau sind unausweichlich – bei gleichzeitig begrenzter Möglichkeit, diese in den Netzentgelten abzubilden.

Als Lösungsansätze forderte König unter anderem ein abgestimmtes bayerisches Energiekonzept. Dazu zählen:

1. Die räumliche Ausweisung von Energievorranggebieten in der Nähe bestehender oder geplanter Netzinfrastruktur.
2. Die Nutzung gemeinsamer Netzverknüpfungspunkte durch verschiedene Anlagenarten (PV, Wind, Speicher).
3. Die stärkere Verknüpfung der Sektoren – etwa durch Power-to-X-Anwendungen oder regionale Speicherlösungen.
4. Die Vereinfachung und Digitalisierung von Genehmigungsverfahren, bei denen es zwar bereits Fortschritte gibt, die aber noch lange nicht ausreichen.
5. Die Flexibilisierung des regulatorischen Rahmens, insbesondere zur Integration von Speichern und anderen netzdienlichen Technologien. DK



Max Riedl, Gründungsberatung, Genossenschaftsverband Bayern



Michael Vogel

MICHAEL VOGEL | JURENERGIE EG, GENOSSENSCHAFTSVERBAND BAYERN E.V.

Bürgerbeteiligung gestalten – Wie Kommunen und Genossenschaften gemeinsam mit Erneuerbaren Energien gewinnen können

Vor 15 Jahren entstand im Landkreis Neumarkt eine Idee, die heute als Erfolgsmodell der Energiewende gilt: Bürgerbeteiligung als Motor für Klimaschutz und regionale Wertschöpfung. „Die Jurenergie ist eine engagierte Bürgergenossenschaft, deren Ziel es ist, den Anteil erneuerbarer Energien in der Region Neumarkt zu erhöhen. Durch den Betrieb von Windparks und Solaranlagen möchten wir einen bedeutenden Beitrag zur regionalen Energieversorgung leisten“, betonte Michael Vogel.

Das Ziel war klar: Erneuerbare Energien vor Ort erzeugen und in Bürgerhand betreiben. Dieses Konzept stieß auf breiten Zuspruch: Heute zählt die Genossenschaft über 900 Mitglieder, betreibt fünf Windräder und elf Photovoltaikanlagen. Der so erzeugte Strom wird vermarktet, und die Gewinne werden in Form von Dividenden an die Mitglieder ausgeschüttet.

Aktuell befinden sich über 40 MW Windleistung im Planungs- und Genehmigungsprozess. Weitere 50 MW an Windstandorten sind bereits flächengesichert. Eine 4-MW-Freiflächenanlage steht kurz vor der Inbetriebnahme. Insgesamt sind rund 90 MW genehmigt oder im Genehmigungsverfahren, zusätzlich sind 40 MW gesichert.

Ein wesentlicher Vorteil: Die Wertschöpfung bleibt in der Region. Kommunen profitieren direkt durch Gewerbesteuererhöhungen, die durch die in ihrem Gebiet betriebenen Anlagen entstehen. Zudem fließen die Gewinne nicht an Investoren aus dem Ausland, sondern direkt an Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden vor Ort.

Die Jurenergie eG bietet ein klar strukturiertes Beteiligungsmodell für Kommunen:

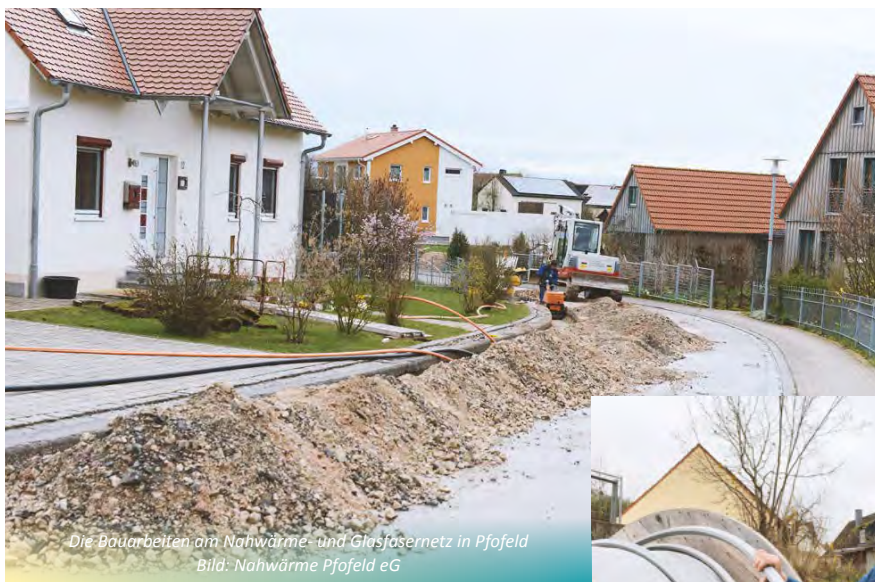
- Unterstützung bei Flächenakquise und Genehmigungsverfahren
- Politischer Rückhalt
- Bürgerinformationsveranstaltungen

Ohne Risiko können Kommunen Anteile bis zu 50 Prozent erwerben – unter fairen Bedingungen und mit gestaffeltem Projektierungsaufschlag je nach Beteiligungshöhe. Besonders hervorzuheben ist die echte vorrangige Beteiligungsmöglichkeit für Anwohner: Je Windenergieanlage sind Zeichnungsvolumen bis zu 1,25 Millionen Euro möglich. Diese Regelung stärkt die Akzeptanz und Identifikation mit den Projekten erheblich.

„Warum kompliziert, wenn es auch einfach geht?“ Unter diesem Motto rief Vogel dazu auf, die Regeln zu vereinfachen, Projekte zu beschleunigen und so den Weg für die dezentrale Energiewende freizumachen. [DK](#)

WWW.JURENERGIE.DE





Die Bauarbeiten am Nahwärme- und Glasfasernetz in Pfofeld
Bild: Nahwärme Pfofeld eG



Nachschub für neue Highspeed-Netze: Marco Kleemann,
Vorstandsvorsitzender Nahwärme Pfofeld eG
Bild: Florian Christner, Redaktion „Profil“



Dr. Holger Müller

DR. HOLGER MÜLLER | NAHWÄRME PFOFELD EG, GVB E.V.

Kommune und Genossenschaft: So geht Nahwärmeversorgung!

Die Gemeinde Pfofeld in Mittelfranken ist ein Paradebeispiel für eine gelungene und bürgernahe Wärmewende. Mit der Gründung der Nahwärme Pfofeld eG im Jahr 2015 wurde ein zukunftsweisendes Projekt realisiert, das heute laut Dr. Holger Müller rund 160 Abnehmer mit nachhaltiger Wärme versorgt – effizient, ökologisch und gemeinschaftlich getragen.

Was als Idee weniger Nachbarn begann, entwickelte sich über mehrere Jahre zu einem strukturierten Projekt mit genossenschaftlicher Basis. Bereits 2012 wurden erste Überlegungen angestellt, 2013 gründete sich eine GbR zur Projektentwicklung, 2015 erfolgte die offizielle Gründung der Genossenschaft. Entscheidender Meilenstein war die intelligente Nutzung bestehender Ressourcen: Die ungenutzte Abwärme zweier umliegender Biogasanlagen wurde in ein Nahwärmekonzept integriert, ergänzt durch zwei Hackschnitzelheizwerke.

Heute speisen sieben Erzeugungseinheiten – eine Kombination aus Biogasmotoren und Holzhackschnitzelkesseln – jährlich zwischen 5.000 und 5.500 MWh in das Netz ein. Davon werden etwa 3.500 bis 3.800 MWh an die angeschlossenen Haushalte geliefert.

Strukturierter und schrittweiser Ausbau des Nahwärmenetzes

Von Anfang an setzte die Genossenschaft auf einen strukturierten und schrittweisen Ausbau. In enger Abstimmung mit der Kommune wurden Müller zufolge mehrere Ortsteile an das Nahwärmenetz angeschlossen – darunter Gundelshalm (2010), Pfofeld (2016), Thannhausen (2022) sowie Langlaur/Rehenbühl (2023). Mittlerweile werden rund zwei Drittel der Haushalte in Pfofeld über das Nahwärmenetz versorgt.

Besonders effizient zeigte sich die Strategie der Nachverdichtung: Im Zuge von Straßensanierungen wurden gezielt neue

Anschlüsse geschaffen. Diese Maßnahmen wurden sowohl technisch als auch kommunikativ sorgfältig begleitet – mit Informationsveranstaltungen, individueller Beratung und detaillierter Analyse der Netzreserven.

Ein echtes Plus für die Dorfgemeinschaft war der parallele Ausbau eines Glasfasernetzes. In Eigenregie wurden beim Bau der Wärmeleitungen Glasfaserleerrohre mitverlegt. Heute ist daraus ein eigenständiger Telekommunikationsdienstleister entstanden, der seit 2023 Breitbanddienste anbietet.

Genossenschaftliche Gestaltung neuer Baugebiete

Auch bei der Erschließung neuer Baugebiete ist die Genossenschaft nicht nur technischer Anbieter, sondern aktiver Gestalter: Sie übernimmt Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung – und bietet potenziellen Bauherren eine ökologische, komfortable und wirtschaftliche Alternative zu fossilen Heizsystemen. Ein Anschlusszwang besteht nicht, doch die Vorteile überzeugen viele.

Zudem denkt die Nahwärme Pfofeld eG Müller zufolge bereits weiter: Die Integration von Photovoltaik, Windkraft und Stromspeichern sowie der Aufbau eines Energieverbunds zur Nutzung des erzeugten Stroms sind ebenso in Planung wie der genossenschaftlich organisierte Betrieb dieser erneuerbaren Anlagen. **OK**



V.l.: Bürgermeister Hubert Endres, Landrat Wilhelm Schneider, Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Christoph Strasser (MaxSolar), Landtagsabgeordneter Steffen Vogel, Pascal Lang (EGIS eG). Bild: EGIS eG

PASCAL LANG | EGIS eG

Amerang: Das Bundorf 2.0 der EGIS eG – Strom und Wärme

In der unterfränkischen Gemeinde Bundorf ist mit dem Projekt „Energiedorf Bundorf“ ein wegweisendes Beispiel für eine ganzheitliche, bürgergetragene Energiewende entstanden. In der Gemeinde im Landkreis Haßberge haben die Energiegenossenschaft EGIS eG und die Max Solar GmbH ein integriertes Konzept realisiert, das Solarstrom, Fernwärme, Elektromobilität und Naturschutz miteinander verbindet.

Das ganzheitliche Konzept des Energiedorfs Bundorf wurde mehrfach ausgezeichnet. Im Jahr 2024 erhielt das Projekt den „Top 100“-Innovationspreis sowie den „The smarter E AWARD“ in der Kategorie „Outstanding Projects“. Zudem wurde Bundorf von der Agentur für Erneuerbare Energien zur „Energie-Kommune des Jahres“ gekürt.

„Wir verstehen uns als Motor für die Energiewende und wollen mit unseren Projekten erneuerbare Energien optimal nutzen“, betonte Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. „Unser Ziel ist es, die Menschen für die Energiewende zu begeistern. Der große Zulauf, den wir erleben, zeigt, dass es funktioniert.“ In der EGIS eG engagieren sich Bürger, Kommunen und Unternehmen. Von einer überschaubaren Anzahl an Personen bei ihrer Gründung ist sie in zwölf Jahren auf über 2.800 Mitglieder, darunter 26 Kommunen, angewachsen. In dieser Zeit wurden über 100 Mio. Euro in Projekte investiert und mehr als 123.000 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden.

Anwohner und alle Interessierten können über Anteile an der Genossenschaft in das Projekt investieren und erhalten jährliche Dividenden. So profitieren sie langfristig von der lokalen Wertschöpfung. Lang: „Kostenlos dazu gibt es das gute Gefühl, sich aktiv für das Klima zu engagieren.“



Die PV-Anlage in Bundorf. Bild: EGIS eG

Herzstück ist die 2023 in Betrieb genommene Bürgersolaranlage Bundorf mit einer installierten Leistung von 125 Megawattpeak (MWp). Mit über 232.000 Photovoltaikmodulen erzeugt die Anlage jährlich rund 131 Millionen Kilowattstunden Strom – genug, um rechnerisch etwa 37.500 Haushalte zu versorgen. Etwa ein Drittel des Solarparks wurde als Bürgersolarpark realisiert, wodurch die Bürger direkt an der Energiewende teilhaben können.

Ein Teil des erzeugten Sonnenstroms fließt in das solarstromgeführte Fernwärmenetz, bestehend aus einer Heizzentrale mit zwei Großwärmepumpen, einem großen Warmwasserspeicher, einem Elektrokessel sowie einem Hackschnitzelanlage für Spitzenlastzeiten. Durch die Sektorenkopplung wird die ganze Kraft der Sonnenenergie genutzt.

Im laufenden Betrieb stimmt man die Komponenten immer wieder aufeinander ab und optimiert die Prozesse. „Wir ziehen aus dem Innovationsprojekt wertvolle Erfahrungen für weitere Anlagen dieser Art, die bereits kurz vor dem Bau start stehen“, erklärte Lang. 2025 werde in der Gemeinde Amerang im Landkreis Rosenheim ein weiteres solarstromgeführtes Wärmenetz realisiert. Eine Freiflächen-Solaranlage soll dort künftig rund 35 Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugen.

Für den Bürgersolarpark wurde ein Gebiet rund drei Kilometer außerhalb des Ortskerns gewählt. Das 28 Hektar große Grundstück macht weniger als ein Prozent der gesamten Gemeindefläche aus. Voraussichtlich im 4. Quartal 2025 sollen die Bauarbeiten für den Bürgersolarpark beginnen, parallel dazu will die EGIS eG das Wärmenetz realisieren. „Mit einem Anschluss an die Fernwärme heizt man regenerativ und zu attraktiven Preisen. Der Umstieg wird staatlich gefördert, bis zu 70 Prozent Kostenübernahme sind möglich“, informierte Lang. [DK](#)



Bild: H.C. Wagner

Die Stadt Regensburg ist nun auch Mitglied bei der KERL eG. Hier bei der Vertragsunterzeichnung – vordere Reihe, v.l.: Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Landrätin Tanja Schweiger, Wirtschaftsreferent des Landkreises und Geschäftsführer der KERL eG, Maximilian Köckritz, und Ludwig Friedl, Geschäftsführer der Energieagentur Regensburg e.V. Hintere Reihe, v.l.: Wirtschaftsreferent der Stadt Regensburg, Prof. Dr. Georg Stephan Barfuß, sowie Geschäftsführer der KERL Projekt GmbH, Béla Szabó.

MAXIMILIAN KÖCKRITZ & BELA SZABO | KERL EG

Wilde KERLe – regionale Wertschöpfung durch kommunale Energiegenossenschaften

Der Landkreis Regensburg verfolgt mit der KERL (Kommunale Energie Regensburger Land) GmbH als hundertprozentiger Tochter der KERL eG. das Ziel, die Energiesouveränität in der Region zu fördern und eine verbraucherfreundliche sowie bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen. Mitglieder sind alle 41 Gemeinden des Landkreises sowie Stadt und Landkreis Regensburg. Damit sind an der KERL mittelbar fast 400.000 Bürger beteiligt.

Bis 2030 will die KERL als kommunales Energieerzeugungsunternehmen aufgestellt und eine feste Größe in der Region Regensburg sein. Die Zentralisierung der Entscheidungshoheit in einer GmbH bietet nach den Worten von Maximilian Köckritz und Béla Szabo einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den herkömmlichen Bürgerenergiegenossenschaften.

Maximilian Köckritz, Geschäftsführer von KERL, hob hervor, dass das Unternehmen inzwischen von vielen Akteuren getragen werde: „Der Schulterschluss mit unseren Kooperationspartnern und allen Kommunen hilft uns, die Energiewende regional voranzutreiben.“

Gelingen kann dies sowohl durch den Bau und Betrieb erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen und die Beteiligung an Projekten als auch dadurch, dass Kommunen im Landkreis aktiv beim Umbau der Wärmeversorgung unterstützt werden. Konkret bedeutet dies die schrittweise Verabschiedung von fossilen Brennstoffen und die Stärkung umweltfreundlicher Energieträger. Darüber hinaus ermöglicht das Vermarkten der erzeugten Energiemengen langfristig einen eigenen Energietarif für den Landkreis.

Vielversprechendste Erfolgsaussichten bietet die Beteiligung an und die Entwicklung eigener PV-Parks, so Köckritz und Szabo. Bei eigenen Windparks und eigenen Stromtarife gebe es Wachstumspotenzial, aber auch viele Fragezeichen. Geringe Investitionen und hohe Erfolgsaussichten biete Dach-PV auf kommunalen Liegenschaften, während Wärme-Projekte mit hohen Investitionen verbunden seien, jedoch geringe Erfolgsaussichten hätten.

Der aktuelle Investitionspfad der KERL liegt bei 13 Mio. Euro. Für die Jahre 2026-2030 besteht ein weiteres Investitionspotenzial von knapp 45 Mio. Euro (PV-Projekte auf versiegelten

Flächen: 2,2 Mio. Euro, Freiflächen PV-Projekte: 22,0 Mio. Euro, Wind-Projekte: 20,0 Mio. Euro).

Bereits im Laufe des vergangenen Jahres hat KERL bedeutende Fortschritte erzielt, darunter die Sicherung kommunaler Beteiligungen an Solar-Freiflächenprojekten in Laaber-Brunn, Mintraching, Sünching und Wenzenbach. Damit konnte im ersten Jahr ein Investitionsvolumen von etwa 7,5 Millionen Euro gesichert werden.

Auch hat KERL 2024 wichtige Kooperationsvereinbarungen geschlossen, dazu zählt unter anderem eine strategische Kooperation mit der Bayernwerk AG. Ein Gemeinschaftsprojekt dieser Kooperation ist die Entwicklung eines gemeinsamen PV-Freiflächenparks bei Regenstauf. Dieser umfasst rund 21 Hektar und soll von einer gemeinsamen Gesellschaft von KERL und Bayernwerk betrieben werden.

„Mit inzwischen rund 200 Hektar gesicherten Flächen für Freiflächen-PV und Standorten für knapp 20 Windkraftanlagen in sechs Gemeinden zeigen wir, dass die Energiewende in der Region konkret gestaltbar ist – wenn Netzwerke, Vertrauen und Kompetenz zusammenkommen. Als KERL eG verstehen wir uns als Ermöglicher vor Ort“, machten Köckritz und Szabo deutlich. [DK](#)

WWW.LANDKREIS-REGENSBURG.DE



Bild: Frank Albrecht unsplash



VERONIKA HANAKAM | BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT | ÖKOENERGIE-INSTITUT BAYERN (ÖIB)

Neue Funktionen für die kommunale Energiewende

Veronika Hanakam vom Ökoenergie-Institut Bayern am Bayerischen Landesamt für Umwelt stellte die Neuerungen im Energie-Atlas Bayern vor. Das kostenfreie Online-Portal ist ein wichtiges Werkzeug für Kommunen, Bürgerschaft und Unternehmen auf dem Weg zur Energiewende.

Mehr Komfort, mehr Daten, mehr Wirkung

Der Energie-Atlas Bayern gliedert sich in einen Themen- und einen Kartenteil. Neu im Thementeil ist der komplett überarbeitete Haushaltsgeräte-Check. Er kann nun auch genutzt werden, wenn der Stromverbrauch des Altgeräts nicht bekannt ist, und gibt alltagstaugliche Tipps zum Stromsparen – etwa beim Kochen, Kühlen oder Waschen.

Wärme im Fokus:

Netze, Förderungen und Technologien

Ein Schwerpunkt liegt 2025 auf dem Thema Wärme. Wärmenetze als klimafreundliche Heizlösung sind im Energie-Atlas Bayern, im Zuge des aktualisierten Heizungsvergleichs, nun ausführlich beschrieben. Auch aktuelle Förderprogramme und die neuen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sind integriert. Ergänzt wird das Angebot durch einen Exkurs zu PVT-Kollektoren – einer Kombination aus Photovoltaik und Solarthermie.

Neuerungen im Kartenteil

Der Kartenteil wurde in mehreren Punkten weiterentwickelt. Ein Highlight ist die neu aufgesetzte Analysefunktion „Steckbrief Stromdaten“. Dieser bildet die regional erzeugte Strommenge aus Erneuerbaren detailliert ab und gibt an, welchen Anteil daran die einzelnen Energieträger haben. Auch interessant: Zusätzlich wird die Entwicklung über die letzten Jahre angezeigt. Der Steckbrief ist abrufbar als PDF für Gemeinden, Landkreise, Planungsregionen oder Regierungsbezirke. Die Stromerzeugungsdaten wurden auf den aktuellsten, regional verfügbaren Stand von Ende 2023 aktualisiert.

In der Recherche sind nun auch Planungsregionen als Auswahl Ebene verfügbar – ein Gewinn für interkommunale Projekte. Zudem verbessert eine neue Navigationsleiste die Nutzungsführung.

Solarenergie

Im Bereich Solarenergie gibt es seit letztem Jahr zahlreiche neue Karten: Eine neue Karte zu Solarthermieranlagen zeigt die Lage großer Solarthermieranlagen, die an ein Gebäude oder an ein Wärmenetz angeschlossen sind. Das PV-Potenzial auf Dachflächen wurde auf Basis eines 3D-Gebäudemodells neu berechnet und ist jetzt bis auf Gemeindeebene darstellbar. Ergänzt wird dies durch die PV-Freiflächenkultisse mit Infos zu nutzbaren, bedingt geeigneten und nicht geeigneten Flächen für den Bau von PV-Anlagen. Besonders hilfreich für Kommunen und Investoren: Karten mit förderfähigen Flächen an Bundesstraßen, Bahnlinien und Autobahnen.

Biomasse und Ausblick Hydrothermie

Beim Biogaspotenzial wurden neu berechnete Zahlen vorgestellt, welche nun auch als Karte verfügbar sind. Derzeit werden 1,7 Milliarden Kubikmeter Methan aus landwirtschaftlichen Substraten gewonnen – technisch möglich wären rund drei Milliarden. Für diese Steigerung ist keine Ausdehnung des Anbaus von nachwachsenden Rohstoffen erforderlich. Visualisierungen zeigen, wo das gesamte technische Potenzial regional liegt. Welcher Anteil des technischen Potenzials tatsächlich umsetzbar ist, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab.

Im Bereich Wärme und kommunale Wärmeplanung ist zudem das Thema Hydrothermie in Vorbereitung, das sich insbesondere an Kommunen mit Zugang zu Seen oder Flüssen richtet.

Praxisnahe Unterstützung

Ein zusätzlicher Service sind die „Energie-Atlas Online-Sprechstunden“. Hier können Interessierte ohne Anmeldung Fragen stellen und Anregungen einbringen. Ergänzend informiert ein Newsletter zwei- bis dreimal jährlich über neue Inhalte und Funktionen.

Mit den aktuellen Erweiterungen bietet der Energie-Atlas Bayern noch mehr Nutzen für Kommunen: verständlich, aktuell und praxisnah. Die Plattform stärkt datenbasiertes Planen und leistet damit einen konkreten Beitrag zur Energiewende in Bayern. [CH](https://www.energieatlas.bayern.de)

BERTRAM KÖLSCH & MARTIN OHMER | BAYWA ENERGIE DIENSTLEISTUNGS GMBH

Von Wärmeplanung zur Wärmelieferung – Praxis trifft Planung

Bertram Kölsch und Martin Ohmer von der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH (EDL) zeigten praxisnah, wie aus kommunalen Wärmeplänen real funktionierende Wärmenetze entstehen. Ihr Appell: „Es kann schnell gehen – nicht erst nach der Planung, sondern parallel dazu! Zeichnen Sie den Plan nach dem Bestand.“

Die BayWa-EDL setzt im Bereich Energiedienstleistungen seit vielen Jahren auf regenerative Nahwärme und hat eine lange Referenzliste. Sie plant, baut und betreibt Wärmenetze für Gemeinden und Landkreise – oft über Laufzeiten von bis zu 20 Jahren. Neben den kommunalen Liegenschaften wie Schulen, Rathäuser, Stadthallen, Krankenhäuser, ... werden auch Wohn- und Geschäftshäuser, Sparkassen, ... versorgt. Dabei dominieren Holzhackschnitzel als nachhaltiger, regionaler Brennstoff. Entscheidend: Es werden ausschließlich holzwirtschaftlich nicht verwertbare Reste genutzt – kein Baum muss extra gefällt werden. Wegen der kurzen Wege bleibt die Wertschöpfung in der Region.

Ohmer betonte die Dringlichkeit: Jede heute neu installierte fossile Heizung bleibt potenziell bis über 2045 im Betrieb – dem Jahr, in dem Deutschland klimaneutral sein will. Der CO₂-Ausstoß im Gebäudesektor sinkt zu langsam. Die Wärmewende braucht daher Tempo – und Wärmenetze spielen dabei eine zentrale Rolle.



V.I.: Bertram Kölsch, Martin Ohmer

Doch auch Herausforderungen wurden benannt: Planungsverfahren dauern lange, Entscheidungsprozesse sind oft zäh, Anwohner blockieren aus egoistischen Motiven. Die Lösung? Mit überschaubaren Projekten starten, Erfahrungen schaffen, Vertrauen gewinnen. Ein funktionierendes Netz – z. B. für Schule, Rathaus und ein paar Wohnhäuser – wirkt oft überzeugender als jedes Konzeptpapier.

Kölsch ergänzte den technischen Blick: Die Fernwärmeprojekte der BayWa zeichnen sich durch kompakte Bauweise, niedrige Vollkosten und hohe Betriebssicherheit aus. Neben Neubauprojekten werden auch bestehende Netze übernommen und dekarbonisiert. Hackschnitzelheizwerke bilden dabei den Kern, lassen sich aber flexibel mit Biogas, Solarthermie oder Wärmepumpen ergänzen. Auch an die Zukunft wird gedacht: Bio-Flüssiggas, HVO100 oder andere Alternativen sind technisch bereits möglich.

Ihr abschließender Appell an die Kommunen: „Nutzen Sie jetzt schon bestehende, ältere Konzepte, holen Sie uns frühzeitig dazu – und warten Sie nicht bis 2028!“ Denn dann könnten Planungskapazitäten knapp und Fördermittel zu stark nachgefragt sein. Wer jetzt handelt, hat die besseren Karten – technisch, wirtschaftlich und ökologisch. CH

WWW.BAYWA.DE

Ihr neuer Dienstleister für Energieausschreibungen 2026 und Folgejahre

Beauftragt durch die Bayerische Gemeindetag Kommunal-GmbH

Kommunal-GmbH
eine Tochtergesellschaft des



X



Mehr Informationen
finden Sie hier:
www.enportal.de



THOMAS EICHENSEHER | LENK IM LfU

Kommunale Wärmeplanung – Einführung, Ablauf und Unterstützungsangebote der LENK

Trotz gesetzlicher Vorgaben bleibt Deutschland beim Klimaschutz in einzelnen Bereichen deutlich hinter den Zielen zurück. Im Jahr 2024 wurden die im Klimaschutzgesetz verankerten Emissionsziele im Gebäudesektor erneut klar verfehlt. Die geringen Rückgänge der Treibhausgasemissionen in diesem Bereich sind größtenteils witterungsbedingt. Besonders kritisch: Die Zahl energetischer Sanierungen ist auf ein historisches Tief gefallen.

Ein wesentlicher Hebel für eine erfolgreiche Klimawende liegt in der Wärmeversorgung, auf die rund 55 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen. Noch immer dominieren fossile Energieträger wie Erdgas und Heizöl den Wärmemarkt. Zudem ist der Bestand an un- oder nur teil-sanierten Gebäuden mit einem entsprechend hohen spezifischen Wärmebedarf weiterhin groß. Eine substantielle Senkung der Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor ist ohne strategische Planung und koordinierte Maßnahmen nicht möglich.

Hier setzt nach Angaben von Thomas Eichenseher die kommunale Wärmeplanung an: Sie ist ein zentrales Planungsinstrument, um den Wärmebereich systematisch und langfristig im Sinne der Klimaneutralität zu gestalten. Eine vorausschauende Wärmeplanung schafft nicht nur Klarheit für zukünftige Investitionen, sondern stärkt auch die kommunale Handlungsfähigkeit in der Energie- und Klimapolitik.

Seit dem Inkrafttreten des Wärmeplanungsgesetzes am 1. Januar 2024 sind die Länder verpflichtet, bis spätestens 30. Juni 2028 kommunale Wärmepläne erstellen zu lassen. Für Städte mit über 100.000 Einwohnern endet die Frist bereits Mitte 2026. Bayern hat diese Aufgabe durch die Änderung der Verordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften (AVEn) auf die Gemeinden übertragen. Die zu erstellenden Pläne sollen als strategische Fahrpläne dienen, um eine nach-

haltige und möglichst kosteneffiziente Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien zu gewährleisten.

Beim kommunalen Wärmeplan wird die jeweilige Ausgangslage einer Kommune umfassend analysiert und auf dieser Basis eine realistische, lokal angepasste Umsetzungsstrategie zur Erreichung eines vorab definierten Zielszenarios entwickelt. Jede Kommune verfolgt dabei eine eigene Strategie, die auf die spezifischen Gegebenheiten vor Ort zugeschnitten ist. Ziel ist es, konkrete Maßnahmen zu definieren, mit denen eine nachhaltige Wärmeversorgung erreicht werden kann. Dies kann etwa den Bau bzw. Ausbau von Wärme- oder Wasserstoffnetzen, die Nutzung lokaler Abwärmequellen, die Integration erneuerbarer Energien, dezentrale Versorgungslösungen sowie zentrale Wärmespeicher umfassen.

Zur Unterstützung der Kommunen bietet die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) verschiedene Hilfsmittel und Beratungsformate an. Dazu gehören unter anderem:

- Informationsdokumente zu Akteursbeteiligung und Finanzierungsinstrumenten
- Steckbriefe zu Wärmequellen und Technologien (in Arbeit)
- eine Handreichung zu den Anforderungen für größere Kommunen ab 45.000 Einwohnern gemäß § 21 WPG (in Arbeit)
- die LENK KOMMUNITY Sprechstunde ab Mai 2025 als digitales Austauschformat.

Ergänzend stellt das Portal „Zukunftskompass Wärme“ seit März 2025 umfassende Informationen rund um die Themen Kommunale Wärmeplanung, Bauen, Sanieren, Heizen sowie Best-Practice-Beispiele und Förderangebote bereit. [DK](#)

Das Portal ist erreichbar unter: WWW.ZUKUNFTSKOMPASS-WAERME.BAYERN
WWW.LENK.BAYERN.DE



Thomas Eichenseher



Rebecca Guttmann



Konstantin Pierratos

REBECCA GUTTMANN UND KONSTANTIN PIERRATOS | CREATECH ENGINEERING GMBH

Wärme & Energie für die Zukunft: So gelingt die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung

Rebecca Guttmann und Konstantin Pierratos von CreaTech Engineering warnten in ihrem Vortrag eindringlich vor oberflächlichen und standardisierten Wärmeplänen ohne individuelle

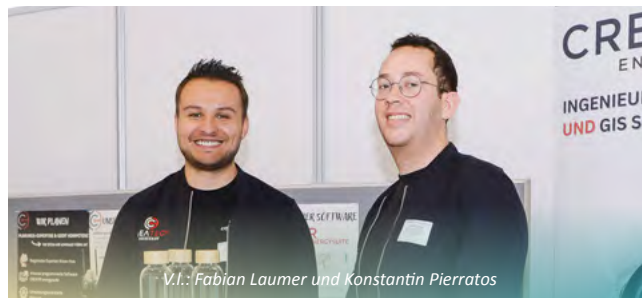
Tiefe: Wenn kommunale Wärmeplanung als Pflichtübung behandelt wird, scheitert sie in der Praxis. Viele Gemeinden berichten von Planungen, die nicht in Machbarkeitsstudien überführbar →

sind – sei es wegen unzureichender Daten, fehlender Lokalisierung oder mangelnder Digitalisierung. Dabei sollte die kommunale Wärmeplanung ein konkreter Zukunftsplan sein – mit klarem Fahrplan, wie in den nächsten 20 Jahren eine nachhaltige Wärmeversorgung entsteht, die sozial tragfähig und technisch realistisch ist.

CreaTech setzt bei der Planung auf die Kombination aus Ingenieur-Know-how und eigens entwickelter Software. Die systematische Vorgehensweise beginnt bei der Bereinigung und Aufbereitung statistischer und realer Daten, um aus verlässlichen Kennzahlen belastbare Szenarien zu entwickeln. Diese Szenarien müssen nicht nur technische Machbarkeit abbilden, sondern auch im Rahmen der kommunalen Realität umsetzbar sein – etwa mit Blick auf vorhandene Wärmequellen, Netzstruktur und Platz für Infrastrukturelemente wie Heizwerke.

Die Referenten verdeutlichten: Eine gute Planung kann erhebliche Kosten in der nachfolgenden Machbarkeitsstudie sparen – allein durch Vermeidung doppelter Arbeit oder unnützer Szenarien. Entscheidend ist dabei, dass Kommunen bereits bei der Ausschreibung präzise Anforderungen definieren. Wichtige Aspekte sind z. B. der Umgang mit schlechter Datenqualität, die realistische Bewertung lokaler Gegebenheiten oder die frühzeitige Einbindung von Bürgern, etwa durch digitale Bürgerportale und Geo-Viewer.

Ein Vergleich zweier ähnlich großer bayerischer Gemeinden – Roding und Essenbach – zeigte eindrucksvoll, dass der Planungsaufwand nicht mit Einwohnerzahl oder Fläche allein erklärbar ist: Faktoren wie Industrieansiedlungen, Datendichte und räumliche Komplexität sind entscheidend.



Abschließend nannte CreaTech folgende zentrale Merkmale guter Wärmeplanung:

1. Einsatz eines Geoinformationssystems (GIS) zur übersichtlichen und automatisierbaren Datenverarbeitung
2. Transparenter Umgang mit Datenqualität und realitätsnahe Szenarioentwicklung, die auch zeitliche Unterschiede zwischen Wärmebedarf und -angebot berücksichtigen
3. Digitale, fortschreibungsfähige Ergebnisse, die eine einfache Weiterentwicklung des Plans ermöglichen – ohne jedes Mal bei null zu starten.

Mit dem Hinweis auf eine kostenfreie Ausschreibungshilfe und digitale Voranalysen lud das Team die kommunalen Vertreter dazu ein, Planung nicht als Einmalprodukt, sondern als lernfähigen Prozess zu begreifen. [CH](#)

WWW.CREATECH.GMBH

Wasserstoff –
der klimaneutrale
Alleskönner

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

medien



V.l.: Markus Leczycki, Theresa von Hassel, Marcel Boiger und Ralf Schwarz

MARKUS LECZYCKI & BERND GÖTTLICHER | BAYERNWERK NETZ GMBH

Intelligente Nutzung bestehender (Strom-) Netzkapazitäten

Bayernwerk zeigte, wie das bestehende Stromnetz effizienter genutzt werden kann – durch Speicherstrategien, bessere Auslastung vorhandener Netzverknüpfungspunkte und datenbasierte Steuerung. Kommunen profitieren davon doppelt: Sie gewinnen Planungssicherheit und können trotz eingeschränkter Netz-Ressourcen neue Energieprojekte realisieren.

Mit dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien stoßen die bestehenden Stromnetze zunehmend an ihre Grenzen. Allein im Bayernwerk-Netz wurden im März 2025 über 12.000 Megawatt PV-Leistung eingespeist – bei gleichzeitigem Bedarf von nur rund 7.000 Megawatt. Die Konsequenz ist ein regionaler Energieüberschuss, der durch die Rückspeisung ins vorgelagerte Übertragungsnetz in den europäischen Verbund fließt. Scheint die Sonne im Tagesverlauf nicht, muss Energie zur regionalen Verteilung bezogen werden. Der klassische Netzausbau allein kann diese Dynamik nicht ausreichend abfangen – die Entfesselung des Energiesystems verlangt ergänzend intelligente Lösungen zur besseren Nutzung der bestehenden Infrastruktur.

Speicher als Netzstabilisierer

Speicher gelten als Schlüsseltechnologie – es muss jedoch unterschieden werden, wie sie betrieben werden. Bayernwerk unterscheidet drei Kategorien in der Wirkung von Speichern auf den Netzausbaubedarf:

1. **Netzirksame Speicher** agieren rein marktgetrieben und beanspruchen bei Bezug oder Einspeisung ebenso Netzkapazitäten.
2. **Netzneutrale Speicher** fordern das Netz nicht zusätzlich, da die Betreiber nach Vorgabe des Netzbetreibers bestimmte Fahrpläne einhalten sollen. Dafür reduziert sich der Baukostenzuschuss (BKZ) für den Anlagenbesitzer.
3. **Netzdienliche Speicher** kommen gezielt bei Netzengpässen zum Einsatz. Bayernwerk realisiert derzeit ein Pilotprojekt im Landkreis Cham mit einem 5-MW-Großspeicher. Die Ausschreibung zur Vergabe an eine Partnerfirma ist bereits erfolgreich abgeschlossen.



Markus Leczycki



Bernd Göttlicher

Weitere Lösungsansätze

- **Bidirektionales Laden:** Elektrofahrzeuge sollen künftig als mobile Speicher agieren. Dazu startet ab 2026 ein Feldversuch mit bidirektionalen E-Autos im Gebiet der Bayernwerk Netz, um das Lade- wie auch Einspeiseverhalten der mobilen Batterien im Energiesystem zu testen.
- **Bündelung am Verknüpfungspunkt:** Durch die Nutzung eines bestehenden oder gemeinsamen Netzverknüpfungspunkts wird bei Überbauung nahezu kein Netzausbau erforderlich. 1.000 Windräder könnten nach Berechnungen zusätzlich ans Netz gehen. Zudem zeigt ein Pilotprojekt, dass bei der Überbauung von PV-Anlagen mit Windkraft die Erzeugungsmenge der einzelnen Anlagen nahezu stabil bleibt.
- **Einspeisesteckdose:** Am Netzengpass wird ein zentraler, leistungsstarker Verknüpfungspunkt gebaut, an den mehrere Anlagen direkt angeschlossen werden können. Das reduziert Baukosten und Netzbelastung. Die erste Einspeisesteckdose war binnen zwei Tagen ausgebucht und wird Ende 2025 in Betrieb gehen.
- **Echtzeit-Datenerfassung per Sensorik:** Mithilfe von Sensoren im witterungsabhängigen Freileitungsbetrieb („KI-Kugeln“) in der Hochspannung misst Bayernwerk nun real die Leitungsbelastung. Erste Tests zeigen: In einzelnen Fällen ist bis zu 50 Prozent mehr Durchleitung möglich – als Zwischenlösung sind die schlauen Kugeln ein schneller, kosten attraktiver Hebel zur Effizienzsteigerung ohne zeintensiven Netzausbau. CH

WWW.BAYERNWERK-NETZ.DE

JÜRGEN SCHUSTER | CORWESE GMBH

Mehr Wissen, weniger Kosten: Smarte Sensorik für Kommunen

Wie können kleine und mittlere Kommunen mit einfachen Mitteln smarter werden? Jürgen Schuster, Geschäftsführer der Corwese GmbH und Gemeinderat, erklärte in seinem Vortrag, wie Sensorik und LoRaWAN-Technologie Gemeinden helfen können, Energie zu sparen, Prozesse zu automatisieren und Sicherheit zu erhöhen – ganz ohne Millioneninvestitionen.

Corwese, ursprünglich auf Breitbandförderung spezialisiert, berät Kommunen heute auch bei Digitalisierungsprojekten – insbesondere beim Aufbau smarter Infrastrukturen. Zentral dabei: der Einsatz von LoRaWAN-Netzen, die mit hoher Reichweite und niedriger Datenrate perfekt für einfache Sensordaten wie Temperatur, Bewegung oder Füllstände geeignet sind. Ein Gateway mit Antenne reicht aus, um ein gesamtes Gemeindegebiet abzudecken. Die Sensoren sind batteriebetrieben, wartungsarm und kostengünstig.

Am Beispiel seiner Heimatgemeinde Heretsried (1.200 Einwohner) schildert Schuster, wie aus einer einfachen Idee – dem Monitoring von Raumtemperaturen zur Energieeinsparung – ein umfassendes System entstand: Vom Hochwasserschutz über Zutrittssensorik an Trinkwasserspeichern bis hin zu intelligenter Raumnutzung. Dabei wird ein öffentlicher Kalender für einen definierten Nutzerkreis zur Verfügung gestellt. Je nach eingetragener Nutzungsart – etwa „Zumba“

oder „Krabbelgruppe“ – wird automatisch die passende Raumtemperatur zum gebuchten Zeitraum bereitgestellt. Die Investitionskosten beliefen sich auf nur ca. 11.000 Euro, gefördert mit 80 Prozent über das ILE-Kleinprojektprogramm.



Die Vorteile liegen auf der Hand: Kommunen erhalten mehr Transparenz über ihre Gebäude und Infrastruktur, können Energieverbrauch senken und auf sicherheitsrelevante Ereignisse wie Einbruch oder Kohlenmonoxid frühzeitig reagieren. Sensoren erfassen z. B. Wasserstände an kritischen Einläufen und melden bei Erreichen vordefinierter Schwellen automatisch die Feuerwehr.

Die Vision: Aus lokal erfassten Daten sollen künftig intelligente Steuerungen entwickelt werden, die nicht nur Energieeinsparungen ermöglichen, sondern auch operative Abläufe vereinfachen und neue Handlungsspielräume eröffnen. Noch steckt vieles in der Erprobung, doch das Potenzial ist riesig – besonders, wenn technikaffines Personal Verantwortung übernehmen darf.

Fazit: Ein LoRaWAN-Netz ist keine Zukunftsmusik, sondern heute schon ein realisierbarer Schritt für jede Kommune – ob zur Datengewinnung, Sicherheit oder Prozessoptimierung. Schuster betont: „Einfach anfangen, Erfahrungen sammeln – der Weg zur smarten Gemeinde beginnt mit dem ersten Sensor.“ ^{CH}

WWW.CORWESE.DE


Energiewende in den Kommunen – und jetzt?

**Energiewende? E-Mobility? Green IT?
Sind dies Herausforderungen im Rathaus-Alltag?**

Lassen Sie uns Ihr kompetenter Partner sein, so dass Veränderung beim Bürger ankommt. Alle Möglichkeiten ausschöpfen und damit Ihre Gemeinde in eine rundum gut versorgte Zukunft zu begleiten – das ist unsere Aufgabe.



Kontaktieren Sie uns – jetzt:
Walter Albrecht, T +49 821 328-1320
walter.albrecht@lew.de

LEW



RAINER QUANTE | ENERGIELENKER SERVICE GMBH & VIKTOR GERING | ENERGIELENKER PROJECTS GMBH

Wärmeplanung und dann? Die Wärmewende umsetzen!

Die beiden energielenker Rainer Quante und Viktor Gering präsentierten konkrete Ansätze, wie Kommunen nach der Wärmeplanung die Wärmewende erfolgreich umsetzen können.

energielenker ist ein bundesweit aktives Unternehmen mit über 350 Mitarbeitenden an zehn Standorten, darunter auch München. Im Bereich Wärmeplanung und -umsetzung deckt energielenker die gesamte Wertschöpfungskette ab: von der Beratung und Planung über die bauliche Realisierung bis zum Betrieb einschließlich der Investition in Wärmenetze und Wärmeerzeugungsanlagen.

Status quo und Herausforderungen in Bayern

Eine deutschlandweite Erhebung zeigte ein Nord-Süd-Gefälle bei der Wärmeplanung: Während Baden-Württemberg bereits weit fortgeschritten ist, haben in Bayern bislang nur elf Kommunen die Wärmeplanung abgeschlossen. Für viele Gemeinden bedeutet dies: Der Weg von der Planung zur Umsetzung ist noch weit – und verlangt praktikable Lösungen.

Drei zentrale Handlungsfelder

Nach abgeschlossener Wärmeplanung lassen sich drei Hauptbereiche für die Umsetzung identifizieren:

1. Sanierungsmanagement in Bestandsgebieten:
Senkung des Energiebedarfs und Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung städtebaulicher Maßnahmen
2. Transformation von Gewerbe und Industrie:
Entwicklung von Dekarbonisierungsfahrplänen unter Nutzung von Abwärme und Inanspruchnahme von Förderprogrammen
3. Transformation von bestehenden Wärmenetzen:
Entwicklung von Transformationsplänen zur Dekarbonisierung & Modernisierung.

Aufbau von Wärmenetzen

Vorrangig Niedertemperatur- oder kalte Nahwärmenetze, die durch Wärmepumpen in den Gebäuden betrieben werden – unterstützt durch Geothermie, Aquathermie oder regenerative Ergänzungen wie Photovoltaik.

Praxisbeispiele aus ganz Deutschland

Rainer Quante und Viktor Gering stellten mehrere Projektbeispiele vor, die verdeutlichen, wie vielfältig die Lösungen sein können:

- **Neubauquartier bei Karlsruhe:**
Ein Contractingmodell mit Luft-Wasser-Wärmepumpen, Biomasse und Spitzenlastkesseln
- **Markt Regentafel in Bayern:**
Öffentlich-private Partnerschaft zur Errichtung eines Wärmenetzes mit einer Wärmeerzeugung auf Basis von Holzhackschnitzeln
- **Gesamtschule in Castrop-Rauxel:**
Umsetzung eines kleinen lokalen Wärmenetzes mit Wärmepumpe und PV-Anlage unter Berücksichtigung besonderer Anforderungen an Lärmschutz und Alltagstauglichkeit
- **Quartierskonzepte für große Neubaugebiete:**
Kombination von Erdwärmesonden, PV-Anlagen und kalten Nahwärmenetzen zur saisonalen Speicherung von Wärme
- **Umbau bestehender Mehrfamilienhäuser:**
Ersatz dezentraler Gasthermen durch zentrale Wärmepumpensysteme mit über 65 Prozent CO₂-Einsparung.

Blick nach vorne: Umsetzung ist Gemeinschaftsaufgabe

Abschließend betonten die Referenten, dass die Umsetzung der Wärmewende nur durch enge Zusammenarbeit aller lokalen Akteure – Kommunen, Versorger, Bürgerinnen und Bürger – gelingen kann. Das neue Wärmeplanungsgesetz sieht eine Überprüfung alle fünf Jahre vor, tatsächlich sollte der Fortschritt jedoch kontinuierlich beobachtet und angepasst werden. Die Auswahl der Wärmeerzeugungsanlagen und Art des Wärmenetzes sollte technologieoffen und wirtschaftlich optimiert erfolgen.

Die Wärmewende ist kein rein technisches Projekt, sondern erfordert wirtschaftlich tragfähige, sozial akzeptierte und förderfähige Lösungen – individuell angepasst auf jede Kommune. CH

THOMAS THUMANN | KOM2KOM GMBH UND CHRISTIAN BAUMANN | BKWP WIEDEMANN UND BAUMANN GMBH

Klimafinanzierung nach BayKAG: Mit ISO 14064-2 und Marktpreis zu objektivem Klimaschutz

Wie lassen sich ambitionierte kommunale Klimaschutzprojekte realisieren, wenn Budgets knapp und die gesetzlichen Anforderungen hoch sind? Diese Frage stand im Zentrum des Vortrags von Thomas Thumann und Christian Baumann. Ihre Antwort: Die digitale Plattform KOM2KOM – ein Marktplatz, auf dem kommunale Projektanbieter mit potenziellen Klimafinanzierern zusammenfinden.

Die Grundidee: Kommunen planen emissionsreduzierende Infrastrukturmaßnahmen – etwa Sanierungen öffentlicher Gebäude, Umstellungen auf Fernwärme oder E-Mobilität – und stellen diese als validierte Projekte auf der Plattform ein. Voraussetzung ist die Zusätzlichkeit der Maßnahme: Sie darf nur mit externer Finanzierung realisierbar sein. Klimafinanzierer – also öffentliche oder privatwirtschaftliche Akteure mit CO₂-Reduktionsverpflichtungen – investieren dann projektbasiert in diese Maßnahmen. Dabei erwerben sie keine Kompensationen, sondern ermöglichen tatsächliche Emissionsreduktionen vor Ort.

Für Transparenz sorgt eine Zertifizierung nach ISO 14064-2, die die CO₂-Einsparungen eindeutig bemisst. Der Preis pro Tonne CO₂ orientiert sich am tagesaktuellen EU-ETS-Marktpreis. Vertragsabschlüsse erfolgen nur, wenn der Marktpreis die Mindestkosten des Projekts deckt. Die Zahlungen fließen vor Projektbeginn und sichern so die Liquidität der Kommune.



Thomas Thumann



Christian Baumann

Verträge und CO₂-Einheiten werden revisionssicher auf einer Blockchain dokumentiert.

Christian Baumann machte in seinem Vortrag zudem deutlich, dass dieses Modell auch rechtlich abgesichert ist: Auf Basis des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und des Kommunalabgabengesetzes (BayKAG) ist es zulässig, Emissionseinsparungen als betriebliche Kosten zu betrachten und so über Gebühren mitzufinanzieren. Die Kombination aus ISO-Zertifizierung, Marktpreis und digitalem Marktplatz erfüllt die Anforderungen an Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Objektivierbarkeit.

Die Plattform KOM2KOM ist damit mehr als ein technisches Tool – sie bietet eine neue Form der regionalen Klimafinanzierung, die Greenwashing vermeidet und echten Nutzen stiftet: für die Umwelt, für die kommunalen Haushalte – und für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. [CH](https://www.kom2kom.com)

[WWW.KOM2KOM.COM](https://www.kom2kom.com)

Unser Marktplatz schließt die Finanzierungs- lücke für kommunale Projekte

So werden auch anspruchsvolle **Klimavorhaben**
durch **zusätzliche Eigenmittel** Wirklichkeit!

WIR HABEN DIE LÖSUNG

*Wir bringen Klimaschutz-Projekte und
Klima-Finanzierer sicher zusammen.*

www.kom2kom.com

Klimaschutz#Dahoam

KOM2KOM

Marktplatz für regionale CO₂-Reduktionsprojekte

NIELS ALTER | ENERPIPE GMBH

Kommunale Wärmeplanung: Wo hört die Einzelversorgung auf, wo fängt das Wärmenetzgebiet an?



Niels Alter stellte klar: Wärmenetze sind essenziell, um die Wärmewende zu beschleunigen. Während die Elektrifizierung der Stromversorgung beachtliche Fortschritte gemacht hat, stagniert die ökologische Wärmeherzeugung. Ein Wärmenetz ersetzt in einem Zug viele fossile Einzelheizungen durch

zentrale, erneuerbare Versorgung und erzielt dadurch schnell signifikante CO₂-Einsparungen.

Wärmenetze: Mehr als Technik

ENERPIPE liefert nicht nur Rohrsysteme und Übergabestationen, sondern unterstützt Kommunen auch in der Wärmeplanung – immer in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern. Der regionale Tiefbau und Handwerksbetriebe profitieren dabei direkt, sodass Wertschöpfung vor Ort bleibt.

Grenzen harter Kennwerte

Alter warnte eindringlich davor, potenzielle Wärmenetzgebiete allein anhand von starren Kennwerten (z. B. Mindestwärmedichte oder Verlustgrenzen) auszuschließen. Zwar bieten diese Richtwerte eine Orientierung, jedoch belegen viele erfolgreiche Projekte der ENERPIPE GmbH, dass auch unterhalb vermeintlicher Schwellen wirtschaftlich tragfähige Wärmenetze

möglich sind. Pauschale Ablehnungen im „verkürzten Verfahren“ würden Kommunen und Bürger um Chancen bringen.

Bedeutung von Betreiberstrukturen

Ein Wärmenetz steht und fällt mit einem engagierten Betreiber. Alter appellierte an Gemeinden, frühzeitig mögliche Betreiber zu suchen – etwa Energiegenossenschaften, lokale Unternehmen oder Zusammenschlüsse von Bürgern. Ohne diese Initiative drohe die Umsetzung zu scheitern, selbst wenn die Planungen technisch solide seien.

Praxisbeispiele zeigen: Es geht!

Anhand realisierter Projekte – z. B. ein genossenschaftlich betriebenes Wärmenetz mit Biogas- und Holzhackschnitzelnutzung – zeigte Alter, dass Kosten und Wärmepreise durch clevere Planung und lokale Umsetzung drastisch reduziert werden können. Im Beispiel wurden Trassenkosten halbiert und ein Wärmepreis von etwa 10 ct/kWh erreicht – weit unter den üblichen Prognosewerten.

Kommunale Wärmeplanung sollte flexibel, mutig und bürger-nah erfolgen. Anstatt sich von starren Richtlinien entmutigen zu lassen, sollten Gemeinden individuelle Potenziale genau prüfen, lokale Betreiberstrukturen aufbauen und damit nachhaltige, wirtschaftliche Wärmenetze ermöglichen. CH

WWW.ENERPIPE.DE

DR. TOBIAS KAUF | SCHRAML GMBH

AQASYS Energiemanagement

KONNEKTIVITÄT, ÜBERWACHUNG, ANALYSE & REPORTING



Das familiengeführte Tech-Unternehmen SCHRAML GmbH beschäftigt sich seit mehr als 35 Jahren mit Infrastrukturthemen, insbesondere Kläranlagen, Wasserversorgung, Deponien, Energie und Strom, Nah- und Fernwärme, Kanalnetzen, Hochwasserschutz, Wasserkraft, industriellem Was-

sermanagement und Spezialprojekten. Für die Prozessleit-, Fernwirk- und Automatisierungstechnik hat SCHRAML eigene Hard- und Software als All-in-One Lösung entwickelt. Das Prozessleitsystem AQASYS steht für einen Datenpool und einen Login, mit dem Prozessdaten und Energieflüsse entweder lokal oder aus der Cloud verarbeitet werden. Die Bedienung erfolgt über Desktop, Web oder App.

Die Zielsetzungen der Softwarelösung fasste Tobias Kauf wie folgt zusammen: Senkung der Energiekosten durch verhindern von Lastspitzen und minimieren von externem Bezug. Die Nutzung von erneuerbaren Energien aus verschiedenen Quellen, auch sektorübergreifend trägt zur Dekarbonisierung bei. Die Energieanalyse zu Energieeffizienz wandeln, unter Beachtung der Transparenz von Energieflüssen, Kennzahlen

und Bilanzen. Weg von „manuellen“ Analysen und Eingriffen – hin zu automatischen Auswertungen, aktiven Regelungen und Optimierungen, durch eine systemische Perspektive. Angestrebt werden eine dezentrale, erneuerbare, ausfallsichere und autarke Energie-Resilienz sowie Autarkie. Anschließend stellte Kauf den schrittweisen Prozess für das AQASYS Energiemanagement vor.

Energie-Daten und Prozesse:

- vollständig integrieren und im System erfassen
- überwachen und visualisieren
- auswerten und analysieren
- automatisieren und optimieren.

„Wir bieten sektorenübergreifende, herstellerunabhängige und ganzheitliche Lösungen an, die unterschiedliche Erzeugungs- bzw. Verbrauchsprofile smart kombinieren“, sagte Kauf und setzte fort: „Alle Energie-Quellen, Speicher und Energie-Verbraucher – dazu zählen Strommessgeräte, Frequenzumrichter, Energiezähler, SPS-Steuerungen und Fernwerkstationen – werden je nach Anspruchsgruppe bedarfsgerecht und übersichtlich dargestellt. Mit dem AQASYS Prozessleitsystem sind Anlagenbetreiber gerüstet für aktuelle und zukünftige Aufgaben im Bereich des Energiemanagements.“ GK

WWW.SCHRAML.DE

TOBIAS AICH | GEO DATA GMBH & THEDE SMIDT | KI-P GMBH

Von der Wärmeplanung zum Klimadashboard: Strategien und Monitoring für Kommunen



V.l.: Tobias Aich, Thede Smidt

Tobias Aich und Thede Smidt stellten innovative Ansätze vor, wie Kommunen die Wärmeplanung als Ausgangspunkt für eine umfassende Klimastrategie nutzen können – unterstützt durch digitale Monitoring- und Reportingtools.

Wärmeplanung als Fundament für die Dekarbonisierung

Ziel der kommunalen Wärmeplanung ist es, die dezentrale und oft intransparente Wärmeversorgung systematisch zu erfassen, Potenziale für erneuerbare Energien vor Ort zu analysieren und daraus Strategien für eine wirtschaftliche und ökologische Wärmewende zu entwickeln.

Wichtige Bausteine sind:

- Erhebung von Gebäudedaten, Verbrauchsdaten und Potenzialen (z. B. Solarthermie, Geothermie, Abwärme)
- Entwicklung individueller, lokal angepasster Zielszenarien
- Ableitung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung
- Vom Bericht zum gelebten Klimaschutz.

Anstatt die in der Wärmeplanung erhobenen Daten nur in Berichten zu archivieren, plädierten Aich und Smidt für eine aktive

Nutzung im Rahmen eines kontinuierlichen Monitorings. Hier setzt das von ihnen entwickelte Klimadashboard an: ein Open-Source-Tool, das Maßnahmen aus der Wärmeplanung und weiteren Sektoren (Energie, Mobilität, Ressourcen) integriert, georeferenziert darstellt und Fortschritte transparent macht.

Funktionalitäten des Klimadashboards

- Visualisierung geplanter und umgesetzter Maßnahmen auf Kartenbasis
- Fortschrittsanzeigen (Planung, Umsetzung, Abschluss) für einzelne Projekte
- Integration in die kommunale Treibhausgasbilanz (nach BSKO-Standard)
- Anbindung an Live-Daten, z. B. aus Energiemanagementsystemen kommunaler Liegenschaften
- Flexibles Rollen- und Rechtemanagement für die Veröffentlichung gegenüber Bürgern und Stakeholdern.

Mehrwert für Kommunen

Das Dashboard bietet eine fundierte, sektorenübergreifende Datengrundlage, schafft Transparenz gegenüber Öffentlichkeit und Entscheidungsträgern und erleichtert die Fortschreibung und Steuerung der kommunalen Klimastrategie. Die Wärmeplanung wird damit zum integralen Bestandteil eines lebendigen Klimaschutzmanagements.

Eine moderne kommunale Wärmeplanung endet nicht mit dem Abschlussbericht, sondern bildet den Ausgangspunkt für ein datengestütztes, dynamisches Klimaschutz-Controlling. Tools wie das vorgestellte Klimadashboard helfen dabei, Transparenz zu schaffen, Fortschritte zu messen und die Wärmewende aktiv zu gestalten. [CH](#)

WWW.GEODATA-GMBH.DE
WWW.KI-P.DE

Jetzt
informieren

Ein starkes Duo – Glasfaser + Strom/Wärme

breitbandausbau@m-net.de

M-net Telekommunikations GmbH – Expansions- und Kooperationsmanagement | Frankfurter Ring 158, 80807 München

ULRICH FISCHER | TYCZKA ENERGY GMBH

Flüssiggas-Hybridsysteme als pragmatischer Weg für Kommunen und Unternehmen



Kommunen stehen vor der Herausforderung, Klimaschutz und Versorgungssicherheit mit wirtschaftlich tragfähigen Lösungen zu vereinen – gerade in Bestandsgebäuden oder strukturschwachen Regionen. Ulrich Fischer stellte Flüssiggas-Hybrid-systeme als praxistaugliche und sofort verfügbare Versorgungslösung vor.

Diese Systeme kombinieren regenerative Energien (z. B. Wärmepumpe, Solarthermie, Photovoltaik) mit Flüssiggas oder Bio-LPG und sind optimal aufeinander abgestimmt. Flüssiggas fungiert als zusätzlicher Energieträger, wenn Stromnetze überlastet oder regenerative Quellen nicht verfügbar sind.

Ein großer Vorteil: Flüssiggas benötigt keine komplexe Infrastruktur, lässt sich dezentral speichern und eignet sich für eine Bandbreite von Anwendungen – vom Einfamilienhaus bis zum Quartier oder industriellen Objekt (Leistungsspektrum: 10 kW bis 20 MW). Auch temporäre Versorgungen, z. B. während Bauphasen, sind realisierbar.

Bio-LPG – biogen und ISCC PLUS-zertifiziert – kann in Mischungen bis 100 Prozent eingesetzt werden. Es wird aus Reststoffen, pflanzlichen Ölen oder biogenen Abfällen hergestellt und ist ideal für Nachhaltigkeitsberichte und CO₂-Bilanzen.

Im Gebäudebestand profitieren Kommunen von niedrigen Einstiegskosten: Sanierungen sind meist nicht erforderlich, da bestehende Heizsysteme ergänzt statt ersetzt werden. Auch wirtschaftlich wird dies begünstigt: Förderprogramme greifen, Betriebskosten bleiben planbar, und die Unabhängigkeit vom Stromnetz wird gestärkt.

Die Tyczka Energy GmbH unterstützt Kommunen mit Machbarkeitsanalysen, Fördermittelberatung und Planung individueller Lösungen – in Zusammenarbeit mit einem starken Netzwerk mit etablierten Partnern im Energiemarkt.

Flüssiggas-Hybridsysteme ermöglichen eine sofortige Reduktion von CO₂, sichern auch in Netzmangellagen die Versorgung ab und stellen eine realistische, investitionsschonende Option für Kommunen sowie Gewerbetreibende dar – besonders im Bestand und auf dem Weg zur klimaneutralen Wärmewende. [CH](https://www.tyczka-energy.de)

[WWW.TYCZKA-ENERGY.DE](https://www.tyczka-energy.de)

DANIELA HOFMANN & FRANZ HOFMANN | INGENIEURBÜRO HPE GMBH

Kommunale Wärmeplanung, was jetzt?

„Wir sind ein klassisches Ingenieurbüro für technische Gebäudeausrüstung und seit über 20 Jahren mit mehr als 50 Mitarbeitern erfolgreich tätig. Mit Standorten in Johanniskirchen und Regensburg haben wir über 1.000 Projekte erfolgreich abgeschlossen“, so stellte Franz Hofmann das Unternehmen HPE vor. Die Leistungen umfassten Elektrotechnik, Versorgungstechnik, Breitband und Geoinformatik für die Tätigkeitsfelder Kommunen, Industrie, Wohnbau und Tourismus/Freizeit. Um den Ablauf von der Wärmeplanung bis zur Umsetzung im Detail zu beschreiben, übergab er das Wort an seine Tochter Daniela Hofmann.

Daniela Hofmann empfahl eine schrittweise Vorgehensweise bestehend aus: Bestandsanalyse mit einer räumlichen Darstellung des Wärmebedarfs, Potenzialanalyse mit der Erstellung von Potenzialkarten, Zielszenario mit dem Ausblick bis ins Jahr 2050 und Umsetzungsstrategie mit einem entsprechenden Maßnahmenplan. Dabei sei es wichtig, die regionale Wertschöpfung mit einzubeziehen: „S` Geld bleibt dahoam.“ Die funktioniere mit Sonnenenergie, Windenergie, Wasserkraft und Geothermie sowie künftig auch mit Bioenergie. Im Verlauf von einer Wärmeplanung zur Umsetzung entfielen folgende Aufgaben auf die Gemeinde: Internationale Klimaschutzziele umsetzen, kommunale Wärmeplanung veröffentlichen, Wärmeversorgung in der Ortsentwicklung integrieren, klimaneutrale Wärmeversorgung vorbereiten, Energieversorgung mit erneuerbaren Quellen sichern, Bürger bei der Wärme- und Energiewende unterstützen und die



Daniela und Franz Hofmann

energetische Sanierung fördern. Als konkrete Lösung für das Heizen böten sich zwei Varianten an: Einzelheizungen und Wärmenetze. Bei den Einzellösungen mit Wärmepumpe, Holz, Gas oder Öl könnten durch eine Sanierung der Gebäude bis zu 60 Prozent des Wärmebedarfs eingespart werden. Dazu präsentierte Hofmann einen Vergleich der Anschaffungskosten verschiedener Heizsysteme, die von 5.000 Euro für Fernwärme bis zu 55.000 Euro für Brennstoffzellen reichten. Anschließend gab sie Hinweise zur Vorgehensweise bei der Umsetzung von Wärmenetzen und verwies auf wichtige Nebenfaktoren. So sei eine Unterteilung in Bauabschnitte sinnvoll, wobei diese an die Wirtschaftlichkeit, andere Baumaßnahmen wie z. B. Breitbandausbau, Altersstruktur der Gebäude und Kommunalentwicklung angepasst sein sollten.

Abschließend zeigte Franz Hofmann Synergien zwischen Breitband und Nahwärme auf. Eine gemeinsame Infrastruktur führt nicht nur zu Kostenersparnis bei den Planungs- und Bauressourcen sowie zu mehr Umweltfreundlichkeit, sondern steigere auch die Effizienz und Lebensqualität. Mit einer Investition erziele man so doppelten Nutzen, indem Nahwärme und Glasfaser gemeinsam verlegt werden. Zudem sei dieser Ansatz auch förderkonform mit der Bundesförderrichtlinie Breitband sowie der Bayerischen Breitbandförderrichtlinie. Wie solche Synergien praktisch umgesetzt werden können erläuterte Hofmann an einem Praxisbeispiel, dem erfolgreichen Projekt Niederwinkling. [GK](https://www.ib-hpe.de)

[WWW.IB-HPE.DE](https://www.ib-hpe.de)

NADINE EIMECKE | GP JOULE GMBH

So können Kommunen und Stadtwerke wirtschaftliche Wärmenetze realisieren

MIT UND OHNE KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG

Die beiden Firmengründer Heinrich Gärtner und Ove Petersen entwickelten bereits seit mehr als 19 Jahren Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Dabei erklärte ihr landwirtschaftlicher Hintergrund die vielfältigen Standbeine, das Entwickeln von Wertschöpfung sowie die nachhaltige Herangehensweise von GP Joule. Mit mehr als 1.000 Mitarbeitern an zwölf Standorten hier in Deutschland sowie Niederlassungen in Frankreich, Österreich, Irland, Italien, Kanada und USA wurden u.a. mehr als 30 Windparkprojekte und über 150 Solarprojekte installiert. „Wir kümmern uns um alles, was mit erneuerbaren Energien zu tun hat. Also von Photovoltaik, Wind, Wasserstoff, Infrastruktur bis hin zur erneuerbaren Wärme“, erklärte Eimecke und setzte fort: „Wie können unserer Meinung nach Wärmenetze mit Zukunft aussehen? Grundsätzlich schauen wir uns an, was ist bereits vor Ort vorhanden, wo sind Verbraucher und wie lässt sich das intelligent verknüpfen?“

Das Herz des GP Joule Konzepts bilde ein Wärmespeicher. Damit könne die Wärmeerzeugung vom Wärmebedarf entkoppelt werden. Mit Hilfe eines Wärmespeichers ließe sich also Wärme immer dann erzeugen, wenn sie günstig herstellbar sei. Insbesondere in den Zeiten mit Überschussstrom könne so ein Wärmespeicher kostengünstig aufgeladen werden. Und die gespeicherte Wärme stehe danach jederzeit bei Bedarf zur Verfügung. Die Vorteile von Power-to-Heat fasste Eimecke wie folgt zusammen: „Ein sehr großer Vorteil liegt in der regionalen Wertschöpfung. Ich kann die Wärme vor Ort herstellen und ich kann diese Wärme vor Ort verbrauchen. Es gibt keine langen Transportwege. Es besteht eine geringe Abhängigkeit von anderen Energiequellen. Das führt zu einer höheren Akzeptanz bei der Bevölkerung.“ Mit Power-to-Heat ließe sich schließlich auch eine Stabilisierung des Energiesystems erzielen. Bei dem zur



Nadine Eimecke, Melanie Hundt und Jürgen Schuster

Erzeugung der für ganz Deutschland benötigten Energie erforderlichen Flächenbedarf wäre PV mit 4 Prozent im Vergleich zu Hackschnitzel mit 177 Prozent und Biogas mit 84 Prozent die günstigste Lösung. Schließlich sei der Einsatz von Wärmespeichern wirtschaftlich deutlich günstiger als Stromspeicher.

Abschließend erläuterte Eimecke, wie eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Kommunen und Stadtwerken aussehen könnte. Wichtig sei dabei das nahtlose Zusammenspiel von Vertrieb, Versorger, Wärmelieferant und Netzbetreiber. „Dafür bieten wir drei Modelle an“, sagte Eimecke und stellte diese kurz vor: Ein Rundumsorglospaket ohne Risiko und finanziellen Aufwand, weil GP Joule die gesamte Anlage baue und betreibe, den gemeinsamen Betrieb des Wärmenetzes als Kooperationspartner sowie GP Joule als Dienstleister und Stadtwerke bzw. Kommune als Betreiber des Wärmenetzes. Als Grundlage dafür dienten Wärmeplanung und Wärmenetzplanung, deren Definitionen sie erklärte. Beide Aspekte sollten jedoch immer zusammen gedacht werden. Wer also jetzt handle, sichere die Zukunft seiner Kommune wirtschaftlich, ökologisch und sozial. [GK](#)

WWW.GP-JOULE.COM/DE

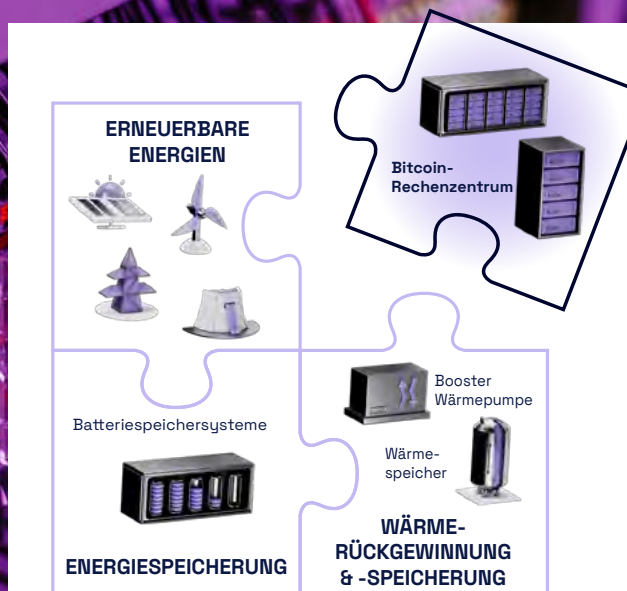
**WIR BIETEN DAS
FEHLENDE PUZZLESTÜCK
ZUR ENERGIEWENDE**



>> Mehr Infos

terahash.energy GmbH

welcome@terahash.space
www.terahash.space





Kerstin Fröhlich

KERSTIN FRÖHLICH | N-ERGIE NETZ GMBH

Innovative Konzepte für den Anschluss erneuerbarer Energieanlagen

Kerstin Fröhlich von der N-ERGIE Netz GmbH stellte innovative Ansätze für den Anschluss erneuerbarer Energieanlagen vor. Angesichts des anhaltenden Zubaus von Photovoltaik und der wachsenden Nachfrage nach leistungsstarken Netzanschlüssen betonte sie die Notwendigkeit neuer, flexibler Konzepte zur besseren Auslastung der vorhandenen Netzkapazitäten.

Unter Einbeziehung der nachgelagerten Netze wären derzeit rund 4.600 MW erneuerbare Energie (EE-)Leistung angeschlossen, davon entfielen rund 3.400 MW auf Photovoltaik (PV-)Anlagen. Und unter den PV-Anlagen am Netz der N-ERGIE Netz GmbH (NNG) wären rund 87.500 nicht steuerbare PV-Kleinanlagen mit ca. 1.000 MW Leistung. Wobei der massive PV-Zubau im NNG-Netzgebiet weiter anhielte. So bestünden u.a. Anfragen für: EE-Großanlagen mit einer Leistung von mehr als 100 kW mit insgesamt rund 2.200 MW, Großbatteriespeicher mit ca. 3.400 MW Leistung mit insgesamt 6.6 GWh sowie Großladeinfrastrukturen auf Autobahnen mit rund 110 MW Leistung. Als Weiterentwicklung der Anschlusskonzepte sollten zukünftig EE-Großanlagen wie z. B. Windparks in definierten Regionalclustern gebündelt werden. Windanlagen sollten unter Akzeptanz von Restriktionen hinsichtlich der Einspeisung temporär bzw. außerhalb von PV-Zeiten schneller angeschlossen werden können.

Laut Fröhlich stellt sich die Frage: „Wie können die vorhandenen Netzkapazitäten optimal ausgelastet werden?“ Berücksichtige man die Tatsache, dass PV-Energie hauptsächlich in den Sommermonaten und Windenergie im Winter erzeugt werden, dann wäre eine optimale Verzahnung von Wind- und PV-Einspeisung wünschenswert. So könnten Erzeugungsanlagen durch die Nutzung von flexiblen Anschlussoptionen an einen günstigeren Netzverknüpfungspunkt angeschlossen werden. Und Betreiber von Windkraftanlagen könnten verpflichtet werden, in den Restriktionszeiten nicht ins Stromnetz einzuspeisen.

Zur Umsetzung der optimalen Auslastung der Netzkapazitäten erklärte Fröhlich: „Als einer der ersten Netzbetreiber in Deutschland bieten wir proaktiv flexible Netzanschlussvereinbarungen an. Die Vereinbarungen können so gestaltet werden, dass sie zum einen unsere Netzinteressen schützen und zum anderen den Projektierern durch kalkulierbare Rahmenbedingungen die Finanzierbarkeit ermöglichen.“

Die vertragliche Grundlage bildeten folgende Regelungsinhalte:

- Höhe der Begrenzung der Einspeiseleistung
- Zeiträume der Begrenzung der Einspeiseleistung
- Dauer der Begrenzung (wenn nicht dauerhaft)
- Technische Anforderungen an die Begrenzung
- Haftung des Anschlussnehmers bei Überschreitung der vereinbarten maximalen Entnahme- oder Einspeiseleistung.

Dazu bestünden jedoch einige Diskussionspunkte wie: mögliche Restriktionszeitfenster, eine zeitliche Begrenzung der Restriktionen, ein volldynamisches Fahrplanmanagement zur Einspeisung von Windenergie in den Restriktionsfenstern z. B. in Zeiten mit wenig oder keiner PV. Weiterführende Informationen zu den flexiblen Netzanschlussvereinbarungen wären hier abrufbar: <https://www.n-ergie-netz.de/unternehmen/erzeugungsanlagen/flexible-netzanschlussvereinbarungen>

Abschließend erwähnte Fröhlich den dreistufigen Netzausbauplan, der ca. 200 Maßnahmen im Hoch- und Mittelspannungsnetz umfasst. Dazu gehören ein starker Ausbau des Leitungsnetzes und eine erhebliche Verstärkung der Trafokapazitäten. GK

[WWW.N-ERGIE-NETZ.DE](https://www.n-ergie-netz.de)

SARAH OLBRICH | GREENVENTORY GMBH

Transformation der Wärmeinfrastruktur

UMSETZUNGSORIENTIERTE WÄRMEPLANUNG MIT DIGITALEM ZWILLING AM BEISPIEL TREUCHTLINGEN



Wie kommunale Wärmeplanung mit Hilfe eines Digitalen Zwillings nicht nur effizienter, sondern auch transparenter und umsetzungsorientierter gestaltet werden kann, präsentierte Sarah Olbrich von der greenventory GmbH. Am Beispiel der Stadt Treuchtlingen wurde aufgezeigt, wie Datenanalyse, Beteiligung und strategische Planung nahtlos ineinandergreifen können.

Was ist der Digitale Zwilling?

Der Digitale Zwilling ist ein interaktives, georeferenziertes Abbild des gesamten Gemeindegebiets – vom Einzelgebäude bis hin zum Energieversorgungssystem. Er dient als zentrales Arbeitswerkzeug während aller Phasen der kommunalen Wärmeplanung und ermöglicht:

- Analyse von Bestandsdaten (z. B. Wärmebedarfsdichte, Heizsysteme, Gebäudealter)
- Visualisierung von Potenzialflächen (z. B. für Solarthermie, Geothermie, Flusswärme)
- Ableitung und Verortung von Eignungsgebieten für Wärmenetze
- Erstellung von Szenarien und Maßnahmenkatalogen
- Partizipative Workshops und interaktive Feedbackschleifen mit Stakeholdern.

Der Anwendungsfall Treuchtlingen

In Treuchtlingen (ca. 3.300 Einwohner, 103 km²) wurde der Digitale Zwilling durch greenventory als zentrales Instrument der Wärmeplanung eingesetzt. Bereits während der Potenzialana-

lyse erhielten Stadtverwaltung und Stadtwerke Zugriff auf das Tool, um Ergebnisse zu prüfen, Feedback zu geben und Gebiete gemeinsam zu definieren. Wichtige Erkenntnisse waren u. a.:

- Hohe Geothermie- und Flusswasserwärme-Potenziale
- Drei konkrete Eignungsgebiete für Wärmenetze und zwei Prüfgebiete, die im Austausch mit Stadtwerken und Fachakteuren validiert wurden
- Integration bestehender und möglicher genossenschaftlicher Wärmenetze in die strategische Planung
- Identifikation von Einzelversorgungsgebieten mit Sanierungsbedarf.

Klare Vorteile für die öffentliche Hand

- Hohe Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
- Einfache Visualisierung komplexer Datenlagen durch Karten, Filterfunktionen und interaktive Diagramme
- Förderung der Beteiligung von Bürgern und Fachakteuren (z. B. über öffentliche Webkarten)
- Nachnutzung der Datenbasis für Machbarkeitsstudien, Quartierskonzepte und Fortschreibungen
- Flexible Lizenzmodelle mit Exportmöglichkeiten für andere Systeme.

Der Einsatz eines Digitalen Zwillings erhöht die Qualität, Akzeptanz und Anschlussfähigkeit der kommunalen Wärmeplanung deutlich. Gerade kleinere und mittlere Kommunen – wie Treuchtlingen – wird sichtbar, wie datenbasierte Planung, Bürgerbeteiligung und pragmatische Umsetzung zusammengeführt werden können. Die kommunale Wärmewende wird damit nicht nur geplant, sondern aktiv gestaltet. [CH](#)

WWW.GREENVENTORY.DE

Energiewende braucht starke Netze.

Mit Investitionen in den Netzausbau schaffen wir mehr Kapazität und Versorgungssicherheit.

n-ergie-netz.de


Foto: Sarinya – stock.adobe.com



Das Team von Ørsted Onshore Deutschland



Georg Freiherr von Aretin

GEORG FREIHERR VON ARETIN | ØRSTED ONSHORE DEUTSCHLAND GMBH

Power Purchase Agreements (PPA) – nachhaltige, planbare Stromversorgung für Stadtwerke und Unternehmen

Georg Freiherr von Aretin von Ørsted Onshore Deutschland GmbH präsentierte die Potenziale von Power Purchase Agreements (PPAs) – langfristige Stromlieferverträge zwischen Erzeugern erneuerbarer Energien und Abnehmern wie Stadtwerken oder Industrieunternehmen. PPAs bieten eine Alternative zur EEG-Förderung und eröffnen neue wirtschaftliche Spielräume für die Energiewende.

Warum PPAs?

Angesichts der absehbaren Auslaufregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ab 2026, wachsender Unsicherheiten in der Energiepolitik und volatiler Strommärkte gewinnen PPAs zunehmend an Bedeutung. Sie ermöglichen:

- Planbare, langfristige Strompreise
- Unabhängigkeit von staatlichen Förderinstrumenten
- Sichere Finanzierungsgrundlage für neue Anlagen
- Nachhaltige Stromversorgung mit Image- und Marketingvorteilen.

Formen und Modelle

1. **Physische (Onsite-)PPAs:** Direkte Stromlieferung vom Erzeuger an den Verbraucher innerhalb weniger Kilometer. Vorteil: Einsparung von Netzentgelten, Stromsteuer und geringerer bürokratischer Aufwand.
2. **Bilanzielle (Offsite-)PPAs:** Strom wird an einem Ort ins Netz eingespeist und andernorts entnommen. Vorteil: Flexible räumliche Entkopplung, etablierter Bilanzkreislauf.

Zusätzlich wird zwischen Lieferverträgen an Stadtwerke (als Zwischenhändler) und Direktverträgen mit Endverbrauchern

(z. B. Gewerbe, Industrie) unterschieden. Je nach Modell ist die Strukturierung des Strombezugs (Lastgang, Reststrommengen, Speicherung) unterschiedlich komplex.

Vorteile für Kommunen und Stadtwerke

Für kommunale Energieversorger und Stadtwerke bieten PPAs erhebliche Chancen:

- Langfristige Versorgungssicherheit zu fixierten Preisen
- Stärkung regionaler Wertschöpfung durch Partnerschaft mit Projektentwicklern
- Konkreter Beitrag zur lokalen Dekarbonisierung
- Mehr Flexibilität jenseits starrer Ausschreibungslogiken.

Ein Praxisbeispiel ist der jüngst abgeschlossene PPA von Ørsted mit den Stadtwerken Wunsiedel.

Herausforderungen und Grenzen

- Langfristige Preisbindung: Kein Mitverdienen bei steigenden Marktpreisen
- Erhöhter Abstimmungsbedarf bei Lastprofilen und Reststromversorgung
- Erfordernis verlässlicher Partner mit hoher Bonität.

PPAs sind ein zukunftsfähiges Instrument, um die Energiewende abzusichern – wirtschaftlich wie ökologisch. Für Stadtwerke, kommunale Unternehmen und energieintensive Betriebe bieten sie planbare Preise, Versorgungssicherheit und eine glaubwürdige Positionierung in Sachen Klimaschutz.

Empfehlung: PPAs sollten integraler Bestandteil jeder kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie werden. [CH](https://www.orssted.de)

[WWW.ØRSTED.DE](https://www.orssted.de)

WALTER ALBRECHT | LECHWERKE AG

Sektorenübergreifende Energiewende bis 2045 durch eine sichere und bezahlbare Stromversorgung für und aus unserer Region

Die Energiewende ist in vollem Gange. Im Verteilnetz der LEW erzeugen Walter Albrecht zufolge inzwischen mehr als 130.000 Anlagen Strom aus erneuerbaren Energien und decken rechnerisch mehr als 90 Prozent des Stromverbrauchs der LEW-Netzkunden ab. Bis 2045 soll Strom komplett aus erneuerbaren Energien stammen und Deutschland klimaneutral sein.

Strom aus Wasserkraft stellt im Netz der LEW die Grundversorgung dar, vor allem der Ausbau der Photovoltaik-Anlagen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Die Windkraft kommt dagegen bisher nur zögerlich voran. Ein Zuwachs bei der Windenergie wird erforderlich, die hier stärkere Energieerzeugung in der Nacht und im Winterhalbjahr als Gegengewicht zur Photovoltaik sorgt für eine gleichmäßigere und bessere Netzauslastung.

Das Energiewende-Szenario der Bundesregierung gibt vor, dass sich die Leistung im LEW-Verteilnetz von knapp fünf Gigawatt auf 20 Gigawatt vervierfachen wird. „Dafür braucht es weiteren Netzausbau, denn das Stromnetz ist das Rückgrat der Energiewende. Bis 2045 werden, über Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen, fast 10.000 zusätzliche Leitungskilometer benötigt“, machte Albrecht deutlich.

Neben den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur gehören deshalb für die LEW auch dazu, Lösungen für mehr Effizienz beim Umbau des Energiesystems zu entwickeln. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Einspeisesteckdose. Das Konzept, das vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft begleitet wird, beschleunigt den Anschluss erneuerbarer Energien und macht ihn günstiger. Die Inbetriebnahme der Einspeisesteckdose ist für Herbst 2025 geplant. Die eine Kombination aus mehr Windenergie, die Wirkleistungsbegrenzung bei Photovoltaik und die Vermeidung von Redispatch führt zu Einsparungen im Netzausbau von bis zu 30 Prozent bis zur Klimaneutralität.

Mit dem nachhaltigen Umbau des Energiesystems ergeben sich zusätzliche Wachstumsoptionen, die die Lechwerke mit ihrer integrierten, breiten Aufstellung über die gesamte energetische



Wertschöpfungskette sukzessive angehen, etwa im Bereich der Wärmewende. Forciert wird diese durch die Kommunale Wärmeplanung. Aktuell laufen hierzu Projekte in Donauwörth, Türkheim mit Gemeinden Rammingen und Wiedergeltingen, Rain am Lech, Landsberg am Lech sowie in der Gemeinde Weil.

„Wir stehen für eine Kopplung der Bereiche Strom, Wärme und Verkehr und bieten entsprechende Lösungen für unsere verschiedenen Kundengruppen“, betonte Albrecht. Eine konsequente Elektrifizierung bei Wärme und Verkehr stärke den Klimaschutz und erhöhe die Effizienz des gesamten Energiesystems. Denn je mehr Energie durch das Stromnetz fließt, desto niedriger die Kosten pro Kilowattstunde. So werde die bestehende Infrastruktur optimal genutzt: „Das Stromnetz wird zugleich Wärmenetz, Gasleitung und Ölpipeline – ein smarter Weg in eine nachhaltige Zukunft.“

Fazit: Um die Energiewende zu schaffen und bezahlbar, klimaneutral und versorgungssicher zu gestalten, schlägt die LEW insgesamt vor, Erneuerbare in den Energiemarkt zu integrieren, die verschiedenen Sektoren zu koppeln und Strom aus erneuerbaren Energien auch für Verkehr und Wärme zu nutzen. Dadurch verstetigen sich laut LEW die Entgelte für die Netznutzung. Auch sollten Netz-Genehmungsverfahren beschleunigt und die vorhandene Flexibilität durch ein intelligentes Zusammenspiel von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung besser genutzt werden. Gleichzeitig sei Strom aus Wasserkraft zu stärken. **DK**

WWW.LEW.DE

INGENIEURBÜRO HPE
für TGA & Infrastruktur

**Damit Ihr Ort funktioniert
Planen Sie Ihr Wärmenetz mit uns!**

www.ib-hpe.de

+49 8564 96300-0

84381 Johanniskirchen





Olaf Kruse

DIPL.-ING. (FH) OLAF KRUSE | REHAU INDUSTRIES SE & CO. KG

Den Ausbau von Wärmenetzen nachhaltig beschleunigen

Olaf Kruse von REHAU Industries stellte Strategien vor, wie sich der Ausbau von Wärmenetzen beschleunigen lässt – ohne Abstriche bei Qualität, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Im Mittelpunkt: der gezielte Technologiewechsel von Stahl- zu Kunststoffrohrsystemen, insbesondere in Form von Sekundär- und Hybridnetzen.

Nachhaltig beschleunigen: Warum Kunststoff?

Angesichts zunehmender Herausforderungen bei Fachkräfteverfügbarkeit, Baukapazitäten und Investitionskosten rückt die Frage nach Alternativen zum konventionellen Stahlrohr in den Fokus. Kunststoffbasierte Rohrsysteme bieten hier laut Kruse erhebliche Vorteile:

- Weniger Verbindungsstellen durch lange, flexible Rohrstränge
- Kürzere Bauzeiten durch einfachere Handhabung
- Korrosionsfreiheit und hohe Energieeffizienz
- Geringere Kosten über den Lebenszyklus.

Insbesondere im ländlichen Raum und in Neubauquartieren haben sich Kunststofflösungen bereits bewährt – nun folgen vermehrt auch urbane Hybridnetze (Stahltransportleitung plus Kunststoffverteilung) und Sekundärnetze (hydraulisch entkoppelte Quartierslösungen).

Langlebigkeit durch Qualitätssicherung

Ein wesentliches Ziel nachhaltiger Wärmeinfrastruktur ist die Lebensdauer von mindestens 50 Jahren. REHAU legt dabei besonderen Wert auf:

- Systemprüfungen bzw. -zertifizierung nach EN 15632 und EN ISO 15875
- Thermisch hochstabilisierte Rohrmaterialien speziell für Wärmenetze
- Zuverlässige Verbindungstechnik (über 1 Mrd. REHAU Schiebehülsen-Pressverbindungen weltweit erfolgreich im Einsatz).

Zusätzlich wurde mit neuen Muffensystemen wie der Clip-Flex-Muffe eine hohe Toleranz gegenüber Einbauspannungen und ein dauerhafter Schutz vor Feuchtigkeit erreicht – entscheidend für niedrige Wärmeverluste und langfristige Netzsicherheit.



V.l.: Olaf Kruse, Matthias Wunderlich

Praxisbeispiele: Vom Quartier zum Sekundärnetz

Kruse illustrierte die Leistungsfähigkeit der Systeme anhand zahlreicher Referenzprojekte:

- Neubauquartier Bielefeld: Wärmenetz 4.0 mit zentraler Wärmepumpe, Pufferspeicher, niedrigen Temperaturen (45 °C) und < 10 Prozent Wärmeverlust
- Stadtwerke Neustadt i. H.: Wärmenetz mit Flusswasser-Wärmepumpe und Kunststoffrohren in Eigenverlegung
- Stralsund und Adelsdorf: Sekundär- bzw. Hybridnetz (Adelsdorf) mit erfolgreicher Integration von Kunststofflösungen in bestehende Fernwärmestrukturen (Stralsund).

Kunststofflösungen als Beschleuniger der Wärmewende

Der Vortrag machte deutlich: Abseits von Inselnetzen im städtischen Quartier oder ländlichen Raum ist der intelligente Materialmix aus Stahl und Kunststoff ein zentrales Mittel, um Wärmenetze schnell, sicher und wirtschaftlich auszubauen – insbesondere in Zeiten knapper Ressourcen. Dabei kommt es auf systemische Qualität, baustellentaugliche Technik und frühzeitige Herstellerunterstützung an.

Empfehlung für Kommunen und Stadtwerke

Kunststoffrohrsysteme sollten als strategischer Bestandteil in der kommunalen Wärmeplanung geprüft und gezielt eingesetzt werden – insbesondere für die Umsetzung von Sekundärnetzen und Quartierslösungen. [CH](https://www.rehauf.com)

[WWW.REHAU.COM](https://www.rehauf.com)



VL: Philipp Kalhammer, Steven Nörrog und Stefan Kaluschke

PHILIPP KALHAMMER | SCHWABEN NETZ GMBH

H2 vor Ort – Transformationsplanung der Gasverteilnetze und Ausgestaltung in Bayerisch Schwaben

Mit einem umfassenden Überblick über das Netzgebiet der schwaben netz gmbh eröffnete Philipp Kalhammer seinen Vortrag zur Transformation der Gasverteilnetze. Das Versorgungsgebiet reicht von Nördlingen über Günzburg und Kaufbeuren bis Kempten und umfasst rund 7.300 Kilometer Leitungslänge in 211 Kommunen. Jährlich werden über 12,2 Milliarden Kilowattstunden Energie transportiert – verteilt auf etwa 120.000 Ausspeisepunkte, davon 850 im Industriebereich mit registrierender Leistungsmessung (RLM), also automatischer Verbrauchserfassung im 15-Minuten-Takt.

Der Mengenanteil der geschützten Kunden liege bei 50 Prozent. Der Anteil erneuerbarer Energien steige, aber es gehe nicht schnell genug. 2024 betrug dieser Anteil erst bei 20 Prozent. Die Energieerzeugung aus Stein- und Braunkohle, Mineralöl und Erdgas mit insgesamt 2.927 TWh, davon ca. 68 Prozent importiert, wäre im Jahr 2045 nicht mehr vorhanden. Daraus schloss Kalhammer: „Wir brauchen bald große Mengen importierter klimaneutraler Energie.“ Bliebe es beim bisherigen Tempo, dann würde der Zuwachs an erneuerbaren Energien in den nächsten 20 Jahren lediglich 16 Prozent betragen. Eine Möglichkeit, um die Geschwindigkeit zu erhöhen, wäre der Umstieg von Erdgas auf Wasserstoff, der helfen würde, einen Teil der fossilen Versorgungslücke zu schließen.

Kalhammer betonte, dass für fast alle gilt: „Die über 562.000 km Verteilnetze verbinden das Fernleitungsnetz mit insgesamt 42.400 km mit den Kunden, wobei die wenigsten Kunden direkt am Fernleitungsnetz angeschlossen seien.“ Dazu nannte er konkrete Zahlen: „Von den Industrie- und Gewerbekunden sind nur 500 am Fernleitungsnetz und 1.821.000 an den Verteilnetzen

angeschlossen. Die Zahl der gasversorgten Haushalte beträgt 21.250.000.“ Detaillierte Zahlen seien im 2024 erschienen Ergebnisbericht zum Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) veröffentlicht. Daran haben 252 Verteilnetzbetreiber teilgenommen. Diese versorgten 381 von 401 Landkreisen in Deutschland. Im GTP wurden durch die Verteilnetzbetreiber Analysen auf den folgenden vier Ebenen durchgeführt:

- Kapazitätsanalyse mit Unterteilung des Netzgebiets in Umstellzonen und Planung des Bezugs von Erdgas und klimaneutralen Gasen pro Umstellzone bis 2045
- Einspeiseanalyse mit existierender Einspeisung von Biomethan und Wasserstoff sowie dem Einspeisebegehren 2023
- Technische Analyse der Anlagen und Netzanschlusskomponenten sowie des Status einer H2-ready-Beschaffung
- Kundenanalyse durch Gespräche mit RLM-Kunden zu Wasserstoffbedarfen (Top 30) und Gespräche mit Kommunen zu Wasserstoffbedarfen.

Alle bisher von schwaben netz gmbh befragten Firmen möchten zukünftig Wasserstoff beziehen. Der insgesamt gemeldete H2-Bedarf für das Jahr 2030 betrage 1.900 MW. Ab dann würden erste Leitungen auf 100 Vol-Prozent H2 umgestellt. Eine in Planung befindliche Projektidee H2Nordlech sehe konkret Wasserstoff für den Ballungsraum Augsburg vor. Daneben solle in einem weiteren Pilotprojekt die Wasserstoffeinspeisung in das Gas-Verteilnetz umgesetzt werden. Darin sei vorgesehen, ein Gebiet von mehreren Wohneinheiten mit 100 Prozent Wasserstoff als Abfallprodukt einer Chloralkali-Elektrolyse in einem Industriepark zu versorgen. GK

WWW.SCHWABEN-NETZ.DE

Sauberer Strom aus Bayern

Mit uns setzen Sie Ihre Solar- und Windenergie wirtschaftlich, naturverträglich und bürgernah um.

Für eine klimafreundliche, sichere und unabhängige Energieversorgung. Für Bayern. Jeden Tag.



JUWI GmbH · Regionalbüro Ansbach
Technologiepark 9 · 91522 Ansbach
T. 0981 755 700 30 | www.juwi.de





REINHARD KOFLER | RIWA

Nutzung und Potenziale des kommunalen Energiemanagementsystems

Kommunale Gebäude und Liegenschaften verursachen erhebliche Energiekosten – oft unnötig, wie ein Beispiel aus dem Landkreis Erding zeigt: In einem Vereinsheim liefen über 20 Jahre hinweg drei Kühlschränke – einziges Kühlgut: ein einsames Gurkenglas. Die Ursache: fehlender Überblick und niemand, der Verantwortung übernimmt. Genau hier setzt ein intelligentes, kommunales Energiemanagementsystem (EMS) an.

Reinhard Kofler von RIWA betonte: Nur wer seinen Energieverbrauch kennt, kann gezielt sparen – und dem gesetzlich geforderten jährlichen Einsparziel von 2 Prozent nachkommen. Mit e2watch bietet RIWA eine Lösung, welche die automatisierte Zählerdatenerfassung mit einer Echtzeit-Datenanalyse in einer webbasierten Software verknüpft. Sie erfasst Strom, Wärme, Gas und Wasserverbrauch und visualisiert diese verständlich für alle Beteiligten – vom Hausmeister bis zum Bürgermeister.

Zentrale Funktionen

- Automatisierte Verbrauchserfassung über smarte Zähler und Offline-Schnittstellen
- Übersichtliche Darstellung aller Liegenschaften und Medienflüsse
- Frühwarnsystem bei Verbrauchsabweichungen
- Wetterdatenintegration zur besseren Bewertung saisonaler Einflüsse

- Energieprognosen, Benchmarks und automatische Energieberichte
- Unterstützung bei der Klimabilanzierung und Energieaudit-Zertifizierung.

Das Ziel: Ein „Single Point of Truth“ – alle relevanten Energiedaten zentral und sicher verfügbar. Die Lösung ist cloudbasiert, ISO-zertifiziert, DSGVO-konform und „Made in Germany“. Sie ermöglicht Kommunen jeder Größe einen schrittweisen, skalierbaren Einstieg ins Energiemanagement, zum Beispiel durch Pilotprojekte an einzelnen Gebäuden.

Ein klarer Vorteil: Durch automatisierte Reports können Stadtratsgremien fundiert informiert und Entscheidungsprozesse beschleunigt werden. Kommunen gewinnen so Transparenz, Steuerungsfähigkeit und nicht zuletzt Einsparpotenzial – ökologisch wie finanziell.

Koflers Fazit: „Echte Energieeffizienz beginnt mit Wissen.“ Das vorgestellte System bietet nicht nur technische Lösungskompetenz, sondern unterstützt die kommunale Selbstverwaltung bei einer der zentralen Herausforderungen der Wärmewende: dem systematischen, digitalen Umgang mit Energieverbrauch. [CH](https://www.riwa.de)

[WWW.RIWA.DE](https://www.riwa.de)

ANDRÉ MERZ | SENERTEC CENTER MAINBURG GMBH

Hybride Energielösungen mit KWK, Wärmepumpe und dynamischen Stromtarifen

André Merz verfügt über fundierte kommunalpolitische Erfahrung als langjähriger Gemeinderat und 3. Bürgermeister. Seit 14 Jahren ist Merz für die Firma SenerTec tätig, wo er kürzlich die Position des Leiters für Politik und Strategie übernommen hat.

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte Merz das Unternehmen kurz vor: „SenerTec hat seinen Ursprung in Schweinfurt und geht auf das Traditionshaus Fichtel & Sachs zurück. Heute sind wir Teil der europaweit agierenden BDR Thermea Gruppe, zu der unter anderem auch remeha und Brötje Heizung zählen.“

Das bundesweite Netzwerk aus rund 25 SenerTec-Centern und nahezu 1.000 regelmäßig geschulten Fachbetrieben bildet das Rückgrat einer starken Partnerschaftsstruktur. In Deutschland sind derzeit über 40.000 Dachs-Anlagen im Einsatz. Diese er-



zeugen jährlich rund 968 Millionen Kilowattstunden Strom und leisten einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz: Bis zu 534 Millionen Kilogramm CO₂ werden dadurch eingespart. →

Danach erläuterte Merz die Produktpalette Dachs, ein Blockheizkraftwerk (BHKW), welches das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) nutzt. Dachs 2.9 sei geeignet für Objekte mit Wärmebedarf von 40.000 bis 90.000 kWh, Dachs 5.5 mit 90.000 bis 220.000 kWh und Dachs 20 für solche bis 600.000 kWh. Dazu präsentierte er die grundlegenden Eigenschaften einer Wärmepumpe. Eine wichtige Leistungszahl sei der COP (Coefficient of Performance), die das Verhältnis von Nutzwärme zur aufgewendeten elektrischen Energie darstelle.

Qualitativ gelte: „Je niedriger die Außenlufttemperatur, desto niedriger die Leistungszahl. Hohe Leistungszahlen werden in der Regel ab der Heizgrenztemperatur erreicht. Je höher die Vorlauftemperatur desto niedriger die Effizienz der Wärmepumpe.“ Daraus ergäbe sich eine sehr gute Eignung im Neubau bzw. der Sanierung, insbesondere in Verbindung mit Flächenheizung und niedrigen Vorlauftemperaturen. Problematisch sei jedoch die Warmwasserbereitung. Und notwendige hohe Systemtemperaturen im Heizkreis limitierten die Effizienz. Grundsätzlich ginge es darum Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz zu optimieren. Dazu stellte Merz das hybride System Hyper Dachs vor.

An einem Beispiel verglich Merz die Betriebskosten unterschiedlicher Systeme für einen Gewerbebetrieb mit 100.000 kWh/a Wärmebedarf und 20.000 kWh/a Strombedarf und erklärte die Berechnungsgrundlagen: Nur Kessel, Kessel und Wärmepumpe, Kessel und Wärmepumpe plus Photovoltaik, Kessel und Wärmepumpe plus Dachs sowie Kessel und Wärmepumpe plus Dachs und Photovoltaik. Für die zuletzt genannte Kombination von Systemen ergäbe sich eine Einsparung der Betriebskosten um 44,5 Prozent im Vergleich zur nur Kesselversion. Die besonderen Vorteile des Hyper Dachs führten zu mehr Resilienz im Gesamtsystem und weniger Netzausbau.

Abschließend präsentierte Merz die SenerTec Hydrogen Strategie. Die Beimischung von grünen Gasen sei kein Thema. Neue SenerTec Produkte seien bereits heute für 20 Volumen Prozent H₂ zertifiziert. Aktuell laufe in Berlin schon eine Anlage mit 100 Prozent Wasserstoff. Eine künftige Umstellung auf 100 Prozent H₂ durch entsprechende Update Kits sei geplant. Alle Dachs Systeme der zweiten Generation seien dafür rückwärtskompatibel. Somit wären die Technologien für morgen schon heute verfügbar. GK

WWW.SENERTEC-MAINBURG.DE

NELE SCHÖN | WIRTSCHAFTSRAT RECHT BREMER WOITAG RA-GES. MBH

Strukturierung kommunaler Energieversorgungsprojekte im Lichte der Energiewende

Die Energiewende stellt Kommunen vor komplexe rechtliche, finanzielle und organisatorische Herausforderungen. Nele Schön, Rechtsanwältin bei der Kanzlei Wirtschaftsrat Recht, stellte praxisnahe Lösungsansätze zur Strukturierung kommunaler Energieprojekte vor – mit Fokus auf Wirtschaftlichkeit, Bürgerakzeptanz und Rechtssicherheit.

Rechtlich liegt die Energieversorgung in Bayern im eigenen Wirkungskreis der Gemeinden (Art. 83 BV). Landkreise können nur auf Antrag der Gemeinden subsidiär tätig werden. Das Bayerische Klimaschutzgesetz 2023 erweitert jedoch ihre Rolle bei der Errichtung und dem Betrieb von EE-Anlagen. Für gemeindeübergreifende Projekte in Bezug auf die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie eröffnen sich dadurch neue Kooperationsmöglichkeiten.

Zentrale Erfolgsfaktoren für nachhaltige Projektstrukturen sind: kommunale Einflusswahrung, flexible Beteiligungsmodelle, beschränkte Haftung und – gerade bei Bürgerbeteiligung – die Berücksichtigung kapitalmarktrechtlicher Vorgaben.

Drei Modellvarianten stellte Schön im Detail vor:

1. Projektgesellschaftsmodell

Die kommunale GmbH übernimmt als Komplementärin die Geschäftsführung von Projektgesellschaften (z. B. GmbH & Co. KG). Kommunen bleiben trotz möglicher Minderheitsbeteiligung Dritter steuernd tätig. Vorteile sind hohe gesellschaftsrechtliche Flexibilität, gute Kontrollmöglichkeiten und die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung. Nachteilig ist der moderate steuerliche Aufwand und die Pflicht zur Erstellung eines Verkaufsprospekts nach Vermögensanlagengesetz.

2. Genossenschaftsmodell

Hier agiert die Kommune als Genossin. Das Modell ist bürgernah, rechtssicher und kapitalmarktrechtlich privilegiert (keine Prospekt-

pflcht). Jedoch schränkt das demokratische Prinzip „one man, one vote“ den kommunalen Einfluss bei hoher Bürgerbeteiligung deutlich ein. Auch die gesellschaftsrechtliche Flexibilität ist geringer.

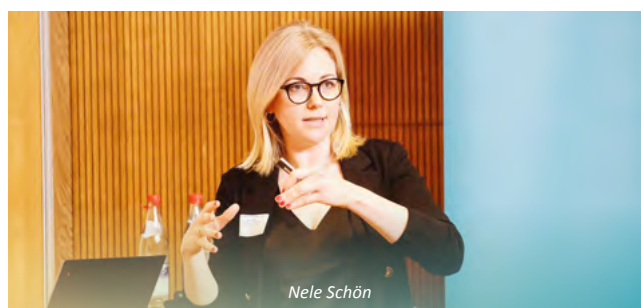
3. Verpachtungsmodell

Projektgesellschaften verpachten EE-Anlagen an Betreiber (z. B. Stadtwerke). Dieses Modell ist steuerlich besonders vorteilhaft (möglichst steuerfreie Erträge auf kommunaler Ebene). Kapitalmarktrechtlich birgt es jedoch erhebliche Risiken: Bei Bürgerbeteiligung droht eine Einordnung als Investmentvermögen mit umfassender Bankenaufsichtspflicht – daher aus Sicht der Referentin nicht zu empfehlen.

Unabhängig vom Modell ist die Einhaltung des Vergaberechts unumgänglich, wenn Kommunen beherrschenden Einfluss ausüben. Gute Vergabestrategien ermöglichen jedoch wirtschaftliche, rechtssichere und faire Verfahren.

Fazit: Es gibt keine pauschal beste Lösung. Kommunen sollten projektspezifisch abwägen, ob steuerliche Optimierung, Bürgerbeteiligung oder Steuerungshoheit im Vordergrund steht – und entsprechend ihre Rechtsform wählen. Besonders geeignet erscheint bei vielen Vorhaben die GmbH & Co. KG-Struktur in Kombination mit modularen Beteiligungsmodellen. CH

WWW.WR-RECHT.DE



KRISTIAN KLÄGER | TERAHASH.ENERGY GMBH

Power2Heat-Anlage der nächsten Generation: Das Bitcoin-Rechenzentrum – modular, flexibel, dezentral

Kristian Kläger, Geschäftsführer der terahash.energy GmbH, zeigte auf, wie Rechenzentren für Bitcoin-Mining zu einem strategischen Werkzeug für Kommunen werden könnten – jenseits spekulativer Krypto-Geschäfte.

Kläger, Unternehmer in dritter Generation und Geschäftsführer der Kläger Group aus Augsburg, begann seine Reise in die Welt des Bitcoin nicht als Spekulant, sondern als energiepolitisch denkender Mittelständler. Mit jährlich über 6 Mio. kWh Stromverbrauch in seinen kunststoffverarbeitenden Werken stellte sich spätestens mit dem Ende günstiger Energieverträge die Frage: Wie kann ein energieintensiver Betrieb zukunfts-fest aufgestellt werden?

Die Antwort fand Kläger in einer bisher unkonventionellen Lösung: Bitcoin-Mining. Das Mining, also das Betreiben spezialisierter Hochleistungsrechner zur Verifizierung von Transaktionen im Bitcoin-Netzwerk, erzeugt viel Wärme. Diese bisher ungenutzte Abwärme lässt sich – bei intelligenter Integration – in Heizsysteme einspeisen. Gleichzeitig können die Rechenzentren als flexible Last am Strommarkt agieren: Sie lassen sich stufenlos hoch- und runterregeln und tragen damit zur Netzstabilität bei. „Das ist Power2Heat2Value“, so Kläger – also Strom wird in Wärme und einen digital-monetären Gegenwert umgewandelt.

Mit seiner Firma terahash.energy hat Kläger bereits erste Anlagen realisiert. Am Stammsitz in Bayern ergänzt das Mining-System die Wärmeversorgung des Werks, in Sachsen wurde sogar eine PV-Anlage bewusst überdimensioniert – mit dem Rechenzentrum als „Kunden in letzter Instanz“. Überschussstrom muss so nicht mehr ins Netz eingespeist werden, sondern kann lokal verwertet werden.



Ein weiteres Pilotprojekt in Finnland zeigt das Potenzial großskaliger Umsetzung: Dort versorgt ein CO₂-neutral betriebenes Rechenzentrum nicht nur das Stromnetz, sondern liefert auch Prozess- und Raumwärme an ein Industriegebiet und ein angrenzendes Dorf.

Für Kommunen ergibt sich ein überraschender Use Case: Bitcoin-Mining-Rechenzentren können sowohl als dezentrale Wärmequelle als auch als Netzstabilisierer genutzt werden – mit zusätzlichen Erträgen durch die digitale Wertschöpfung. Besonders interessant ist dabei die hohe Flexibilität: Die Rechenzentren sind mobil, modular skalierbar und mit minimalem technischem Aufwand integrierbar.

Kläger sieht großes Potenzial für kommunale Kooperationen – von Stadtwerken über Planungsbüros bis hin zu Gemeinden, die neue Wege bei der Nutzung und Verwertung erneuerbarer Energien suchen. Für ihn steht fest: „Das ist kein Gegeneinander von Wärmepumpe und Mining, sondern ein smartes Miteinander.“ [CH](#)

Hier gibt es ein Video zum Projekt:

[HTTPS://SHORTURL.AT/EJOQN](https://shorturl.at/EJOQN)
WWW.TERAHASH.SPACE

MATTHIAS FENDT | TERAHASH.ENERGY GMBH

Von Hash zu Heizkraft: Bitcoin Mining als Baustein der kommunalen Wärmeplanung

Zum Auftakt seines Vortrags stellte Matthias Fendt zwei Fragen an das Publikum, um ein Gefühl für den Kenntnisstand zu bekommen: „Wer hat sich schon länger als 30 Minuten mit Bitcoin-Mining beschäftigt?“ und „Wer hat schon einmal aktiv Bitcoins geschürft?“ Fendt schätzte besonders den Mut der Teilnehmenden, sich auf neue technologische Wege einzulassen – auch wenn das Thema für viele Neuland war.



v.l.: Matthias Fendt, Theresa von Hassel, Kristian Kläger

Im Anschluss erläuterte er die Zielsetzungen der kommunalen Wärmeplanung und zeigte auf, wie Bitcoin-Mining sinnvoll in dieses Gefüge integriert werden kann:

- Klimaschutz durch Reduktion von Treibhausgasemissionen
- Versorgungssicherheit durch Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern
- Kosteneffizienz durch gemeinschaftlich genutzte Wärmequellen
- Nutzung lokaler Potenziale, etwa durch industrielle Abwärme
- Gesundheit und Lebensqualität durch umweltfreundliche Infrastruktur
- eine zukunftsfähige Wärmenetz-Infrastruktur durch vorausschauende Planung.

Insbesondere für Kommunen ohne bestehende Wärmenetze stellt das novellierte Gebäudeenergiegesetz (GEG 2024) neue Anforderungen. Herausforderungen wie Wirtschaftlichkeit, dezentrale Versorgung, Überschüsse aus erneuerbaren Energien, schwierige Topografie sowie Streusiedlungen lassen sich laut Fendt mit einem bislang übersehenen Baustein adressieren: dem Bitcoin-Mining.

Sicherung des Netzwerks durch kryptografische Rechenoperationen

Fendt erklärte, dass bei dieser Technologie „Hashleistungen“ erbracht werden – kryptografische Rechenoperationen, die zur Sicherung des Bitcoin-Netzwerks beitragen. Die dabei entstehende Rechenleistung wird nahezu vollständig in Wärme umgewandelt – mit einem Wirkungsgrad von über 95 Prozent. Zusätzlich zur Wärme entsteht ein finanzieller Ertrag von 60 bis 160 Euro pro Megawattstunde, abhängig von eingesetzter Hardware und Netzwerkstatus.

Damit Rechenzentren dieser Art effizient betrieben werden können, sind laut Fendt folgende Voraussetzungen erforderlich:

- eine stabile 24/7-Stromversorgung
- Strompreise unter 10 Cent/kWh (idealerweise 3-6 Cent/kWh)
- Wärmeabnehmer in unmittelbarer Nähe
- ein vorhandener oder integrierbarer Pufferspeicher.

terahash.energy kann inzwischen auf über drei Jahre Praxiserfahrung in der Umsetzung solcher Lösungen zurückblicken – von der Planung über die Lieferung modularer Container bis hin zur Inbetriebnahme innerhalb von neun Monaten. Als Referenz nannte Fendt ein Projekt der Kläger Group in Hartha (Sachsen). Zum Abschluss betonte er die Vorteile bürgernaher Mining-Lösungen: Sie fördern die Akzeptanz vor Ort, schaffen lokale Wertschöpfung und ermöglichen eine doppelte wirtschaftliche Nutzung – durch Wärme und Bitcoin-Einnahmen – insbesondere in Verbindung mit erneuerbaren Energien. [GK](#)

WWW.TERAHASH.SPACE

DR. THOMAS REIF | SONNTAG & PARTNER

Von der Wärmeplanung zur Projektfinanzierung



V.l.: Christian Brachart, Dr. Thomas Reif

Die kommunale Wärmeplanung ist nur der Anfang. Die eigentliche Herausforderung beginnt mit der Frage: Wie wird aus einem Plan ein umsetzbares, finanzierbares Projekt? Dr. Thomas Reif, Jurist und Ökonom, beleuchtete die praktischen Hürden und Lösungsansätze auf dem Weg von der Planung zur Realisierung kommunaler Wärmenetze – ein zentrales Thema im Zuge der Wärmewende.

Wirtschaftlichkeit heißt Finanzierbarkeit

Eine Wärmeplanung bescheinigt oft die grundsätzliche Wirtschaftlichkeit eines Projekts – doch das genügt nicht. Wirklich „wirtschaftlich“ ist ein Projekt erst, wenn es Investoren überzeugt: Eigenkapitalgeber (z. B. Stadtwerke, Partner, Fonds) und Fremdkapitalgeber (Banken) müssen bereit sein, Mittel einzubringen. Dazu sind detaillierte Wirtschaftlichkeitsrechnungen, Finanzsimulationen und Stresstests erforderlich.

Besonderheiten kommunaler Wärmeprojekte

- Niedrige Anfangsrenditen (IRR 2–7 Prozent) sind typisch – v. a. wegen hoher Netzinvestitionen, langer Amortisationszeiten und fehlender Skaleneffekte.
- Hohe Kapitalkosten bei externen Betreibern (z. B. 8 Prozent Eigenkapitalrendite) erschweren die Finanzierung. Kommunale Eigenlösungen mit niedrigeren Renditeansprüchen können Projekte erst realisierbar machen.
- Bürgerbeteiligung oder regionale Partner können helfen, Finanzierungslücken zu schließen – verlangen aber oft Mitsprache oder höhere Renditen.

Bankenlogik verstehen

Banken beurteilen Projekte anhand der Schuldendienstdeckungsquote: Reichen die laufenden Einnahmen (EBITDA), um Zins und Tilgung dauerhaft zu bedienen? Dabei spielt auch die Risikobewertung (Sicherheiten, Trägerschaft, Projektstruktur) eine zentrale Rolle. Besonders wichtig: lange Darlehenslaufzeiten (z. B. 30 Jahre), um Netzinvestitionen tragfähig zu finanzieren.

Förderprogramme gezielt nutzen

- KfW-Programm 148 und LfA-Energiekredit Wärme bieten Förderkredite mit langen Laufzeiten.
- Haftungsfreistellungen der KfW (geplant bis 70 Prozent) könnten künftig Zugänge zur Finanzierung deutlich erleichtern – wenn Banken dadurch auf zusätzliche Sicherheiten verzichten können.

Empfehlungen für Kommunen

- Frühzeitig professionell strukturieren: Projektgröße, Netzkonfiguration, Erzeugungsstruktur und Betreibermodell gemeinsam denken.
- Eigenkapitalanteil aktiv gestalten: Eigenbeteiligung, Stadtwerke, Beteiligungsgesellschaften prüfen.
- Sicherheiten planen: Grundstücke, Bürgschaften, Einnahmenabtretung, ggf. Rechtsformwahl (Anstalt, GmbH).
- Zeit einplanen: Projektfinanzierung ist ein Prozess – oft 12 bis 24 Monate – mit vielen Prüf- und Optimierungsschleifen.

Finanzierung ist das zentrale Nadelöhr für die Wärmewende auf kommunaler Ebene. Je mehr Gestaltungsspielraum die Kommune selbst behält – etwa durch eigene Betriebsmodelle oder tragfähige Partnerschaften –, desto realistischer ist eine erfolgreiche Umsetzung. Wärmeprojekte brauchen Mut, Gründlichkeit und Geduld – aber sie sind machbar und ein entscheidender Hebel für lokale Klimaschutzpolitik. [CH](#)

WWW.SONNTAG-PARTNER.DE

Terminhinweise

VERANSTALTUNG 1

12. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

7. Oktober 2025
Stadthalle Gunzenhausen

VERANSTALTUNG 2

17. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

www.bayerisches-energieforum.de

21. April 2026
Stadthalle Gunzenhausen

VERANSTALTUNG 3

12. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

voraussichtlich im Mai 2026

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 12/2025 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel
Doris Kirchner
Gerhard Kafka

Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner,
sonst wie angegeben

Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg